

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Glücklose Heuchler

Vor den von Schröder und Steinbrück haushoch verlorenen „Schicksalswahlen“ in NRW galt es im Willy-Brandt-Haus kurzfristig als chic, sich „gegen den Kapitalismus“ ins Zeug zu legen. Auf den Mai-Kundgebungen warfen sich einschlägige Gewerkschaftsführer und der in Duisburg trotz seiner „Fundamentalkritik“ mit Eiern bombardierte SPD-Vorsitzende Müntefering in die Toga von „Beinahe-Klassenkämpfern“. Sie hielten es für opportun, verstaubte Vokabeln wie „Profit“ und „Abzockerei“ aus der politischen Mottenkiste ihrer Partei hervorzukramen, sprachen sogar von „Heuschreckenschwärmen“ gefräßiger Banker und Börsenjobber. Wer gewissen SPD-Führern, hinter denen fast sieben Jahre Schwerstarbeit zur Stabilisierung des angeschlagenen deutschen Kapitalismus liegen, nur auf den Mund schaute, glaubte plötzlich in einem anderen Film zu sein. Dieselben Regisseure, die den Superreichen Glimmerrollen verschafften und die Armen dieser Gesellschaft nicht einmal als Statisten zuließen, inszenierten plötzlich die Posse von Anklägern jener Bosse, die das Volk mit ihrer Hilfe ausrauben.

Unter der SPD-Regierung ist all das an Sozialabbau verwirklicht worden, wozu sich CDU/CSU und FDP nicht vorgewagt hätten. Müntefering und seine Mitspieler aus der nicht minder „trotzig“ aufstampfenden DGB-Spitze haben durch ihre Politik ruhmloser „Reformen“ das Feld für die nach vorgezogenen Wahlen vermutlich ans Ruder gelangende schwarze Kamarilla freigeräumt. Diese kann sich schon jetzt bei allem, was sie im Schilde führt, auf die „Erblast“ ihrer SPD-Vorgänger berufen. Dabei steht eines fest: Das, was auf Schröder und Fischer folgt, wird sogar das rosa-feldgrüne Sozialmassaker noch als harmlos erscheinen lassen. Wir nähern uns der Schwelle zu einer Ära rechtskonservativer politischer und mentaler Reaktion.

Warum flüchten sich die Münteferings eigentlich in einen Schwall antikapitalistischer Phrasen? Geschah das allein aus taktischen Gründen der Wahlkampfkosmetik? Warum drängen einige im sozialdemokratischen Lager so darauf, wenigstens die Rhetorik früherer Jahre wieder aufzugreifen?

Natürlich sollen vor allem die in Scharen entweichenden Arbeiterwähler eingeseift und über den Löffel balbiert werden. Die SPD-Führung hat nämlich begriffen, daß der Zug mit einer CDU-Lokomotive bereits abgefahren ist. Verzweifelt versucht sie aufzuspringen. Deshalb erfand man den Dreh der Zwei-Zungen-Verbalistik: Während Schröder seinen „Reformkurs“ unverdrossen fortsetzte, drohte Müntefering den Kapitalisten mit einer Pappmaché-

Keule und kündigte Hundt vorübergehend die hündische Treue auf. Als dann auch noch der ausgewiesene SPD-Parteirechte Peer Steinbrück in NRW veränderte Töne anschlug, wurde die Show vollends unglaubwürdig. Jetzt klammert man sich an den vermeintlichen Rettungsanker über-raschender Bundestagswahlen.

Doch außer elektoralistischen Erwägungen gibt es auch andere Gründe für die Verstellungsübung von Politikern der Schröder-Müntefering-Partei.

Da ist erstens die objektive Situation des deutschen Imperialismus, dessen Widersprüche sich ständig verschärfen. Die Dauerkrise des Systems schreit geradezu nach Benennung ihrer Ursachen. Während Marxisten darauf verweisen, daß nur durch eine Brechung der ökonomischen und politischen Macht der Monopole dem Übel abzuweichen wäre, flüchten sich Leute wie der SPD-Vorsitzende in „linke“ Wortakrobatik, die das Kapital nicht antastet, seine Pfründe unberührt läßt und der Profitsteigerung keine Hindernisse errichtet.

Da ist zweitens die Lage in der SPD selbst. Austritte und Proteste reißen nicht ab. Allein in Berlin hat die Partei seit 1995 rund 30 % ihrer Mitglieder verloren. In dieser Abstiegssituation können sich Müntefering und Simonis von oben bis unten in rote Schals hüllen – der Vertrauensbonus für angeblich besseres Regieren ist verspielt! Am heutigen „linken Rand“ der SPD, also dort, wo die Gesamtpartei zu Zeiten von Bad Godesberg noch stand, signalisieren inzwischen andere Bewerber ihr Interesse: Die WASG im Westen und die PDS im Osten bemühen sich um das originär sozialdemokratische Terrain. Und dann ist da immer noch der unberechenbare Oskar Lafontaine, dessen politische Pläne schwer zu durchschauen sind.

Alles in allem: Die „antikapitalistischen“ Manöver einiger SPD-Führer haben einen ersten Hintergrund und sind zugleich erheiternd. Denn Schröder und Müntefering sind und bleiben natürlich die Erfüllungsgehilfen des bundesdeutschen Kapitals. Das wissen die Hundts aller Rassen, die jetzt mächtig klaffen, ganz genau, auch wenn sie davon ausgehen, daß die SPD ihre Mission erfüllt und der „Mohr“ seine Schuldigkeit getan hat.

Echte Antikapitalisten – Kommunisten und Sozialisten, die über eine wissenschaftliche Weltanschauung verfügen, im politischen Kampf erfahren sind und das sozialistische Ziel nicht aus den Augen verlieren – können mit solchen Tricks nicht getäuscht werden. Ihre Antwort lautet: Schaut ihnen auf die Finger und nicht auf die Sprechblasen, die aus ihren Mündern kommen. **Klaus Steiniger**



INHALT

Export der Revolution oder eigenständiger revolutionärer Prozeß?	S. 2
Armes oder reiches Deutschland?	S. 3
Wuppertaler Spagat	S. 4
Wer uns das Geld aus der Tasche zieht	S. 5
Welche Rechte und Pflichten hatte der FDGB?	S. 6
W. Leonhards „Erinnerungen“	S. 6
Jegor Ligatschow blickt zurück	S. 7
Die Blockadehysterie 1948/49	S. 8
Zum neuen Papst Benedikt XVI.	S. 9
Ist der „RotFuchs“ eine Vereinszeitschrift?	S. 9
Reichstagswahl 1928: Nur 2,6 % für die NSDAP	S. 10
Kapitalstrategien: Keynes oder Friedman	S. 10
Drei Gewalten in einer Hand	S. 11
Bund oder Länder – wer bestimmt die Bildungspolitik?	S. 12
Der Angenfort-Prozeß	S. 13
Konsumideologie und echte Bedürfnisse	S. 14
Laut nachgedacht	S. 15
Leserdebatte: Was ist Terrorismus?	S. 16
Organisierte den Widerstand in der Rüstungsindustrie:	
Arthur Ladwig	S. 17
Was hat es mit der „Individualisierungstheorie“ auf sich?	S. 18
„Geopolitik der Mildtätigkeit“	S. 19
Hilfsflut und Fluthilfe	S. 20
Barakis scharfe Sicht	S. 20
Die große Lüge von „Freedom and Democracy“	S. 21
Zur Vorgeschichte der ungarischen Konterrevolution	S. 22
Diskussionsangebot aus Kiew: Der „Westen“ gegen den Rest der Welt?	S. 23
Worauf die EU-Verfassung abzielt	S. 24
Helft der Jugendbücherei Gera!	S. 25
Christa Müller: Lebenslauf	S. 25
Damit es die Jungen erfahren	S. 26
Wahres über Kriegsgefangene	S. 26
Der Maler und der Arzt	S. 27
Die Verhaftung der Frau Zeuner	S. 28
Die Rückkehr des Klaus Kalinowski	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Infolge des Sieges der Roten Armee über den Hitlerfaschismus bestanden günstige Voraussetzungen für die Entmachtung des Monopolkapitals. Diese Forderung entsprach den Potsdamer Beschlüssen und den Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. In ihren Grundsätzen und Zielen forderte die KPD 1945 die Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmen der Kriegsschuldigen, der Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

Die Leitung des sequestrierten Eigentums und die Verfügung über die Unternehmungen und Betriebe lagen zunächst in den Händen der Chefs der Sowjetischen Militäradministration (SMA) der Provinzen und Länder, um deren Raub und Mißbrauch zu verhindern und sie am ratio-

Qualifizierte Ingenieurkader und Facharbeiter wurden dringend benötigt. Auch hierbei half die SMAD.

Marschall Shukow forderte schon im Januar 1946, Volkshochschulen zu eröffnen. Er stellte die Aufgabe, unter der erwachsenen Bevölkerung und der Jugend Allgemeinbildung, wissenschaftliche Kenntnisse und politisches Wissen zu verbreiten, um das Kultur- und das Bildungsniveau zu erhöhen und zur demokratischen Erziehung beizutragen. In kurzer Zeit entstand ein Netz von Volkshochschulen in den Städten und Industrieorten. Eine andere Forderung Shukows lautete, im Lehrjahr 1946/47 allein an technischen Schulen 378500 Fachleute auszubilden. In den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben wurde ein ausgedehntes

Diese revolutionäre und demokratische Bewegung erfaßte alle antifaschistischen Parteien und Massenorganisationen, die Landarbeiter, die landarmen und werktätigen Bauern. Sie enteignete Grundbesitzer mit über 100 Hektar Boden. 3 298 082 Hektar wurden an Landarbeiter, landlose und landarme Bauern, an Umsiedlerfamilien, Kleinpächter u. a. verteilt. Es entstanden 532 volkseigene Güter.

Die junkerlich-faschistische Machtstruktur auf dem Lande wurde zerschlagen. Jede heutige Rückforderung durch damals Enteignete oder deren Nachkommen ist ungesetzlich, antidemokratisch und konterrevolutionär. Sie richtet sich direkt gegen Geist und Inhalt des Potsdamer Abkommens.

Die demokratische Bodenreform, die das Bündnis von Arbeitern und Bauern entscheidend festigte, war nicht nur eine politische und ökonomische Notwendigkeit. Sie schuf zugleich Voraussetzungen, die kulturelle Rückständigkeit des Dorfes gegenüber der Stadt zu überwinden.

Die SMAD hatte keinen Befehl erlassen, die Bodenreform durchzuführen, etwa in dem Sinne, wie sie anordnete, die Schulen wieder zu öffnen. Sie ließ der demokratischen Bewegung im Osten Deutschlands volle Entscheidungsfreiheit darüber, wann, wo und wie eine Enteignung des Großgrundbesitzes in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erfolgen sollte. Die Länderregierungen erließen eigene Gesetze über die Bodenreform, die unseren Bedingungen entsprachen.

Die Generäle und Offiziere der SMAD bewiesen, daß es keinen Export der Revolution gegeben hat. Die nationalen Bedingungen wurden bei Anwendung der allgemeingültigen Lehren der Oktoberrevolution streng berücksichtigt. Nur so konnten die neuen gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf dem Lande entstehen. Die antifaschistische Demokratie siegte unter Führung der Arbeiterklasse in einem eigenständigen revolutionären Prozeß. Die politische Wirkung eines solchen Herangehens an die Durchführung der demokratischen Bodenreform widerspiegelte sich u. a. im Wahlergebnis vom Herbst 1946. Mecklenburg, ein Agrarland, konnte das beste Wahlergebnis aufweisen. Hier erhielt die Partei der Arbeiterklasse 90,3 % der Stimmen.

Nach der Aufteilung des Landes, als die jungen demokratischen Kräfte des Dorfes der Hilfe bedurften, gaben Arbeiter aus den Betrieben, gab die SMAD selbst mit Soldaten der Sowjetarmee vorrangig den Neubauern jede mögliche Unterstützung (Saatgut, Transportmittel, Vieh usw.). In weiteren Anordnungen des Obersten Chefs der SMAD wurde die Wiederaufnahme der Tätigkeit landwirtschaftlicher Genossenschaften wie der BHG ermöglicht, die mit Krediten, Produktionsmitteln usw. den werktätigen Bauern Hilfe leisten sollten. Die Neubauernwirtschaften wurden mit Saatgutdarlehen sowie bei der Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden gefördert. Später trafen Lastkraftwagen und Traktoren aus der Sowjetunion ein.

Otfried Weber

Export der Revolution oder eigenständiger revolutionärer Prozeß?

nellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen zu nutzen. Diese Praxis der ersten Wochen nach dem Sieg griff einer endgültigen Regelung nicht vor. Die Überführung der beschlagnahmten Unternehmungen und Betriebe in die Hände des Volkes sollte durch die Bevölkerung selbst entschieden werden.

Der oberste Chef der SMAD hatte befohlen, das Vermögen der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten zu konfiszieren. Die bald gebildeten Landes- und Provinzialregierungen erließen dann ähnliche Verfügungen. Sie deckten sich mit den Befehlen 124 und 126 und stimmten mit den Vorschlägen überein, die deutsche Werk-tätige der SMAD unterbreitet hatten. Im Mai 1946 wurden die Unternehmungen und Betriebe den deutschen Selbstverwaltungsorganen zur „Nutznießung“ übergeben. Diese beschlossen, das Eigentum der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Volkseigentum zu überführen. Im Land Sachsen wurde ein Volksentscheid durchgeführt. Die Bürger sollten ihr Wort sagen. 77,7 % der Stimmberechtigten sprachen sich für die entschädigungslose Enteignung der Kriegsgewinnler aus.

So entstanden volkseigene Betriebe. Rüstungsunternehmen wurden zu Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) umgebildet. Die Formierung eines volkseigenen Sektors der Industrie schuf eine völlig veränderte sozialökonomische Grundlage, die neue Leistungsanforderungen an die Arbeiterklasse stellte. Von nun an galt es, die Initiative der Werktätigen zu entwickeln und das Bündnis mit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu begründen. Die volkseigene Industrie mußte mit Sachkenntnis geleitet werden.

System von Zirkeln, Kursen und Schulungen geschaffen.

Der im Oktober 1947 erlassene Befehl 234 war gemeinsam von verantwortlichen Offizieren der SMAD mit Partei- und Gewerkschaftsfunktionären ausgearbeitet worden. Er beinhaltete Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten der Industriebetriebe und des Verkehrswesens. Die Durchsetzung dieser Festlegungen hob die revolutionär-demokratische Bewegung auf eine höhere Stufe und weckte die Eigeninitiative der Arbeiter.

Die Produktion bedingte neue wirtschaftliche Strukturen und Organisationsformen. So förderte und bestätigte die SMAD die Gründung der Vereinigungen Volkseigener Betriebe und die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission. Diese unterstützte die Bemühungen, Wirtschaft und Industrie zentral zu leiten und dazu überzugehen, langfristig zu planen.

Auch auf dem Dorf vollzogen sich grundlegende Veränderungen. Unter Führung der Arbeiterklasse hatten die freigesetzten antifaschistischen Kräfte schon 1945 die demokratische Bewegung „Junkerland in Bauernhand“ organisiert. Sie führte zu tiefgreifenden Veränderungen.

Die demokratische Bodenreform richtete sich gegen den junkerlichen Großgrundbesitz als Brutstätte von Militarismus und Faschismus. Durch die Bodenreform sollte eine gerechte Verteilung des Ackerlandes und eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erreicht werden. Sie bot die Möglichkeit, Hunger, Not und Armut zu überwinden und den besitzlosen Umsiedlern eine neue Existenz zu geben.

Einerseits ist Deutschland ein reiches Land. Die Vermögen sind in den vergangenen Jahrzehnten ständig (allein in der Regierungszeit von SPD und Grünen um 17 %) gestiegen und haben 2003 eine Summe von rund 5 Billionen Euro erreicht. Im Durchschnitt aller Haushalte sind dies rund 133 000 Euro. Das geht aus dem jüngsten „Armut- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung hervor. Tatsache ist aber, daß der „Durchschnitt“ nicht über derartige Vermögen verfügt, denn fast 50 % dieses gigantischen Reichtums liegen bei einer Oberschicht, die gerade 10 % der deutschen Bevölkerung ausmacht. Das Vermögen dieser Haushalte beträgt 625 000 Euro.

Andererseits besitzen 50 % (!) aller deutschen Haushalte überhaupt kein Vermögen. Über 3 Millionen von ihnen sind überschuldet. Fortgesetzt hat sich bis 2003 der Anstieg des Armutrisikos. Die Armutrisikoquote ist von 12,1 (im Jahre 1998) auf 13,5 % in 2003 gestiegen.

Im Klartext: Die von der CDU/CSU/FDP-Regierung übernommene extreme Schieflage in der Besitzverteilung wurde nicht nur konserviert, sondern unter SPD und Grünen weiter zu Lasten der Armen forciert. Der Leitgedanke des erwähnten Berichts besteht nach eigenem Verständnis der Auftraggeber darin, daß eine detaillierte Analyse der sozialen Lage die notwendige Basis für eine Politik zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe sei.

Will die Bundesregierung diesen von ihr scheinheilig selbstgesetzten Maßstäben gerecht werden, müßte auf Grund der alarmierenden Fakten nunmehr geradezu ein Qualitätssprung zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit einsetzen. Eine grandiose Umverteilung der perversen Reichtumskonzentration von den oberen 10 Prozent der Bevölkerung auf die besitzlosen „unteren“ 50 Prozent müßte eingeleitet, sinnlos spekulativ angelegtes Geld in die Konsumtion und Akkumulation zurückgeführt werden, um dringende Bedürfnisse der „ärmeren“ Bevölkerungsschichten zu befriedigen.

Eine Voraussetzung dafür wäre, sich mit den Ursachen, Quellen und der Verwendung des angehäuften Reichtums zu befassen. Wir brauchen keine hoch dotierten „Armutforscher“, sondern demokratisch legitimierte „Reichtumsforscher“. Woher kommt das viele Geld? Ist es ehrlich erarbeitet oder durch nationale und internationale Ausbeutung ergaunert? Wie wird es verwendet? Wird es investiv wieder angelegt, wie es moderne Märchen erzählen, oder verschoben, verpraßt, verspekuliert, um aus Geld noch mehr Geld und Macht zu hecken?

Die jüngere deutsche Reichtumsforschung steht vor ausgeprägten „konzeptionellen Hürden“. Diese sind bekannt: Die gesamte politische Arbeit der Regierenden wie der Opposition ist letztlich auf die Vermehrung des Reichtums in den Händen weniger gerichtet. Davon sind auch die Verfasser des „Armut- und Reichtumsberichts“ nicht ausgenommen. Ihr Auftrag

heißt in erster Linie Verschleierung. Eine aufgeblähte Armutsanalyse einerseits und das Verschweigen der eigentlichen Reichtumsproblematik andererseits entsprechen dieser Vorgabe.

Wir können aber den überbezahlten und unfähigen „Reichtumsforschern“ ein wenig auf die Sprünge helfen, wenn wir uns bemühen, einige Fakten aus anderen Quellen zusammenzutragen.

1. Die im DAX notierten 30 deutschen Konzerne haben im Jahr 2004 ihren Gewinn – nach Steuern, sofern sie welche gezahlt haben – gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Er beträgt annähernd 35 Milliarden Euro. Diese Konzerne schwimmen förmlich im Geld – fragt sich nur, wofür sie es ausgeben, meint der „Spiegel“. Die Antwort folgt auf dem Fuße: Statt zu investieren, hofieren die Manager lieber die Aktionäre und schütten Milliarden aus.

2. Die Gewinne aller deutschen Kapitalgesellschaften betrugen im Jahre 2004 207 Milliarden Euro. Davon wurden 51 Milliarden in Steueroasen verschoben

sten, Journalisten, Werbeträger, einige Künstler, Sportler, Ärzte und andere Privilegierte – konzentriert. Im Durchschnitt besitzt jede Person aus diesen Kreisen 250 000 Euro Geldvermögen. Hinzu kommen große Sachvermögen, insbesondere von Immobilien.

6. Über 500 Milliarden Euro werden von diesen „die Gesellschaft tragenden“ Bundesbürgern steuerfrei im Ausland „verwaltet“. Jährlich werden dem Fiskus durch „Steueroasen“ Steuerausfälle in Höhe von mindestens 15 Milliarden Euro und durch eine aggressive „Steuerminderungs politik“ der Großunternehmen in Höhe von nochmals 15 Milliarden Euro zugefügt. Durch Steuerhinterziehung entgehen dem Fiskus jährlich über 100 Milliarden Euro. Entgegen allem Lamentieren über die „unzumutbaren Steuerlasten“ hat das Steuerparadies Deutschland für die Vermögenden international mit Abstand die geringste Steuerlast.

7. Bis 2010 dürften in Deutschland zwei Billionen Euro vererbt werden. Rund

Armes oder reiches Deutschland?

und dem deutschen Fiskus zur Versteuerung entzogen.

3. Die 25 größten Privatunternehmen Deutschlands haben im Jahre 2004 einen Umsatz von 363 Milliarden Euro realisiert. Über die dabei erzielten Gewinne schweigt man sich aus. Beispiel: Der Oetker-Konzern gehört zu den ganz Großen unter den Privaten ... Über die Höhe der Gewinne macht Oetker keine Angaben – das muß der Familienunternehmer auch nicht. Nur so viel wird verraten: Der Gewinn ist „auskömmlich“ – schreibt der „Tagesspiegel“. Die Privatunternehmen sind in hohem Maße Handelsketten, die sich mit extremen Ausbeutungsmethoden im In- und Ausland bereichern. Neben Oetker sind das u. a. ALDI, Lidl, Edeka, Tengelmann, Haniel, Otto, Metro, Schlecker, Tschibo. Ihre Besitzer gehören inzwischen alle zum Club der reichsten Deutschen – sie sind private Milliardäre.

4. Das Privatvermögen dieser reichsten Deutschen hat groteske Dimensionen angenommen. Die 100 Spitzenreiter verfügen allein über ein Vermögen von mehr als 250 Milliarden Euro. Angeführt werden diese Parasiten von den ALDI-Brüdern, die sich vorrangig durch Einkaufspreise, die die Zulieferer ruinieren, zu den drittreichsten Menschen der Welt „emporgearbeitet“ haben.

5. Die privaten Geldvermögen „der Deutschen“ sind aktuell auf über 4 Billionen Euro gestiegen. Die Hälfte davon ist bei 8 Millionen Bundesbürgern – Aktionäre, Gesellschafter, Manager, Politiker, Juri-

900 Milliarden werden die Testamentsvollstrecker in Form von Bargeld, Aktien oder Rentenpapieren dem Nachwuchs auszahlen, berichtet der „Spiegel“. Wieviel bekommt davon der immer bankrotte Fiskus bei den extrem niedrigen Erbschaftsteuern in Deutschland?

8. Nach Aussagen von IG-Metall-Chef Jürgen Peters hat Deutschland 1,5 Millionen Manager. Ihr Durchschnittsgehalt beträgt nach einer Studie jährlich 240.000 Euro. Hochgerechnet sind das 360 Milliarden Euro. Spitzenmanager kassieren natürlich wesentlich mehr: Ackermann 11 Millionen Euro, Schrempf 5,5 Millionen Euro pro Jahr. „Verdientes“ Geld für Leistungen zum Nutzen der deutschen Gesellschaft?

Muß man wirklich lange und intensiv forschen, um die Quellen zu finden, wo und wie Reichtum entsteht und verschwendet wird? Muß eine Politik, die sich sozialdemokratisch nennt, menschenverachtende und entwürdigende Methoden anwenden, um durch Hartz IV aus den Ärmsten der Armen noch 6 Milliarden herauszuquetschen, wenn Hunderte von Milliarden aus dunklen, korrupten und kriminellen Quellen entstehen und in ebensolchen Kanälen verschwinden?

Wir haben Armut, weil wir zu viel Reichtum haben. Es wird immer offenkundiger: Die Kräfte des Widerspruchs und Widerstandes können sich nicht mehr an Einzelercheinungen aufhalten, sie müssen zunehmend das System als Ganzes in Frage stellen. **Dr. Klaus Blessing**

Wuppertaler Spagat

Dumm-dreist titelte die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ im Feuilleton ihrer Ausgabe vom 6. März „Die Armen sind die Avantgarde“. Fast visionär schreibt sie im Untertitel „Die Kultur der Unterschicht ist womöglich unser aller Zukunft“, und die Autoren beenden ihren Artikel mit der Feststellung: „Sie zeigen uns, wie viele von uns in Zukunft leben werden.“ Der Artikel läßt offen, ob ihre Verfasser diese Entwicklung positiv oder negativ bewerten. Das ist auch völlig belanglos.

Tatsache ist, was dort (noch) als Zukunftsvorstellung auf dem Gebiet der Kultur beschrieben wird, stellt auf ökonomischem Gebiet bereits eine grausame Realität dar. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer schneller und immer weiter. Seit dem Amtsantritt von Rot-Grün leben immer mehr Kinder und Jugendliche in bitterer Armut. Schulkrise und Wirtschaftslaute zerstören zunehmend ihre Perspektiven.

Einer Studie der „Nationalen Armutskonferenz“ – einem Zusammenschluß von verschiedenen Wohlfahrtsverbänden und sozialen Selbsthilfegruppen – zufolge, sind in Deutschland mehr als zwölf Millionen Menschen von Armut betroffen. Jedes achte Kind lebt auf Sozialhilfeniveau. 1965 war es nur jedes 75. Kind.

Die Studie belegt auch einen unmittelbaren Zusammenhang von Armut, Krankheitsanfälligkeit und Todesrate. Bei der Lebenserwartung für reiche und arme Menschen gibt es inzwischen einen Unterschied von sieben Jahren!!! Praxisgebühren und Zuzahlungen für Medikamente müssen sich viele Menschen im wahrsten Sinne des Wortes vom Munde absparen. Krankheiten werden verschleppt und irgendwann chronisch. Besonders betroffen sind Kinder, Alleinerziehende, Arbeitslose und Migranten.

Die Wissenschaftler Christoph Butterwegge, Michael Klundt und Matthias Zeng weisen in ihrem Buch „Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland“ auf einen anderen Aspekt hin. Sie heben besonders die Tatsache hervor, daß nach dem Inkrafttreten von Hartz IV die Zahl der Kinder in Sozialhilfehaushalten von 1,1 Millionen auf etwa 1,5 Millionen anwachsen wird. Gleichzeitig, so stellen sie in dieser fundierten wissenschaftlichen Untersuchung fest, steigt die Zahl der Kinder, die Defizite im Bildungsbereich aufweisen, voraussichtlich von 2,8 Millionen auf 3,3 Millionen. Wegen der Übergangs- und Kinderzuschläge, die zwei bzw. drei Jahre lang gezahlt werden, vollziehe sich diese Zunahme nicht schlagartig, sondern schleichend. Einer ihrer Kernsätze lautet „Armut ist mehr als wenig Geld zu haben“. Die Autoren zielen damit vor allem auf Schule und Bildung. Fest steht seit den diversen PISA-Studien: Gleiche Bildungschancen und gute Schulleistungen werden diesen Kindern nicht ermöglicht. Die soziale Selektion durch das mehrgliedrige Schulsystem verstärkt den Teufelskreis. Die negativen Auswirkungen auf die folgende Berufsausbildung, auf einen Ausbildungsplatz (wenn sie denn überhaupt einen bekommen) und die berufliche Tätigkeit sind bekannt und vielfältig dokumentiert. Die knappe, aber richtige Antwort auf diese Entwicklung kann nur lauten: Eine Schule für alle muß das Ziel jeglicher Bildungspolitik sein. Bildung ist eine, wenn nicht gar die wirksamste Waffe im Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut. Meine Heimatstadt Wuppertal liegt voll im Trend.

Eine Untersuchung, die von einer Prognos AG im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt wurde, brachte es an den Tag: Es wurden 439 Städte auf ihre Familienfreundlichkeit hin untersucht. Wuppertal landete auf dem 417. Platz.

Die Prognos-Leute stellten als besonders gravierende Ursache für diese Platzierung heraus, daß hier über 10 000 Kinder und Jugendliche von 4 bis 18 Jahren von der Sozialhilfe leben, also arm sind. (WZ, 22. 1.) Und der Leiter des Sozialamtes kommentiert die Entwicklung so: „Es gibt eine stetige Steigerung.“ Petra Beaugard, Leiterin der Kindererholung der Caritas in Wuppertal, bemerkt: „Seit einigen Jahren müssen wir feststellen, daß es in unserer Gesellschaft wieder hungernde Kinder gibt – und es werden immer mehr!“

In dieser Situation schickten sich die Ratsparteien – von kleinen Ausnahmen abgesehen – an, auch noch das kostenlose Mittagessen für Kinder bedürftiger Familien zu streichen. Hintergrund ist: Bisher waren die Inhaber des „Wuppertal-Passes“ von einer Zuzahlung zum Mittagessen befreit. Durch den Aufbau der „Offenen Ganztagsgrundschule“ vergrößert sich die Zahl der Berechtigten um ein Vielfaches. Die dafür bereitgehaltenen finanziellen Mittel sollen aber nicht erhöht werden, mit der Folge, daß der gleiche Betrag auf erheblich mehr Berechtigte umverteilt werden muß. In einer ersten Stufe soll das Mittagessen also nicht mehr kostenlos sein, sondern mit 1 Euro bezuschußt werden. Steigt die Zahl der Berechtigten weiter, was sich bereits abzeichnet, wird der Zuschuß laufend geringer. Selbst wenn das Mittagessen mit 1 Euro subventioniert wird, müssen die Eltern täglich 1,80 Euro aus eigener Tasche bezahlen. Jeder kann sich ausrechnen, welche Belastung das in einem Monat für „bedürftige“ Familien bedeutet. Und was ist, wenn zwei, drei Kinder aus einer Familie ein warmes Mittagessen benötigen?

Auf der anderen Seite leistet sich die Stadt einen Projektzuschuß im Zusammenhang mit dem „Masterplan-Gewerbepark“ in Höhe von 925000 Euro. Wir sind der Meinung: Wenn die Bourgeoisie solche Einrichtungen will, dann soll sie diese allein bezahlen. Sie streicht ja auch den dort erzielten Profit ein. **Dr. Dirk Krüger**



13 Unterschiede sind zu entdecken

Bilderrätsel von SHAHAR

Kurz vor Ostern hatte der Kanzler die Unternehmer in „Bild am Sonntag“ aufgefordert, mehr in Deutschland zu investieren, um endlich einen Wirtschaftsaufschwung zu bewirken. Schließlich habe die Bundesregierung doch mit der „Agenda 2010“ dafür „allerbeste Voraussetzungen“ geschaffen, sogar „schmerzhafte Reformen“ durchgesetzt, so daß „die Rahmenbedingungen stimmen“, und er zählte auf: Senkung der Unternehmenssteuern, Verringerung der „Lohnzusatzkosten“, Beseitigung von Einstellungs hemmnissen usw. Das „ständige Gerede von der Verlagerung der Betriebsstätten und Arbeitsplätze“ müsse endlich aufhören.

Erwartungsgemäß zeterten nicht nur die Politiker von CDU/CSU und FDP gegen diese „Unternehmerbeschimpfung“, es meldete sich auch gleich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Ludwig Georg Braun, zu Wort. „Schuldzuweisungen helfen nicht weiter“, erklärte er in der „Bild“-Zeitung. Er beklagte die nach wie vor schlechten Voraussetzungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland, zu hohe Steuern und „Lohnnebenkosten“, fehlende „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ und die mangelnde Verlässlichkeit politischer Zusagen. Nun kann jeder schon bei dem wahrlich nicht marxismusverdächtigen US-Ökonomen Paul Samuelson nachlesen, was es mit dem Zusammenhang von staatlich gewährleisteten Investitionsbedingungen und tatsächlich erfolgenden Investitionen der Unternehmen auf sich hat: Du kannst die Pferde zwar zur Tränke treiben, ob sie aber saufen, das bleibt ihre Sache. Weder führen Investitionsanreize automatisch zu Investitionen noch Investitionen zu Wirtschaftswachstum. Und auch dieses bedeutet noch lange keinen Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmerverbände fordern längere Arbeitszeiten, diese erhöhen die Arbeitslosigkeit. Sie verlangen Lohnzurückhaltung und Sozialabbau, das schwächt die Binnennachfrage (im Jahre 2004 in der BRD um 28 Milliarden Euro) und damit das Wirtschaftswachstum; nur: die Gewinne steigen! Höhere Gewinne fließen aber vor allem in Finanzgeschäfte statt in arbeitsplatzschaffende Investitionen. Die Börse belohnt dann noch den Arbeitsplatzabbau mit steigenden Aktienkursen. Und wenn das deutsche Kapital trotz alledem produktive Investitionen tätigt, dann in Billig-Lohn-Ländern mit niedrigen Sozialstandards. Oder es sind Rationalisierungsinvestitionen. Beides führt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen im Lande.

Weder Kanzler Schröder noch DIHT-Präsident Braun sind so unbedarft, diese Zusammenhänge nicht zu sehen. Es geht nicht um Wirtschaftswachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit – es geht allein um die Unternehmerprofite.

Pressemeldungen der jüngsten Zeit belegen das. Hier ein Ausschnitt: Allianz-Gruppe verdreifacht 2004 Gewinn gegenüber dem Vorjahr, Mitarbeiterzahl sinkt um 17 %. RWE verdoppelt Gewinn mit 20 % weniger Beschäftigten.

BASF steigert Profit um 63 % bei 15 % weniger Mitarbeitern. Deutsche Bank: 4,1 Milliarden Euro Gewinn bei Abbau von 6400 Stellen; seit 2000 verschwand ein Drittel der Arbeitsplätze; angestrebte Eigenkapital-Rentabilität: 25 %. Zweitgrößter europäischer Heiztechnik-Hersteller Vaillant verdoppelt Gewinn. Sportartikel-Produzent Puma verzeichnet zum sechsten Mal in Folge zweistellige Steigerung des Konzernumsatzes bei einer Profitrate von 43 %. DaimlerChrysler steigert Konzernüberschuß auf 446 %, bei der defizitären Tochter Smart fällt ein Drittel der Stellen weg. Post steigert Konzerngewinn um 21,3 % auf 1,6 Milliarden bei 3300 weniger Mitarbeitern. Telekom:

Produktion aus Deutschland nach Ungarn, Tschechien und Rumänien verlagert und die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich um 1,5 Stunden erhöht. VW-Tochter Audi erzielt Vereinbarung mit Betriebsrat zur Senkung der Lohnstückkosten zwecks „Standortsicherung“, betroffen sind 45000 Beschäftigte. Einzelhandelsketten fordern Einstellung von Langzeitarbeitslosen zu abgesenkten Löhnen, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Das alles reicht den Konzernen und Großbanken jedoch noch lange nicht. Laut DIHT-Umfrage werden 5000 von 7500 deutschen Unternehmen bis Ende 2007 rund 150 000 Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, 43% davon in

Wer uns das Geld aus der Tasche zieht

Profit wächst von 1,2 auf 4,6 Milliarden (!) Euro. Die 30 DAX-Unternehmen verbuchen Gewinne von 15,7 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr, das ist eine Steigerung von 69 % (zum Vergleich: USA-Konzerne 20 %, EU-Durchschnitt 27 %), dabei wurden vor allem Stellen in Deutschland gestrichen, Investitionen innerhalb der BRD bleiben „wegen zu geringer Rendite-Erwartungen“ aus. Siemens erhöht Profit im Geschäftsjahr 2003/2004 um 39 % auf 3,4 Milliarden Euro bei einem Löwenanteil der Produktion im Ausland und droht weitere Verlagerungen an; die Belegschaft wird damit zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich erpreßt. Bei Thyssen/Krupp alle Gewinnerwartungen übertroffen. Gesamt-Betriebsrat von Opel unterzeichnet „Zukunftsvertrag“ und akzeptiert dabei nicht nur Nullrunden und 40 Wochenstunden, sondern auch den Abbau von 9000 Stellen (d. h. jedes dritten Arbeitsplatzes) zur „Rettung der Standorte Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern. Zweitgrößter europäischer Reifenproduzent Continental steigert Profit um 28,2 % auf 1,096 Milliarden Euro bei Wertsteigerung der Conti-Aktie um 55 %, zugleich wird die

osteuropäische EU-Staaten. Jetzt erhöhen die Unternehmerverbände den Druck auf das Kabinett, ihnen weitere Vergünstigungen zu verschaffen. Schröders und Münteferings SPD wird den Forderungen natürlich nachkommen, obwohl sie z. Z. in Täuschungsabsicht die „antikapitalistische“ Trommel schlägt. Schröders 20-Punkte-Programm vom 6. April zur Einigung mit CDU und CSU beweist es. Dazu gehören: weitere Verringerung der Körperschafts- und der Gewerbesteuer, Novellierung der GmbH- und der Energiewirtschaftsgesetze, Erleichterungen bei der Erbschaftssteuer, Streichung von bis zu 350 Gesetzen und Verordnungen, neue Kreditangebote, Verlängerung des Programms der Gebäudesanierung, schnellere Planverfahren für Verkehrs- und Stromnetze u. v. m. Dabei betrogen die Steuern auf Gewinne und Kapitaleinkommen in Deutschland schon 2002 lediglich 4,5 % des Bruttoinlandsprodukts (zum Vergleich – EU-Durchschnitt: 7,4 %) und die Gewinnsteuern der Kapitalgesellschaften, also vor allem der GmbHs und der Aktiengesellschaften, nur 1,7 %, laut OECD 2004 sogar nur 1,0 % (EU-Durchschnitt: 3,6 %). Per Saldo haben die Großbanken in der BRD von 2000 bis 2003 nicht nur keine Steuern gezahlt, sondern vom Fiskus sogar noch 1,3 Milliarden Euro zurückerhalten.

Das Kapital ist zur Großoffensive übergegangen, es will seine Profite zu Lasten der ganzen Gesellschaft maximieren, koste es, was es wolle. Es will alle Zugeständnisse, die es den Forderungen der Arbeiterklasse in der Zeit der Existenz des sozialistischen Weltsystems hatte machen müssen, zurücknehmen und führt seinen Klassenkampf ohne Glacéhandschuhe. Es wird Zeit, daß wir ihm mit der gleichen Konsequenz entgegenreten. Die Politik aller linken Kräfte, Parteien, Gewerkschaften und Sozialverbände wird daran zu messen sein, welchen Beitrag sie dazu leisten!

Dr. Ernst Heinz

Herzliche Gratulation!

Die Genossen

Fritz Teppich,
Spanienkämpfer, und
Herbert Thomas,
Buchenwaldhäftling,

sind auf Vorschlag des
RF-Fördervereins mit der

**Medaille der GBM
zum 60. Jahrestag der Befreiung**
ausgezeichnet worden.

Herbert Thomas, der aus dem
Autorenkreis ausgeschieden ist,
wurde in die Ehrenliste verdienter
RF-Mitarbeiter eingetragen.

Welche Rechte und Pflichten hatte der FDGB?

Vor 60 Jahren, am 15. Juni 1945, wenige Tage nach der Veröffentlichung des Befehls Nr. 2 der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland), der die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften erlaubte, rief der Vorbereitende Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin zur Gründung neuer, freier und einheitlicher Gewerkschaften auf.

Dieser Aufruf ist das erste programmatische Dokument der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach der Befreiung vom Faschismus und die Geburtsurkunde des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB).

Der Gründungsaufwurf wurde von den kommunistischen Gewerkschaftern Roman Chwalek, Hans Jendretzky, und Paul Walter, von den sozialdemokratischen Gewerkschaftern Otto Brass, Bernhard Göring und Herrmann Schlimme, von den Vertretern der früheren christlichen Gewerkschaften Jakob Kaiser und der früheren Hirsch-Dunkerschen Gewerkschafter Ernst Lemmer unterschrieben.

Der FDGB entstand damit als einheitliche Dachorganisation. Hier waren alle früheren gewerkschaftlichen Richtungen – sozialdemokratische, kommunistische, christliche und bürgerlich-liberale – vereint, aber damit auch die objektiv vorhandenen politischen Lager wirksam. Aus dieser Tatsache hatten der 1. FDGB-Kongreß im Februar 1946 und die Stellungnahme des FDGB zu den Herbstwahlen 1946 den richtigen Schluß gezogen, daß die politischen Parteien ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften durch ihre Haltung zu deren Zielen und Forderungen selbst entscheiden. Im Verlauf der folgenden Auseinandersetzungen lösten sich verantwortliche Vertreter der CDU, der LDPD, aber auch der SPD aus der Tätigkeit des FDGB heraus. Die Gewerkschaften des DGB wiesen nach jahrelanger Zusammenarbeit auf den Interzonenkonferenzen jegliche Annäherung zum FDGB, jeden Versuch gemeinsamer Arbeit zurück.

In dieser Situation auf die Anerkennung der führenden Rolle der SED durch die Gewerkschaften zu dringen, und damit objektiv die positiven Anstrengungen anderer politischer Kräfte zu negieren, war eine einengende Entscheidung des dritten FDGB-Kongresses 1950. Das gleiche gilt für die sehr frühe Orientierung auf den Marxismus-Leninismus als Grundlage jeglicher Gewerkschaftspolitik. Trotz solcher Fehler sollte das Bewahrenswerte in den Vordergrund gerückt werden. Der FDGB hatte vielfältige Rechte und Pflichten.

Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Gewerkschaften der DDR auf arbeitsrechtlichen, sozialpolitischen, kulturellen, internationalen und sportlichen Gebieten sowie im Arbeitsschutz und in der Sozialversicherung engagiert,

qualifiziert und erfolgreich wirkten und infolgedessen als Interessenvertreter auch anerkannt waren. Das lassen wir uns nicht ausreden.

Dazu gehören u. a. das vom FDGB eingebrachte „Gesetz der Arbeit“ (1950) mit der erstmaligen Gewährleistung des Rechts auf Arbeit, die 1953/1954 eingeführten dauerhaften Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen (Feriendienst, Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, gewerkschaftliche Verantwortung für

die Sozialversicherung u. a.), die verfassungsmäßig verbrieften Rechte der Gewerkschaften, die betriebliche Mitbestimmung u. a. m.

All das sollte für eine wirksamere und kämpferischere Aktivität der nunmehr seit 15 Jahren im DGB vereinten deutschen Gewerkschaftsbewegung genutzt werden, um aus der Zuschauerdemokratie herauszutreten. Nur starke Gewerkschaften sind in der Lage, dem Kapital Paroli zu bieten.

Dr. Hans Küstner

Wolfgang Leonhards „Erinnerungen“

Diese Zeilen sind eine Ergänzung zu Erich Kundels Beitrag im Mai-„RotFuchs“. Vermutlich wird der agile und von keinen Selbstzweifeln geplagte Wolfgang Leonhard registriert haben, wie oft er schon seine Sicht auf die „Gruppe Ulbricht“ in Wort und Schrift einträglich vermarktet hat. Nun, sechzig Jahre später, ist Leonhard als damals jüngster von zehn der einzige noch lebende „Zeitzeuge“. Das erhöht für manche seinen „Marktwert“. Deshalb ist es für unsereins nicht überraschend, daß die „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ eine „Armada von Journalisten“ (ein Bild Karlen Vespers im ND) eingeladen hatte, um dem „Geschichtsschauspieler“ Leonhard (Dirk Kurbjuweit) einen spektakulären Auftritt zu ermöglichen. Die Frage ist lediglich: mit welchem Ziel, mit welchem Ergebnis? Die Antwort wird erleichtert, wenn wir die Berichte im „Spiegel“ vom 18. April 2005 und im „Neuen Deutschland“ vom 30. April / 1. Mai 2005 vergleichen.

Die Schilderung des Weges von Bruchmühle zum Gebäude in der Berliner Wallstraße, wo sich das ZK der KPD befand und in dessen Sitzungssaal Leonhard für den ND-Fotografen posierte, unterscheidet sich nicht. Auch die Eckpunkte der Berichte sind identisch. Da ist der angebliche Satz Walter Ulbrichts, für dessen Wahrheitsgehalt einzig das phänomenale Gedächtnis Leonhards bürgt: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.“ Wer sich erinnert, welchen Charakter die Entstehung des Volkseigentums, die Bodenreform, die Bildungsreform usw. hatten, folgert vielleicht, daß das nicht nur demokratisch aussah (was Leonhard in seinen Bildungsheften damals auch wußte), sondern dem Volkswillen und dem Völkerrecht entsprach. Jemand, der womöglich Hannah Arendt gelesen hat, weiß, daß die Macht des Kapitals viel totalitärer wirken kann als jeder „Kommunismus“. Aber auf der Fassade des Kapitalismus und seiner

Börsen muß Demokratie stehen. Wer kann das heute übersehen?

Leonhard ist ein Multitalent: „Der große Geschichtsschauspieler Wolfgang Leonhard übernimmt ... die Rollen von Ulbricht, Pieck, Marschall Shukow und Stalin.“ Die Arbeitereinheit erfolgte nach Leonhard auf Befehl Stalins, wobei das ND ein „Tänzchen“ Leonhards mit der Sozialdemokratin Käthe Kern in einen Beitrag zur späteren „Vereinnahmung“ der SPD verwandelt. (Ich kenne manche alten Paare, die sich als damalige Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenfanden. Einer ist Ehrenvorsitzender der VVN/BdA in Sachsen.) Daß sich die Arbeitereinheit für manchen schmerzlich auswirkte, wie das ND meint, ist unbestritten. Militaristen, Monopolisten und Großagrarier werden die SED wohl kaum ohne begründeten Haß nennen. Sie wissen, was sie der Spaltung der Arbeiterbewegung danken, welche Gefahr die Arbeitereinheit für sie ist. Ihre Furcht ist echt.

Was hatte Leonhard auf seinem Tagestrip als Erkenntnis zu bieten? Da sind sich „Spiegel“ und ND einig: „Von Ulbricht zu Ali (einem türkischen Restaurantbesitzer – H. S.) – so kann man die letzten 60 Jahre zusammenfassen.“

Mindestens mancher ND-Leser (wie ich ganz sicher weiß) fragt: Warum wird „Zeitzeugen“ dort kein Platz eingeräumt, die am 28. April aus der Hand des russischen Botschafters die Erinnerungsmedaille für ihren Anteil am Sieg über den Faschismus erhielten? Drei kenne ich: Moritz Mebel, Stefan Doernberg und Peter Florin. Doernberg ist Mitglied der PDS und des Rates der Alten beim Parteivorstand, Mebel war es. Florins Ansehen habe ich in England erlebt. Der einzige Absolvent (wenn ich mich nicht irre) der Moskauer Karl-Liebknecht-Schule, der sein „Insider“-Wissen in den Dienst des Antikommunismus stellte, ist Leonhard. Ein Beweis für Authentizität?

Prof. Dr. sc. Horst Schneider

Der 20. Jahrestag des Aufstiegs von Gorbatschow auf den höchsten Posten in der KPdSU und im Lande lenkt erneut die Aufmerksamkeit auf diese Gestalt, die, so schien es, endgültig der Vergessenheit anheimgefallen ist. Michail Sergejewitsch flimmerte auf den russischen Telekanälen, von ihm sprachen Rundfunk und Zeitungen. Dabei stellte man ihn idealisiert dar. Gerechtfertigt wurde faktisch fast alles von ihm Vollbrachte.

Was ist damals tatsächlich geschehen? Wie ist der gigantische Erdrutsch organisiert worden, der zu einer echten Katastrophe in unserer ökonomischen und sozialen Sphäre, in Wissenschaft und Kultur geführt hat? Und schließlich: Auf welche Weise konnte die Ablösung der gesellschaftlich-politischen Ordnung und die Zergliederung eines großen Landes zur Realität werden?

Der Moskauer „Prawda“ (1. 4. 2005) antwortete ein Insider, der zu Beginn der Perestrojka für den zweiten Mann in der Partei gehalten worden war und dann zum Hauptopponenten von Gorbatschow wurde: Jegor K. Ligatschow.

War die Perestrojka notwendig?

Ein sozialistischer (!) Umbau war notwendig. Für die weitere Stärkung der sowjetischen Großmacht, für ihre Reinigung von Überlebtem und Angeschwemmtem. So war auch die Perestrojka gedacht. So hat sie begonnen. Sie endete aber leider nach sechseinhalb Jahren mit einem konterrevolutionären Staatsstreich, der Zerschmetterung der Sowjetmacht und der Zerstörung der UdSSR.

Wodurch ist die Notwendigkeit der Perestrojka diktiert worden?

In den 80er Jahren zeichneten sich Tendenzen ab, die, wenn ihnen nicht Einhalt geboten würde, eine tiefe Systemkrise bewirkt hätten. Die Tempi des Wachstums der Produktion und der Arbeitsproduktivität sanken. Es verstärkten sich die Widersprüche zwischen dem Zentrum und den Unionsrepubliken. Aber das Beunruhigendste war das immer größere Zurückbleiben der Sowjetunion gegenüber dem Westen in der Effektivität der Produktion und der wissenschaftsintensiven Technologie der zivilen Produktion, das heißt beim wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

An und für sich war die Perestrojka nicht irgend etwas vollkommen Außergewöhnliches. Zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Etappen unserer Sowjetgeschichte ist ein Umbau durchgeführt worden. Was war zum Beispiel der Übergang von der Politik des Kriegskommunismus zur NÖP? Oder von der NÖP zur Industrialisierung und Kollektivierung? Auch die Perestrojka während des Krieges und danach im Verlauf der Nachkriegswiederherstellung? Und so weiter.

Das heißt, wir können eine ganze Reihe von Beispielen dafür anführen, daß eine Perestrojka in unserer Gesellschaft begonnen und dann sehr erfolgreich verwirklicht wurde. Warum? Da ist sie – die Grundfrage! Weil sie im Rahmen des sozialistischen Sowjetsystems erfolgte.

Urteil eines Insiders: Ligatschow blickt zurück

Hat aber nicht Gorbatschow letztlich davon gesprochen, daß das Sowjetsystem nicht reformierbar sei?

Drei Tage, nachdem Jelzin Gorbatschow aus dem Kreml gejagt hatte, erklärte dieser in Anwesenheit seines Spießgesellen Jakowlew einem amerikanischen Fernsehjournalisten, daß er zu der Schlußfolgerung über die Nichtreformierbarkeit des Sowjetsystems gekommen sei.

Gab es verschiedene Phasen der Perestrojka?

Ich teile sie in zwei Etappen ein. Die erste – ungefähr drei Jahre und etwas mehr. Die gesamte Statistik, alle Angaben zeugen davon, daß die Sache in dieser Zeit aufwärtsging. Damals trug der Umbau noch einen sozialistischen, sowjetischen Charakter. Die Industrieproduktion wuchs um 4 bis 5 Prozent im Jahr. Und der Maschinenbau erreichte sogar 7 bis 8 Prozent Zuwachs, die Landwirtschaft 3 bis 3,5 Prozent. 128 Millionen Quadratmeter Wohnfläche wurden übergeben.

Die positiven Prozesse entwickelten sich meiner Ansicht nach anfangs auch in der Partei, in der Gesellschaft insgesamt, deshalb hat das Volk die Sache zunächst unterstützt. Aber dann ...

Und was geschah danach?

Es ereignete sich ein regelrechter Erdrutsch. Ein Absinken. 1991 – im letzten Jahr der Sowjetmacht – hat sich die Industrieproduktion um 10 Prozent verringert. Die Landwirtschaft fiel um 5 Prozent zurück, der Bau von Schulen um 15 Prozent. Die Hauptursache bestand darin, daß wir die ökonomischen Gesetze der Entwicklung der Gesellschaft verletzten.

Und was war das Resultat?

Wenn 1985 die Geldüberschüsse der Bevölkerung rund 20 Milliarden Rubel betragen, was sich noch ertragen ließ, dann waren es 1989 schon 63 Milliarden, 1990 sogar 81 Milliarden und 1991 schließlich 125 Milliarden – eine kolossale Konzentration an „überflüssiger“ Geldmasse, für die keine Waren zur Verfügung standen. Alles, was es in den Läden gegeben hatte, war hinweggefegt. Die Regale waren leer.

Wie konnte das passieren?

Ende 1987. Sitzung des Politbüros. Wir diskutieren den Plan für das kommende Jahr. Ryshkow macht im Namen des Ministerrats den Vorschlag, 1988 den Übergang zu frei vereinbarten Preisen zu beginnen. Er sagt: Laßt uns anfangen, wenn auch in geringem Maßstab – mögen 95 Prozent der Produktion nach wie vor über Staatsauftrag laufen, und bei fünf Prozent werden wir die Möglichkeit geben, daß sie durch die Betriebe so realisiert werden, wie sie es selbst für nötig halten. Um sie materiell zu interessieren.

Und was nun?

Es kommt zur Debatte. Gorbatschow, Jakowlew, Medwedjew sagen wie aus einem Mund: Was sind schon 5 Prozent – Minimum 30! Für den Anfang so: 30 Prozent der Produktion – nach frei vereinbarten Preisen. Das heißt faktisch Einführung des freien Marktes! Ohne jede Vorbereitung darauf, ohne jede Marktstruktur.

Wir (Ryshkow, ich und andere) antworten: Man muß behutsam vorgehen, experimentieren, irgendwelche Zweige auswählen, irgendwelche Regionen. Als Antwort – nein, nichts auf die lange Bank schieben! Wie war dann der Gang der Ereignisse? Die Betriebe übten Druck aus, verlangten kolossale Preise, erhielten sofort gewaltige Gelder. Statt die Mittel auf die technische Neuausrüstung und Erneuerung der Grundfonds zu richten, weiteten sie die Lohnfonds aus. So erschien jene gewaltige Geldmasse.

Der Zerfall wurde in der Politik fortgesetzt?

Alles gemäß Lenin: Politik und Ökonomie sind untrennbar. Die antisozialistischen Kräfte, die zu dieser Zeit immer aktiver zur Offensive übergingen, bemühten sich, jede beliebige Möglichkeit zu nutzen. In dieser Phase ist die sogenannte Kooperationsbewegung entstanden. Das geschah unter dem Vorwand der Verwirklichung des maßlos verzerrten Leninschen Erbes. Wohin hat das geführt? Schon 1989 erhielten diese „Genossenschaften“ 19 Milliarden Rubel an verfügbaren Mitteln. Bald kam es zur Desorganisation des gesamten Verbrauchermarktes und danach zur Empörung einer gewaltigen Zahl von Menschen, die ihr Vertrauen in die Partei und den Staat verloren hatten.

Warum geschah das?

In der Person Gorbatschows und der Mehrheit seiner Helfershelfer haben wir es mit typischer politischer Entartung zu tun. Sie haben die Sache verraten, der zu dienen sie berufen waren, und sind letzten Endes auf die Positionen des Antikommunismus, des Antisowjetismus, des Antipatriotismus übergelaufen. Warum? Ich bin zu der Schlußfolgerung gekommen: Dies geschah aus dem Drang nach Privateigentum.

Jetzt sind sie doch alle Dollarmillionäre, und viele sogar Dollarmilliardäre. Das trifft sowohl auf Nasarabajew als auch auf Gorbatschow, Jelzin, Karimow, Nijasow, Schewardnadse und andere zu. Sie alle besitzen ein gewaltiges Vermögen. Dafür sind die Völker eines großen Landes zu Opfern ihrer Politik geworden.

Übersetzung: Eberhard Bock

Die Blockadehysterie der Jahre 1948/49

Am 18. Juni 1948 beschloß das „Wirtschaftsparlament“ der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen in Frankfurt mit 50 gegen 36 Stimmen das „Gesetz über die wirtschaftspolitischen Leitsätze nach der Währungsreform“, mit dem die Restauration monopolkapitalistischer Verhältnisse im deutschen Westen forciert wurde. Zwei Tage später, am 20. Juni 1948, wurde die „Westmark“ eingeführt.

In der „Bilanz des 20. Jahrhunderts“, herausgegeben von Harenberg, liest es sich so: „Die Währungsreform in den westdeutschen Besatzungszonen beantwortete die Sowjets mit der Blockade West-Berlins (24. 6. 1948). Nur die Einrichtung einer Luftbrücke durch die Amerikaner und Briten erhält die Stadt am Leben. Erst im Mai 1949 endet die Blockade.“

Genau auf den Tag einen Monat später, am 20. Juli 1948, begann in der Sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor von Berlin durch Anordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission das Leben der „Deutschen Mark“ und des „Deutschen Pfennigs“.

Mein Großvater im „Ostsektor“, in Pankow, konnte seit dem 25. Juli seine Kuponmark 1:1 in die neue Währung umtauschen. Prompt unterschieden wir Berliner nun die Geldwährungen in „West- und Ostmark“. Mit dem Befehl USMG/28-APO 742-A vom 27. Juli gestatteten die drei Westmächte ab sofort in ihren Sektoren die Einrichtung von „nichtamtlichen Geldumtauschstellen“ – Wechselstuben. Doch wird in all den sogenannten historischen Aufarbeitungen unterschlagen, daß die Sowjetunion

von Juni 1948 an den Westberliner Bürgern die Möglichkeit einräumte, ihre Lebensmittel und andere rationierte Güter des täglichen Bedarfs, etwa Kohlen, im sowjetischen Sektor kaufen zu können. Wir von der „Plumpe“ machten davon Gebrauch. Im nachhinein vermerkten die Behörden, daß mehr als 10 Prozent der Weddinger Einwohner diesen Schritt wählten. Aber jene vernünftigen Bürger, die sich nicht der Alltagshetze in Westberlin unterwarfen, wurden öffentlich bloßgestellt. An den Litfaßsäulen tauchten Plakate auf mit dem Text: „Herr Schimpf und Frau Schande verdienen im Westen und kaufen im Osten.“ Die zwei als Schatten abgebildeten eilenden Gestalten erinnerten sehr direkt an das unter Hitler allenthalben geklebte Plakat vom „Kohlenklau“. Überhaupt! Auch Goebbels hatte Namen für vermeintliche „Überläufer“ erfunden: „Sogar bei uns gibt es noch einige Unbelehrbare!“, konstatierte Berlins NS-Gauleiter in einer Rundfunkrede am 5. Oktober 1941: „Und wenn Herr Bramsig und Frau Knöterich nicht so viel Gehirn im Kopfe haben, um einzusehen, daß man im Kriege nicht auf den Feind hören darf, dann müssen sie durch exemplarische Strafen dazu angehalten werden.“ Das taten auch die Berliner SPD-Spitzen unter Führung von Franz Neumann. „Das Angebot der sowjetischen Besatzungsmacht und der Ostberliner Behörden an die Westberliner Bevölkerung, sich für den Bezug ihrer Lebensmittel im Ostsektor einzutragen und dort einzukaufen, erleichterte es den Westberliner Behörden, die

Gegensätze unter den Westberlinern zu verschärfen und den ‚inneren Feind‘ auch persönlich zu erfassen“, erklärten sie.

Wer waren die „inneren Feinde“? Das Ernährungsamt im Wedding beschließt auf seinen Sitzungen zwischen Ende Februar und Anfang April 1949, dem Fischhändler Strehlow in der Ackerstraße die Konzession für den Handel mit zwangsbewirtschafteten Waren zu entziehen, da er selbst im Osten eingetragen ist. Mit allen anderen im Osten registrierten Geschäftsleuten soll ebenso verfahren werden. Auf einer Weihnachtsfeier für die OdF-Kinder des Bezirks Tiergarten, die im Altersheim Kruppstraße stattfand, wurde einigen Eltern eine „Überraschung“ bereitet. Jedes Kind sollte einen halben Liter Öl erhalten. Vorher fragte man jedoch, wessen Eltern mit ihren Lebensmittelkarten im Ostsektor eingetragen seien. Als sich darauf mehrere Kinder meldeten, goß man das bereits ausgeschenkte Öl wieder zurück und versagte den Kindern auch die übrigen Zuteilungen an Mehl

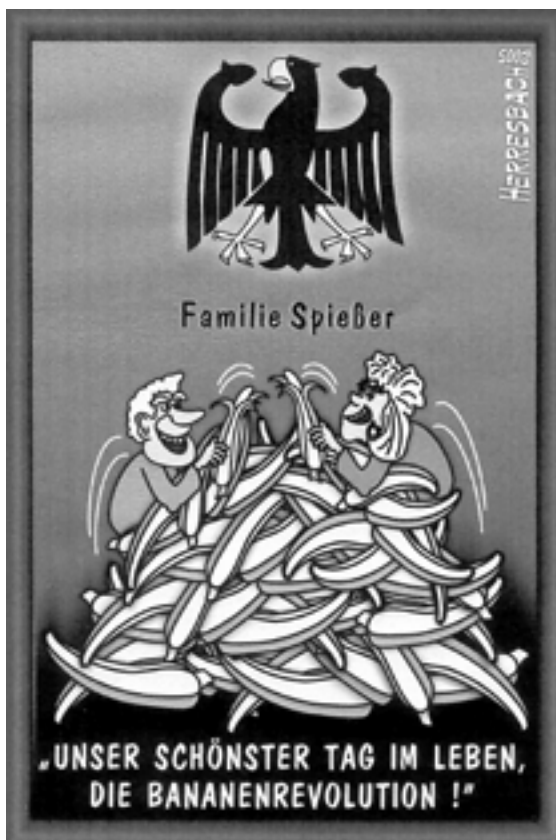
und Nahrungsmitteln. Wer nicht hören will, muß fühlen. 1948 hieß es: „Luftbrücke setzt Blockade außer Kraft.“

Aus Protest gegen die Anwesenheit der Westmächte in Berlin blockierte die UdSSR sämtliche Zufahrtswege in den West-Teil der Stadt. Die westlichen Alliierten versorgten die Einwohner bis zur Aufhebung der Blockade elf Monate lang über den Luftweg mit allen lebenswichtigen Gütern. Unsere Enkelkinder entnehmen ihren Schulbüchern zum Thema „Luftbrücke“ solche Weisheiten:

„Die technische Leistung der Westmächte und die politische Abwehrhaltung der Westberliner machten die sowjetische Absicht zunichte, mit einer Massenhungernot die Westmächte zu erpressen.“ Oder: „Die Aushungerung von 2,2 Millionen Berlinern sollte die ehemaligen Verbündeten zum Abzug zwingen.“ Selbstverständlich kreischten die Westmedien mit Durchhalteparolen. Auch sie waren den Berlinern nicht unbekannt: „Ich weiß, daß ihr es heute schwer habt. Eure Frauen stehen manchmal stundenlang vor den Geschäften, um etwas Gemüse zu kaufen. Manchmal fehlt die Molle, manchmal die Zigarette. Wir von der Partei suchen nach Möglichkeiten, eure Lasten zu erleichtern. Kein Tag vergeht, daß wir nicht damit beschäftigt wären, für euch zu sorgen und hier und da etwas für euch herauszuholen. Und wenn ich daran die Bitte knüpfe, daß ihr auch in den kommenden gewiß nicht leichten Wochen und Monaten den Kopf hochhaltet und euch nie und nimmer unterkriegen laßt, so weiß ich, daß das für euch alle eine Selbstverständlichkeit ist.“ Dieses Zitat stammt nicht von Franz Neumann, sondern von Josef Goebbels aus dem Kriegsjahr 1943. Es unterschied sich jedoch keineswegs von den täglichen Appellen 1948/1949 an die Westberliner. Am 20. März 1949 packten die Spalter die große Keule aus. In einem Kommuniqué bestimmten die drei Westalliierten, „daß ab heute die Ostmark in den Westsektoren Berlins aufhört, als gesetzliches Zahlungsmittel zu gelten“.

Im einzelnen legten die Ausführungsbestimmungen fest: „Die Lohnausgleichskasse ist verpflichtet, Arbeitnehmern, die ihre Lebensmittelkarten in der sowjetischen Zone oder im sowjetischen Sektor beziehen und in der sowjetischen Zone oder im sowjetischen Sektor entlohnt werden, aber ihren alleinigen Wohnsitz in Westberlin haben, 30 % ihres Nettolohnes oder -gehalts im Verhältnis 1:1 in Westmark umzutauschen.“ Damit wurden 10 000 Westberliner ganz legal vertrieben. Sie übersiedelten in den sowjetischen Sektor bzw. ins Umland. (Auch meine Familie gehörte dazu. Mein Vater arbeitete im Funkhaus Masurenallee, einer „östlichen, kommunistischen“ Institution, ich als Lehrling bei Pintsch am Ostbahnhof.) Mit den 30 % Mindestumtausch in Westmark konnten viele die festen Kosten nicht mehr begleichen. Aber noch immer redeten Franz Neumann und seine Kumpane von „Brüdern und Schwestern“.

Hans Horn



Zum neuen Papst Benedikt XVI.

Nachdem die spannende Wahlprozedur in Rom den bayerischen Hardliner auf den (vermeintlichen) Stuhl Petri gehievt hat, fragen sich viele innerhalb der christlichen Glaubenssegmente, aber auch nicht wenige aus den kapitalismuskritischen Bewegungen, was von Ratzinger zu erwarten ist. Wir als Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch bzw. Taufschein sollten uns dazu eine Meinung bilden.

Der erste Gedanke wird durch das beeinflusst, was wir bisher von diesem Mann erfahren haben. Er ist der Chefideologe der weltweiten Machtinstitution „römisch-katholische Kirche“, der streng auf gedankliche Klarheit und buchstabengetreue Befolgung der aus deren Glaubensgrundsätzen abgeleiteten Handlungsrichtlinien geachtet hat. Das tat er als Chef der Glaubenskongregation (Nachfolgeinstitution der „heiligen“ Inquisition) nicht nur durch Hervorbringung so umstrittener Dokumente wie der Enzyklika „Dominus Jesus“, die das „Alleinseligmachende“ der römisch-katholischen Glaubenslehre noch einmal dick unterstrich. Unter seiner Verantwortung sind auch Befreiungstheologen wie Leonardo Boff in Südamerika abgestraft oder kirchlich-selbstkritische Europäer wie Hans Küng oder Eugen Drewermann diszipliniert worden. Mit ihm gab es also Lehr- und Predigtverbote für jene, die ein Eingehen des römisch-kirchlichen Nachdenkens auf die Erfordernisse und Bedürfnisse der Armen und Entrechteten dieser Welt eröffnen wollten.

Andererseits hat mich eine Nachricht sehr nachdenklich gemacht: Ratzingers Vorgänger Wojtyla wurde von Präsident Fidel Castro mit warmen Worten gewürdigt, als er sich in die Kondolenzliste eintrug. Wenn man das nicht nur als postmortales Höflichkeitsritual eines Staatschefs bewerten möchte, bleibt die Überlegung, ob Castro vielleicht davon ausgeht, daß in dem römisch-katholischen Glaubenskonstrukt ein beträchtlicher Kern an Humanem steckt. Natürlich ist auch mir völlig bewußt, daß es sich beim Papsttum um eine patriarchal geprägte Autokratie mit stark frauenfeindlichen und antiemanzipatorischen Zügen handelt. Insbesondere die verklemmte Sexualethik, aber auch die autoritäre Leitungsstruktur schrecken viele ab. Andererseits enthält das Evangelium des armen Mannes aus Nazareth zutiefst soziale Forderungen wie Kinderfreundlichkeit, Solidarität mit Armen, Integration Ausgegrenzter und Gedeümiger – bis hin zu Ansätzen eines „Urkommunismus“, in dem bereits Eigentum gemeinsam benutzt und geschwisterlich zusammengelebt wurde. Das sind Forderungen, die sich ansatzweise auch in römisch-kirchlicher Lehre und Praxis wiederentdecken lassen.

Wenn nun Ratzinger seinem Grundimpuls treu bleiben will, ein eifriger Wächter und Beschützer christlichen Lehrens und Handelns zu sein, und wenn starke basisorientierte Kräfte in der Kirche

selbst sowie Gemeinden und Bischöfe aus verarmten Ländern Druck in dieser Richtung auf die vatikanische Hierarchie ausüben, könnte möglicherweise selbst er sich dorthin bewegen lassen, wo systemkritische Kräfte nach Wegen zur Überwindung des Ausbeutungssystems suchen. Wenn der Verfechter der „reinen Lehre“ theologisch und intellektuell beim Wort genommen wird, könnte sich herausstellen, daß der soziale Kern des Evangeliums seine Sprengkraft entfaltet, indem Ratzinger gezwungen wird, die kirchlichen Normen durchlässiger zu machen für die Lehren von Jesus, wie wir sie am konzentriertesten in der Bergpredigt vor uns haben. So könnte sich auch ein „Papa Ratz“ gegen den Götzendienst der Kapitalreligion wenden und zum „Papa Ratio“ werden. Ich gebe zu, daß darin sehr viel Hoffnung steckt, vielleicht auch eine Illusion. Räumen wir diesem Über-Vater

zumindest gedanklich eine Chance zur Wandlung ein!

Es kann natürlich sein, daß er nicht im Traum daran denkt, seine betonierten Glaubens-Bunkeranlagen zu verlassen. Gewichtige Indizien deuten sogar darauf hin, daß nach dem Polen „der Deutsche“ deshalb zum Papst gekürt wurde, weil von der Machtkirche die Rückgängigmachung der Reformationen Luthers, Zwinglis und Calvins auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die 80 % kirchenfernen Ostdeutschen wären dann die ersten Probanden bei der fest beabsichtigten Rekatholisierung Europas. Sollte sich der Papst an die Spitze dieser Phalanx stellen, wäre vorhersagbar, daß er sich unweigerlich auf Kampf und Widerstand inner- wie außerhalb der Kirche einzustellen hätte. Ein Papst der sozialen und politischen Vernunft könnte indes auch mit der Sympathie von Sozialisten rechnen.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Ist der „RotFuchs“ eine „Vereinszeitschrift“?

Unlängst sagte mir jemand: „Eure Vereinszeitschrift ist ausgezeichnet.“ Obwohl es ein Lob sein sollte, zuckte ich unwillkürlich zusammen. Richtig ist, daß der „RotFuchs“-Förderverein e. V. die Zeitschrift herausgibt und gewissermaßen ein schützendes Dach für sie bildet. Inzwischen sind seine Aktivitäten keineswegs darauf beschränkt. Er ist Hausherr bei zahlreichen politisch-kulturellen und allgemeinbildenden Veranstaltungen im ganzen Land. In verschiedenen Regionen beginnt sich ein inhaltsreiches Eigenleben der Kollektive zu entwickeln. Immer neue Gruppen entstehen – von entsprechenden Initiativen und Plänen hören wir in jüngster Zeit aus Augsburg, Bautzen, Saarbrücken und Teterow. Der RF-Förderverein unterstützt Beratungen von politischem Rang. Erst am 7. Mai war er Mitträger der großen GBM-Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung. Doch der Verein wurde in erster Linie geschaffen, um die allein auf Mitgliedsbeiträgen und freiwilligen Spenden beruhende Finanzierung der Zeitschrift und deren regelmäßiges Erscheinen zu gewährleisten. Da der „RotFuchs“ eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation ist, also keine Sponsoren besitzt, erweist sich dieser Verbund als von entscheidender Bedeutung. Ein „Vereinsblatt“? Nur etwa sechs Prozent der Leser des RF sind bisher in den Verein eingetreten – ein Anteil, der durchaus höher liegen könnte. Doch niemand wird von uns bedrängt. Selbstverständlich kann man die Zeitschrift auch beziehen, ohne Mitglied zu sein.

Hier und dort geäußerte Vermutungen, der Förderverein wolle eine politische Partei werden, entbehren jeder Grundlage. Für uns gilt allein die Devise, Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage zusammenzuführen. So gehören dem Verein außer derzeit Parteiloosen Mitglieder der PDS, der DKP, der KPD und anderer linker Organisationen an. Etliche Leser und RF-Aktivisten waren früher in den DDR-Blockparteien CDU, DBD, LDPD und NDPD organisiert. Die Mehrzahl der im Osten Ansässigen entsprechenden Alters kam allerdings aus der SED. Knapp ein Fünftel der „RotFuchse“ lebt im Westen. Unter unseren Lesern befinden sich Sozialdemokraten und linke Christen.

Bei diesem breitgefächerten Spektrum der inzwischen rund 14 000 Leser und angesichts der Tatsache, daß der RF zu den in Deutschland meistverbreiteten marxistisch-leninistischen Periodika zählt, kann man wohl kaum von einem „Vereinsblatt“ reden, zumal wir ja auf Vereinsnachrichten weitestgehend verzichten. Unsere Arbeit ruht auf drei Säulen – der gedruckten Zeitschrift als dem Hauptprodukt, ihrer Internet-Ausgabe und dem Verein. Keine von ihnen ist verzichtbar oder zu vernachlässigen, wenn es darum geht, kommunistisch-sozialistische Positionen ebenso prinzipienfest wie tolerant zu vertreten.

Klaus Steiniger

Reichstagswahl 1928: Nur 2,6 % für die NSDAP

Da ja nun wieder die Arbeitslosen die Schuld daran tragen sollen, daß die Nazis auf so viel Zulauf bei Wahlen rechnen können (worin letztlich das Argument versteckt ist: Die Arbeiter sind es, die die Nazis wählen), und man auf die Weimarer Republik verweist, wo das alles schon mal so gewesen sein soll, lohnt vielleicht ein Blick auf das Wahlverhalten der Deutschen ab 1919 (Wahl zur Nationalversammlung in Weimar) und die Wahlen zum Deutschen Reichstag (1920 bis 1933).

Was erkennen wir da?

Erstens zeigt sich, daß die beiden rechten, konservativen Parteien – Deutsch-Nationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei – 1924 (wieder) ihren Höhepunkt erreichen, dann aber in der zweiten Hälfte der 20er Jahre massiv an Wählergunst verlieren, ohne sie sofort an die NSDAP abzugeben; diese bleibt zunächst eine Randerscheinung (1928 = 2,6 %!). Erst 1930 ist sie bei Wahlen zu einer Massenpartei angewachsen. Dieser Entwicklung entspricht ein fortgesetzter Rückgang im Lager der bisherigen Rechtsparteien. Fast adäquat findet ein Wechsel aus diesen zur NSDAP statt. Es ist die Wählerwanderung im rechten Lager selbst, die die NSDAP an die Spitze der Parteien bringt. Wir erleben das ab 1928, wo das Desaster deutscher konservativer Politik offenkundig wird. Jetzt tritt die Zersplitterung ihrer Parteien klar

zutage (die 22,9 % von 1928 teilen sich z.B. auf in 14,2 % DNVP und 8,7 % DVP). Die deutsche Bourgeoisie verfügt also über keine wirklich zugkräftige Massenpartei, über keine gesicherte Machtbasis in Parteienform.

In dieser Situation erfolgt eine strategische Umorientierung. Konservative Parteien machen keinen Sinn mehr, nur sogenannte rechte Volksparteien im Stil der NSDAP. Da schadet es auch nicht, daß diese im selben Maße zunimmt, in dem das konservative Lager schwindet. Die Rechte nimmt nicht ab, sie wechselt nur ihr Gesicht.

Zweitens erweist sich auf der linken Seite (mit links sind immer nur Wähler gemeint) nach dem Spitzenergebnis von 1919 (45 %) eine relative Stabilität über alle Reichstagswahlen hinweg. Ab der zweiten Wahl im Jahre 1924 fallen die linken Parteien nie mehr unter 35 % ab. Wir wollen hier

nichts beschönigen, aber daß es die Arbeiter oder Arbeitslosen waren, die den Nazis den größten Zulauf brachten, läßt sich aus der Weimarer Erfahrung nicht bestätigen. Man muß schon vorher rechts gewählt haben, um diese Wanderung von der einen zu der anderen rechten Partei ohne Widerstreit der inneren Gefühle zu vollziehen. Heute kann man verstehen, daß sich die bürgerlich-konservativen „Volksparteien“ CDU/CSU, die nach 1945 auf der rechten Seite des Wählerspektrums entstanden sind, weigern, ihre Rolle und Funktion an eine NPD abzugeben. Dennoch dürften wohl die meisten Stimmenlieferanten aus diesem Bereich kommen. Das bürgerliche Zentrum und die SPD-Klientel unterliegen vorerst kaum diesem Wechsel. Es findet offensichtlich ein ähnlicher Prozeß der Wählerwanderung wie in der Weimarer Republik statt. Ein Blick auf die Statistik jener Zeit ist aussagekräftig genug.

Hermann Jacobs

	Datum	Linke	davon:			Rechte:	Zentrum	NSDAP
			SPD	USPD	KPD	DNVP DVP		
NV	19.01.1919	45,5	37,9	7,6	–	14,7	19,7	–
RT	06.06.1920	41,7	21,7	17,9	2,1	29,0	13,6	–
RT	04.05.1924	33,1	20,5	–	12,6	28,7	13,4	6,5
RT	07.12.1924	35,0	26,0	–	9,0	30,6	13,6	3,0
RT	20.05.1928	40,4	29,8	–	10,6	22,9	12,1	2,6
RT	14.09.1930	37,6	24,5	–	13,1	11,5	11,8	18,3
RT	31.07.1932	36,1	21,6	–	14,5	7,1	12,5	37,4
RT	06.11.1932	37,3	20,4	–	16,9	10,8	11,9	33,1
RT	05.03.1933	30,6	18,3	–	12,3	9,1	11,2	43,9

Kapitalstrategien: Keynes oder Friedman

Wer hat nicht alles die Planwirtschaft des Sozialismus verteufelt? Der Begriff allein wurde zum Schimpfwort und zum Inbegriff „mangelnder Freiheit“.

Und wie läuft das im Imperialismus? Ganz so planlos scheint auch hier die Wirtschaft nicht zu funktionieren. Allerdings sind die Pläne anders strukturiert und richten sich auf ein anderes Ziel. Nicht das Wohl der Bevölkerung steht im Zentrum, sondern der Profit. Und dennoch gibt es innerhalb der imperialistischen Praxis zumindest zwei Schulen, wie man die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen effektiv realisiert.

Da ist einmal der KEYSIANISMUS, benannt nach dem englischen Volkswirt John Maynard Keynes (1883–1946). Dieser stellte Mitte der 30er Jahre die Grundzüge seiner Wirtschaftstheorie vor. Darin wird dem Staat die Aufgabe zugewiesen, wirtschaftlichen Fehlentwicklungen, wie z. B. der Arbeitslosigkeit, mit einer Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu begegnen. Nach dieser Auffassung ist der Staat dafür zuständig, Schwankungen der privaten Nachfrage auszugleichen. Beispiel: Von Unternehmen und Haushalten werden zu wenig Güter nachgefragt. Nun schafft der Staat eine eigene (künstliche) Nachfrage, beispielsweise im Straßenbau, und kurbelt damit die Wirtschaft wieder an. Es liegt auf der Hand, daß hier ökonomische

Grundlagen faschistischer Herrschaftsformen sowie des Militarismus allgemein liegen. Auch Rüstung ist eine Form der staatlichen Nachfrage. Ebenso aber wird die Quelle der sogenannten sozialen Marktwirtschaft formuliert. Und nicht zuletzt dient diese Form des Wirtschaftens dem Systemerhalt. Wirtschaftskrisen werden politisch bewältigt. Die andere und dem Keysianismus konträre volkswirtschaftliche Denkweise ist der durch den amerikanischen Ökonomen Milton Friedman begründete MONETARISMUS. Sein Name ist Programm, und dieses kann kurz so dargestellt werden: Wirtschaftliche Fehlentwicklungen haben nichts mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem an sich zu tun. Schuld ist allein der Staat, weil er mit geldpolitischen Maßnahmen, Steuern und Ausgaben in den Wirtschaftsablauf eingreift und Funktionsstörungen hervorruft. (Wer denkt hier nicht an die Reden der Herren vom BDI und DIHT?) Der Staat solle sich aus der Steuerung des Wirtschaftsablaufes zurückziehen und sich damit bescheiden, die Entfaltung der Marktkräfte und einen ungestörten Ablauf des ökonomischen Prozesses zu ermöglichen. Es wird gefordert, die Geldmengenentwicklung schwankungsfrei zu gestalten, weil diese für die Preisentwicklung eine wesentliche Bedeutung hat.

Aus der Geschichte hat eine solche Form des Wirtschaftens den Begriff „Manchesterkapitalismus“ entlehnt. Natürlich tritt der Kapitalismus nicht in reiner wissenschaftlicher Form auf, es werden immer Mischformen sein, die jedoch einer Tendenz eindeutig zugeordnet werden können. In der Gegenwart haben vor allem jene Staaten „Erfolg“, die dem Keysianismus vertrauen, wie Dänemark, Niederlande oder Kanada beispielsweise. Krisenanfälliger sind die BRD, Großbritannien oder auch Italien, wo sich der Monetarismus als Wirtschaftspolitik etabliert hat und dem Kapital freie Hand läßt. Wie sich das in der BRD konkret darstellt, wird jährlich in dem entlarvenden Buch „Wem gehört die Republik?“ mitgeteilt. Wer es nicht brandaktuell wissen muß, kann derzeit (z. B. in der bundesweit verbreiteten Wohlthatschen Buchhandlung) für nur 5,95 Euro die Ausgabe 2004 erstehen. Hier werden die 100 größten Konzerne der deutschen Wirtschaft analysiert, ihre Verflechtungen offengelegt und viele Interna sichtbar gemacht. Wer gehört zu wem? Wer verdient wieviel? Wer zahlt wieviel Steuern? Diese und andere Fragen werden beantwortet. Man kommt aus dem Staunen nicht heraus. (Rüdiger Liedtke: Wem gehört die Republik?, 2004, Eichborn-Verlag, Frankfurt am Main)

Richard Georg Richter

Klare Positionen sind zu einer Frage notwendig, die sich oft im Nebeldunst der bürgerlichen Demokratie verliert: dem Problem der sogenannten Gewaltenteilung.

Erklärtes Ziel der Drei-Gewalten-Teilung (1. Legislative – gesetzgebende, 2. Exekutive – vollziehende, 3. Judikative – richterliche Gewalt. Als vierte Säule werden – nicht unberechtigt – heutzutage die Medien angesehen) ist die wechselseitige Kontrolle voneinander unabhängiger Organe des Staates. Erst dadurch sei nach Charles Montesquieu die politische Freiheit des Bürgers garantiert. Seine Theorie von der Gewaltenteilung war für den Machantritt der Bourgeoisie in Auseinandersetzung mit dem Feudalismus von besonderem Gewicht. Ging es doch zunächst um die Trennung der politischen von der ökonomischen Macht und um fest umrissene, geregelte Kompetenzen der Staatsorgane. Damit sollte entsprechend dem erreichten Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse ein wesentlicher politischer Schlußpunkt für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte und die Herausbildung des Kapitalismus gesetzt werden. Obgleich Montesquieu als Begründer der Drei-Gewalten-Teilung gefeiert wird, darf nicht übersehen werden, daß bereits Aristoteles das gedankliche Fundament hierfür gelegt hatte. Die Auffassungen von Montesquieu unter den Bedingungen der Endphase des Feudalismus und der sich abzeichnenden Machtübernahme durch das Bürgertum hatten Einfluß auf die Staatsrechtslehre und die konkrete Ausgestaltung der Verfassungen der bürgerlichen Staaten, so bereits 1776 auf die „Bill of Rights“ von Virginia, aber auch auf die Verfassung der französischen Revolution von 1791. Bis heute vertreten bürgerliche Theoretiker und Politiker die Auffassung, daß die Drei-Gewalten-Teilung nie zur Disposition stehen dürfe und ohne sie eine Verfassung nicht demokratisch sei. Übrigens bestehen in der Frage der Gewaltenteilung auch unter Linken bisweilen große Unklarheiten.

Marx und Engels haben in Auseinandersetzung mit Montesquieu begründet, daß die Gewaltenteilung nichts anderes ist als die arbeitsteilige Verwirklichung der Machtverhältnisse der Bourgeoisie. Hier wird – so schrieben sie – „die profane industrielle Teilung der Arbeit zur Vereinfachung und Kontrolle angewandt auf den Staatsmechanismus. Sie wird wie alle anderen heiligen, ewigen und unverletzlichen Prinzipien nur insoweit angewandt, als sie gerade den bestehenden Verhältnissen zusagt“. Zweifellos ist die Drei-Gewalten-Teilung in den bürgerlichen Staaten eine Methode zur Verschleierung des Klassencharakters und der „Diktatur der Bourgeoisie“ (W. I. Lenin).

Bereits die radikaldemokratische Verfassung der Jakobiner von 1793 bricht mit dem Gedankengut Montesquieus von der Drei-Gewalten-Teilung und statuiert im Artikel 25: „Die Souveränität steht dem Volke zu; sie ist einheitlich und unteilbar, unverjährbar und unveräußerlich.“

Für Marx, Engels und Lenin geht es bei der proletarischen Staatsmacht immer um eine uneingeschränkte, ungeteilte Macht der Arbeiterklasse. Darauf zielt auch die von Marx vorgenommene Auswertung der Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 ab. Er sah im Zentrum stehend die gewählten Volksvertretungen, die den Wählern verantwortlich und jederzeit absetzbar sind. Sie haben als arbeitende Körperschaften zu fungieren, d. h. gesetzgebend und vollziehend zu gleicher Zeit zu sein. Die Verwaltungsbeamten als verlängerter Arm können abberufen werden, gleiches trifft für die Richter zu, die gewählt werden, verantwortlich und absetzbar sind. Diesem Prinzip folgend, forderte die Partei der Bolschewiki in

somit auch das oberste Machtorgan, dem der Staatsrat als kollektives Staatsoberhaupt, der Ministerrat als Regierung und das Oberste Gericht verantwortlich und rechenschaftspflichtig sind. In der Praxis gab es hier – abweichend von den verfassungsrechtlichen Grundsätzen – Probleme und Widersprüche.

Die Drei-Gewalten-Teilung in einem bürgerlichen Staat ist – wie dargelegt – nichts anderes als die arbeitsteilige Verwirklichung der Macht durch die Bourgeoisie basierend auf dem privatkapitalistischen Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln. Dieser Prozeß der Machtausübung durch das Kapital ist, bedingt durch das Konkurrenzprinzip, natürlich nicht konfliktfrei.

Drei Gewalten in einer Hand

Rußland „alle Macht den Sowjets“ auf zentraler und lokaler Ebene.

Auch in der Verfassung der DDR von 1968 (Artikel 5, 48) findet das Prinzip der Volkssouveränität seine juristische Ausprägung. So üben die Bürger ihre politische Macht durch demokratisch zu wählende Volksvertretungen aus, die das Fundament des Systems aller Staatsorgane bilden. Die Volkskammer als höchste Vertretungskörperschaft ist

Dafür sorgen Lobbyisten und abhängige politische Mandatsträger sowie alimentierte Systemparteien als Interessenvertreter bestimmter Gruppierungen. Dies ändert aber nichts am Gesamtcharakter der Diktatur der Bourgeoisie als herrschaftsmächtiger Klasse, deren Staat der Geschäftsbesorgungskaufmann der gesamten Kapitalverhältnisse ist.

Prof. Dr. Werner Roß



Wir gratulieren!

Liebe Grüße gehen an

Horst Zimmermann,

Cottbus, der am **10. Juni** seinen **86.** Geburtstag begeht.

Joachim Durand, Weimar (**4. Juni**), und

Manfred Hohe, Großsteinberg (**26. Juni**),

grüßen wir aus Anlaß ihres **80.**

Zum **75.** wünschen wir

Wolfgang Mitschke, Halle (**10. Juni**),

Else Karl, Jena (**13. Juni**),

Kurt Fischer, Dresden (**15. Juni**),

Dr. Heinz Schmidt, Halle (**17. Juni**), und

Dr. Ewald Butter, Berlin (**21. Juni**),

maximale Gesundheit, Kraft und Lebensmut.

Dieser Wunsch geht auch an

Heinz Langer, Berlin (**27. Juni**), der **70** wird.

Solidarische Grüße sollen

Dieter Faber, Hamburg (**29. Juni**), erreichen, der sein **60.** Lebensjahr vollendet.

Bund oder Länder – wer bestimmt die Bildungspolitik?

Im Grundgesetz ist der föderale Charakter der Bundesrepublik festgeschrieben. Sehr detailliert werden die Gegenstände der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes und der sogenannten konkurrierenden Gesetzgebung aufgelistet. Mehrere Monate lang bemühte sich 2004 eine gemeinsame Kommission von Regierung, Bundestag und Bundesrat um eine Neuregelung der Verantwortlichkeiten und der Beziehungen zwischen Bund und Ländern. Ende des Jahres kam die Nachricht, daß die Arbeit der Kommission ohne Ergebnis beendet worden sei, weil man sich auf dem Gebiet der Bildung nicht habe einigen können. Die Länder bestünden darauf, allein für Bildung zuständig zu sein, und lehnten eine Mitwirkung des Bundes ab. Worum geht es? Zunächst sei festgestellt, daß die Arbeit der Föderalismus-Kommission nicht vordergründig am Bildungsproblem gescheitert ist, wie in den Medien kolportiert wurde. Es ging vielmehr um einen Machtpoker zwischen Bund und (mehrheitlich CDU-geführten) Ländern. Das Bildungsproblem wurde lediglich als Vehikel benutzt. Tatsache ist, daß im Grundgesetz unter den fast 40 aufgeführten Gegenständen der ausschließlichen und der konkurrierenden Gesetzgebung keiner genannt wird, der sich wirklich mit Bildungsfragen, speziell mit Regelungen auf dem Gebiet des allgemeinbildenden Schulwesens, beschäftigt. Sie gehören in die Verantwortung der Bundesländer. Dem Bund wird faktisch zugestanden, Rahmengesetzregelungen über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens und über die berufliche Bildung zu erlassen. Das alles hat zur Folge, daß wir z. Z. nicht ein Bildungswesen, sondern sechzehn mehr oder weniger verschiedene haben: sechzehn Schulstrukturen und Bezeichnungen, sechzehn Lehrpläne, eine kaum überschaubare Palette von Schulbüchern von allen möglichen Verlagen, sechzehn verschiedene bildungsrechtliche Bestimmungen und sechzehn variierende bildungsökonomische Regelungen z. B. zu Klassenfrequenzen, Lehrerpflichtstunden sowie sechzehn voneinander abweichende Regelungen zur Lehreraus-

und -fortbildung. Kaum jemand kann das noch überblicken.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß es seit Gründung der BRD im Jahre 1949 Bemühungen um einheitliche Regelungen im Schul- und Bildungswesen gegeben hat und nach wie vor gibt. Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist die älteste Beratung von Fachministern in der Bundesrepublik. (Ihre erste Beratung fand noch unter Teilnahme der Kultusminister aus der Sowjetischen Besatzungszone statt.) Daß es überhaupt einige einheitliche Regelungen z. B. über die Anforderungen an Schulabschlüsse gibt, ist ihrer Arbeit zu danken. Solange sie existiert, hat sie es aber mit den unterschiedlichen und z. T. entgegengesetzten Interessen und Vorstellungen der SPD- und CDU-geführten bzw. mit den ganz speziellen Zielsetzungen einzelner Länder zu tun. Das in ihrer Arbeit geltende Einstimmigkeitsprinzip hat mehr als einmal vernünftige Regelungen unmöglich gemacht. Auch Ansätze positiver Art nach der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse in den letzten Jahren blieben stecken bzw. wurden von den Ländern nur sehr selektiv verwirklicht. Das führte schließlich im vergangenen Jahr dazu, daß Niedersachsen das Abkommen der Länder über die KMK kündigte und damit die Gefahr bestand, daß auch dieses durchaus umstrittene Organ aufgelöst wird. Ein Kompromiß hat das im letzten Moment verhindert.

Über den Sinn des Kulturföderalismus gibt es unter linken politischen Kräften z. T. entgegengesetzte Auffassungen. Vor allem die seit Jahrzehnten Kämpfenden sehen Vorzüge: Es sei möglich, in einzelnen Bundesländern progressiven Tendenzen eher zum Durchbruch zu verhelfen, die dem Fortschritt im Rahmen des kapitalistischen Systems dienen.

Ein aktuelles Beispiel dafür sind die in Vorbereitung befindlichen schulpolitischen Veränderungen in Mecklenburg-Vorpommern. Hier wird die Verwirklichung des längeren gemeinsamen Lernens schrittweise bis Klasse 8 bzw. 9 anvisiert. Dabei handelt es sich um eine alte For-

Das weitgehend an der DDR orientierte finnische Modell – gemeinsamer Unterricht bis Klasse 9 – wird von 78 % der bei einer repräsentativen Umfrage erfaßten Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns als ein „gutes Modell“ bewertet. 82 % würden es begrüßen, wenn die Kinder länger gemeinsam unterrichtet würden; 68 % meinen, daß das so schnell wie möglich realisiert werden sollte. 70 % der Befragten sind der Ansicht, daß die Kinder acht Jahre lang gemeinsam unterrichtet werden sollten, 20 % sprechen sich für sechs Jahre aus.

Allerdings: Wer die am o. g. Beispiel skizzierten Vorzüge des Kulturföderalismus hervorhebt, nimmt auch in Kauf, daß in Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg das mehrgliedrige, auf frühzeitiger Selektion beruhende Bildungssystem, das die soziale Benachteiligung ganzer Bevölkerungsschichten fest schreibt, konserviert wird. Er akzeptiert, daß in einigen Bundesländern, wo die CDU in letzter Zeit in Regierungsverantwortung gekommen ist (Hessen, Hamburg, Niedersachsen), eine schulpolitische Rolle rückwärts erfolgt. Das aber kann und darf linke (Bildungs-)Politik nicht zulassen, dagegen muß sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen.

Fortschrittliche Kräfte setzen sich deshalb für einheitliche demokratische Regelungen in ganz Deutschland ein. Solche Positionen werden vor allem bei Pädagogen und Eltern im Osten vertreten. Reformbedarf besteht nicht nur in einzelnen Bundesländern. Gleiche Entwicklung- und Bildungsmöglichkeiten sind für alle jungen Menschen unabdingbar. Dafür optimale Rahmenbedingungen inhaltlich-pädagogischer und materiell-finanzieller Art zu schaffen, ist Pflicht und Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Allein eine Änderung der Kompetenzen – Bildung insgesamt in die Verantwortung des Bundes – würde die Probleme nicht lösen. Dafür ist ein grundlegendes Umsteuern im gesamtgesellschaftlichen Maßstab erforderlich. Notwendig wäre ein von Bund und Ländern getragener Rahmenplan für eine abgestimmte Entwicklung des gesamten Bildungswesens, eine auf zehn bis fünfzehn Jahre angelegte Konzeption für eine umfassende demokratische Bildungsreform in ganz Deutschland. Unser Land braucht ein Bildungsrahmengesetz, das vor allem Regelungen zur Angleichung der Schulstruktur, zur Dauer der Bildungspflicht, zur Vergleichbarkeit von Abschlüssen, zu Bildungsstandards von der Kita bis zur Berufsbildung, zur Lehrerbildung, zu bildungsökonomischen Parametern u. a. enthält. Die differenzierte Ausgestaltung eines solchen Gesetzes kann und sollte den Bundesländern obliegen.



der aufgeklärten Lehrerschaft, zugleich aber um ein Aufgreifen der Konsequenzen, die sich aus den Ergebnissen der PISA-Untersuchungen ableiten. Die dort erfolgreichen Länder verfügen in der Regel über Bildungssysteme mit gemeinsamem Lernen zumindest bis Klasse 6, meistens aber bis Klasse 8 oder 9.

Der Angenfort-Prozeß

Vor 50 Jahren – am 5. 6. 1955 – verurteilte der 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofes die beiden westdeutschen FDJ-Spitzenfunktionäre Jupp Angenfort und Wolfgang Seiffert wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Angenfort erhielt 5 Jahre Zuchthaus, Seiffert 4 Jahre Gefängnis. Darüber hinaus wurden Angenfort die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Grundlagen für dieses Unrechtsurteil waren jene Straftatbestände, die im Juni 1951 durch das Erste Strafrechtsänderungsgesetz, das sogenannte Blitzgesetz, eingeführt wurden. Es sah de facto die Normierung des politischen Strafrechts vor und knüpfte an Bestimmungen an, die 1934 vom faschistischen Deutschland erlassen worden waren. Der am 12. März 1953 angeordnete und vollstreckte Haftbefehl beschuldigte J. Angenfort, dringend verdächtig zu sein, die verfassungsmäßige Ordnung der BRD mit Gewalt bzw. durch Androhung von Gewalt ändern zu wollen, als Rädelsführer eine verfassungsfeindliche Vereinigung gefördert



Gabriele Senft fotografierte diese blühende junge Frau – die damals 26jährige Friedensaktivistin Marla Ruzicka aus den USA – im Januar 2003 in Irak. Dort hat sie sich zwei Jahre lang für das Wohl des vom Pentagon „befreiten“ Volkes eingesetzt. Am 16. April 2005 ist Marla Ruzicka während der Fahrt zum Bagdader Flughafen auf tragische Weise ums Leben gekommen. „Sie ist eines der unzähligen Opfer der verbrecherischen Aggressionspolitik der USA“, schrieb Gabriele Senft zum Tod ihrer Freundin.

zu haben und an einer vor der Bundesregierung geheimgehaltenen Verbindung beteiligt gewesen zu sein.

Bekanntlich gehören Straftaten des Hochverrats zu den schwersten Verbrechen. Daraus folgt u. a.: Eine strafrechtlich begründete Verurteilung wegen eines hochverräterischen Unternehmens ist unverzichtbar an das Vorliegen zweifelsfreier und unwiderlegbarer Beweise gebunden. Das Hochverratsverfahren gegen J. Angenfort und W. Seiffert hat jedoch keine solchen Beweise erbracht.

Die „rechtsstaatlichen“ Defizite des verfassungs- und strafrechtlichen Umgangs mit der westdeutschen FDJ, deren Funktionären und Mitgliedern beginnen bereits mit dem Beschluß der Adenauer-Regierung vom April 1951. Sie entschied, daß die FDJ eine verfassungswidrige Organisation und deshalb ab sofort zu verbieten sei. Der Beschluß war zugleich der Startschuß für eine Welle repressiver Maßnahmen. So fanden u. a. Hunderte Strafverfahren gegen FDJler statt.

Den strafrechtlichen Vorwurf der Vorbereitung zum Hochverrat stützten die Bundesanwaltschaft und der 6. Strafsenat des BGH auf drei Behauptungen.

Erstens hieß es, die Angeklagten hätten sich aktiv für die Verwirklichung des Programms der nationalen Wiedervereinigung, das die KPD im November 1952 verabschiedete, eingesetzt. Seit wann aber sind politische Aktivitäten zur Umsetzung des Programms einer legalen Partei strafrechtswidrig und sogar als Hochverrat zu bewerten? Im übrigen sei festgestellt: Entscheidungen über die Verfassungswidrigkeit einer Partei und ihrer Programme gehörten niemals zur Kompetenz des Bundesgerichtshofes

Zweitens unterstellten die Bundesanwaltschaft und der 6. Strafsenat den Angeklagten, Vorbereitungen getroffen zu haben, die verfassungsmäßige Ordnung der BRD mit Gewalt bzw. durch Androhung von Gewalt zu beseitigen. Trotz bundesweit organisierter Beweissicherungsaktionen konnten weder während des Ermittlungsverfahrens noch im Verlauf der mehrwöchigen Hauptverhandlung gerichtsverwertbare Beweise für durch die Angeklagten begangene oder geplante Gewalttätigkeiten erbracht werden. Selbst der aufwendige Einsatz von V-Leuten des Verfassungsschutzes blieb ergebnislos.

Drittens wurde behauptet, die Angeklagten hätten verfassungsfeindliche Absichten verfolgt. Da der 6. Strafsenat auch hierfür keine nachprüfbaren Beweise vorlegen konnte, flüchtete er sich in eine mehr als fragwürdige Konstruktion. Sie ging davon aus, den Angeklagten einerseits offizielle und andererseits „hintergründige“ Absichten anzudichten. Diese müßten als hochverräterisch bezeichnet werden. Denn, so der Senat, sie liefen darauf hinaus, in der BRD politische Verhältnisse anzustreben, wie sie in

der Deutschen Demokratischen Republik bestünden.

Die Rechtswidrigkeit des Hochverratsurteils gegen Angenfort und Seiffert erschöpft sich keinesfalls in den bisher beschriebenen Tatsachen; sie läßt sich vielmehr auch durch einige weitere Geschehnisse belegen.

Jupp Angenfort, Leiter des Zentralbüros der FDJ in Westdeutschland, war zum Zeitpunkt des Erlasses des Haftbefehls KPD-Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen. Er genoß damit parlamentarische Immunität. Unter bewußter Mißachtung des Artikels 48 der Landesverfassung entschied die Bundesanwaltschaft, den Haftbefehl gegen Angenfort zu vollstrecken. Die Immunität des Politikers interessierte weder die Bundesanwaltschaft noch den Ermittlungsrichter und schon gar nicht den Landtag von NRW.

Der 6. Strafsenat des BGH verhandelte in erster und letzter Instanz. Dies hatte zur Folge, daß das Urteil sofort rechtskräftig wurde. Die Angeklagten hatten also keine Möglichkeit, die ergangene Entscheidung durch Rechtsmittel (Revision) anzufechten und überprüfen zu lassen.

Bekanntlich ist die Anordnung und Durchführung von strafprozessualen Zwangsmaßnahmen (Hausdurchsuchung, Beschlagnahme von Beweisgegenständen usw.) an strenge Formvorschriften gebunden. RA Friedrich Karl Kaul wies nach, daß im vorliegenden Fall die primitivsten Vorschriften der Strafprozeßordnung außer acht gelassen wurden. Bei einer Hausdurchsuchung zogen die Vollzugsbeamten weder die Wohnungsinhaberin noch eine unbeteiligte dritte Person hinzu. Mißachtet wurde auch die Vorschrift, wonach über die in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Beweisgegenstände zwingend ein Verzeichnis anzufertigen und entweder vom Wohnungsinhaber oder einer unbeteiligten dritten Person zu unterzeichnen ist. Obwohl Erkenntnisse, die unter Verletzung zwingender Formvorschriften gewonnen werden, keinerlei Beweiswert haben, benutzte sie der 6. Strafsenat als Beleg für angeblich vorbereitete und geplante Gewalttätigkeiten seitens der Angeklagten.

Er hielt es für unerläßlich, Jupp Angenfort neben der fünfjährigen Zuchthausstrafe nicht nur einzelne, sondern alle bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen. Zu dieser Ermessensentscheidung erklärte Kaul: „... selbst das alte Reichsgericht wehrte sich noch im zweiten Jahr der Hitlerdiktatur dagegen, Überzeugungstätern die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen.“

Der Rückblick auf das vor 50 Jahren verkündete Unrechtsurteil gegen zwei Spitzenfunktionäre der FDJ der damaligen BRD soll vor allem die Erkenntnis vertiefen, daß die deutsche Nachkriegsgeschichte nicht nur 40 Jahre DDR, sondern auch 40 Jahre BRD umfaßt. Eine Distanzierung von der als antitotalitistisch drapierten Ideologie des Antikommunismus ist ebenso notwendig wie eine offizielle Entschuldigung gegenüber den Opfern des Antikommunismus.

Prof. Dr. Manfred Naundorf

Konsumideologie und echte Bedürfnisse

In den Spalten des RF hat eine lebhaft Diskussions über den Beitrag des Genossen Johannes Dreßler „Der springende Punkt – die Konsumideologie“ (Oktober 2004) stattgefunden. Heute macht der Autor Gebrauch von seinem Recht auf Erwidern, womit die Debatte aber nicht beendet sein muß.

Unsere antikapitalistischen Aktivitäten drohen zum Selbstzweck zu werden, wenn wir den Massen keine Alternativen zeigen, die erstrebenswert und realistisch sind, für die es sich zu kämpfen lohnt. Davon ist Europas Linke noch weit entfernt. Das ist einer der Gründe, weshalb der Abriß des „Sozialstaates“ von den Betroffenen mit zunehmender Resignation hingenommen wird. Ich möchte mit meinem Beitrag eine breitere Diskussion zu dieser Problematik anregen.

Wir wissen heute: In absehbarer Zeit wird die Grundlage unserer technischen Zivilisation, werden die fossilen Energieträger, erschöpft sein. Das Niveau der Konsumtion der Menschheit wird sich in einigen Jahrzehnten drastisch verringern. Was heute noch zum Normalverbrauch gehört, wird bald Luxus sein und schließlich nicht mehr produziert werden können. Voran das individuelle Auto. Sich dieser Perspektive zu verschließen, wäre undialektisch. Ist damit aber der Aufbau einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft für alle Zukunft ausgeschlossen? Im Gegenteil: Sie wird notwendiger denn je. Und für die Entwicklung kreativer Persönlichkeiten erscheinen mir diese Bedingungen idealer als eine Überflußgesellschaft.

In meinem ersten Beitrag habe ich schon auf die negativen Begleiterscheinungen

unseres Wohlstandstrebens hingewiesen. Hier möchte ich ergänzen: Es gab und gibt Kulturen, in denen die Menschen ohne unsere technischen Errungenschaften weit glücklicher lebten bzw. leben. Ein aktuelles Beispiel: Ladakh. Die Ladakhis leben unter extrem harten Existenzbedingungen im Himalaja. Trotzdem ziehen sie singend aufs Feld und singen auch bei ihrer schweren Arbeit. Solidarität und harmonische zwischenmenschliche Gemeinsamkeit sind dort unabdingbarer Bestandteil des gesamten Lebens. Über Jahrhunderte! Seit aber vor wenigen Jahrzehnten der industrielle Fortschritt dieses Volk heimsuchte, droht seine Kultur zu zerbrechen. Billigimporte zerstören die Wirtschaft. Die Droge Fernsehen erzeugt Vereinsamung und künstliche Bedürfnisse. Konkurrenzdenken breitet sich aus. Rambos werden zu Idealfiguren. – Die Dekadenz der westlichen Industriegesellschaft vergiftet den Alltag.

Es scheint also an der Zeit, den Begriff „Bedürfnis“ differenzierter zu betrachten. Mindestens läßt sich zwischen notwendigen und unnötigen, zwischen erstrebenswerten, verzichtbaren und schädlichen Bedürfnissen unterscheiden. Mir drängte sich diese Problematik erstmalig auf, als ich sah, wie die Menschen nicht nur in der DDR trotz sicherer Perspektiven und sich ständig verbessernder Lebensbedingungen immer unzufriedener wurden, immer sozialismusverdrossener. Ich habe versucht, Antworten zu finden. Sicher sind sie nicht der Weisheit letzter Schluß, aber vielleicht eine Diskussionsgrundlage:

Grundsätze für die Entwicklung einer Wirtschaft für die Menschen

Individuelles Glück ist nicht abhängig von der Menge unwichtigen Luxuskonsums, sondern von der Harmonie des Bewußtseins, vom harmonischen Zusammenleben der Menschen untereinander und mit der Natur und davon, wie wir geistig Besitz ergreifen vom Sein, in dem wir leben.

Das Ziel

- Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse aller Menschen einschließlich Gesundheitsfürsorge, Bildung und Freizeit als Bedingung für sinnvolles glückliches Leben.

- Erhaltung der Natur und ihrer Vielfalt, Vermeidung neuer und Beseitigung bereits eingetretener Schäden

Die Mittel

- Solidarische Zusammenarbeit aller Völker zum gegenseitigen Vorteil

- Achtung, Verständnis und Wohlwollen

bestimmen das Verhalten der Menschen untereinander. Wir können den Sinn unseres Lebens nur erfüllen, indem wir füreinander arbeiten, einander mitteilen, ermutigen, helfen.

- Jeder arbeitsfähige Mensch muß durch Arbeit seinen Lebensunterhalt verdienen und verdienen können und zum Gemeinwohl beitragen.

- Die Menschheit muß sich und ihren materiellen Luxuskonsum durch sinnvolle Maßnahmen reduzieren, um die weitere Zerstörung ihres Lebensraumes durch relative und absolute Überbevölkerung zu verhindern.

- Minimierung des Verbrauchs der endlichen Reserven der Erde durch Verzicht auf unnötige Produktion.

- Vermeidung oder Minimierung Leben zerstörender und die Umwelt belastender Technologien (u. a. durch Verbot der Treibnetzfischerei, Verkürzung der Transportwege, weitgehende Verlagerung des Straßentransports auf Schiene und Schifffahrt usw.)

Die nächsten Aufgaben

Die erfolgreiche Umwandlung der Profitwirtschaft in eine Wirtschaft für die Menschen muß durch entsprechende politische und wirtschaftspolitische Forschung vorbereitet werden, verbunden mit überzeugender massenwirksamer Aufklärung. Zum Inhalt von Forschung und Aufklärung sollten gehören:

1. Die heute wirksamen Praktiken und Verteilungsmechanismen der Profitwirtschaft und deren Auswirkungen
2. Alternative Wirtschafts-, Verteilungs- und Regulierungsmodelle und ihre Vor- und Nachteile
3. Das gemeinsame Interesse aller schaffenden Menschen an einer Umgestaltung der Wirtschaft: der Lohnabhängigen, der Bauern, der Gewerbetreibenden, der Freischaffenden und des Mittelstandes
4. Die Methoden der Herrschenden, mit denen diese die schaffenden Menschen gegeneinander ausspielen.
5. Die politische und wirtschaftliche Macht der schaffenden, insbesondere der lohnabhängigen Menschen, deren Verantwortung für die Zukunft der Menschheit, und die Notwendigkeit ihrer Solidarität
6. Möglichkeiten für den schrittweisen Abbau des unnötigen und schädlichen Luxuskonsums der Industriegesellschaft
7. Notwendigkeit und Möglichkeiten, das weitere Wachstum der Weltbevölkerung zu stoppen und eine rückläufige Entwicklung einzuleiten.
8. Die Herausbildung solidarischer Formen des Zusammenlebens der Menschen im Einklang mit der Natur.

Johannes Dreßler

Siehe auch: Johannes Dreßler, *Der Mensch – das zu Bewußtsein erwachte Sein*, 6,50 €, ISBN 3-9807861-4-5 (Freiexemplare stehen für RF-Leser in begrenzter Anzahl zur Verfügung)



Laut nachgedacht

Für mich als Agrarwissenschaftler ergeben sich im Zusammenhang mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozessen Fragen, auf die ich noch keine Antwort gefunden habe. Ich denke hier gewissermaßen laut über sie nach.

Friedrich Engels schreibt am Anfang seines Werkes „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, sagen die politischen Ökonomen. Sie ist dies neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt. Aber sie ist noch unendlich viel mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinne sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen.“

Ist es unwissenschaftlich, aus diesen Erkenntnissen von Engels den Umkehrschluß zu ziehen, daß durch den Entzug von Arbeit der Mensch körperlich und geistig degeneriert? Sind solche Fakten wie sinkendes Bildungsniveau und kulturelle Abstinenz, Zunahme von Brutalität in der Gesellschaft, wachsende Gewalt gegenüber Frauen und in Familien, Erhöhung der Kriminalität auf vielen Gebieten, Verbreitung faschistischer Ideologie, Individualisierung des eigentlich gesellschaftlichen Wesens „Mensch“ nicht Ausdruck dafür? Ständig wird auf die Notwendigkeit von Wachstum hingewiesen und darüber geschrieben. Sicher, schon Marx und Engels hatten erkannt, daß ohne erweiterte Reproduktion ein wissenschaftlich-technischer Fortschritt (WTF) nicht möglich ist. Was aber ist WTF? Zuerst galt es, alle Menschen zu ernähren, zu kleiden und mit Wohnraum zu versorgen. In der nächsten Etappe ging es darum, die Arbeit zu erleichtern, die Arbeitszeit zu verkürzen und das Leben angenehmer zu gestalten. Welche Zielstellung hat der WTF heute? Auf keinem Fall kann es nur um mehr materielle Dinge gehen. Kultur und Bildung gehören ebenso zum Leben wie die Reproduktion des Menschen an sich. Während der industriellen Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert wurden Arbeitskräfte knapp, und deshalb wurde die Arbeitskraft mit Steuern belegt. Die Menschheit ist gewachsen und wächst weiter. Arbeitskräfte sind im Überfluß vorhanden. Entbehrt es nicht jeglicher Logik, die zu viel vorhandene Arbeitskraft gegenwärtig auch noch mit Steuern zu belegen? Was mit Abgaben belegt werden muß, sind der Verbrauch von materiellen Ressourcen, der Transport sowie die Gewinne der Unternehmen. Der Einsatz von Arbeitskräften darf für den Unternehmer nicht teurer sein als der Einsatz von Technik. Hat hier nicht der bürgerliche Staat eine Regulierungsaufgabe? Es ist doch logisch: wer nicht im Besitz von Produktionsmitteln ist, kann nicht produzieren und keinen Einfluß auf die Art und Weise der Produktion nehmen. Im Gegensatz dazu versucht sich die Regierung der Bundesrepublik durch Privatisierung der bisher staatseigenen Betriebe völlig

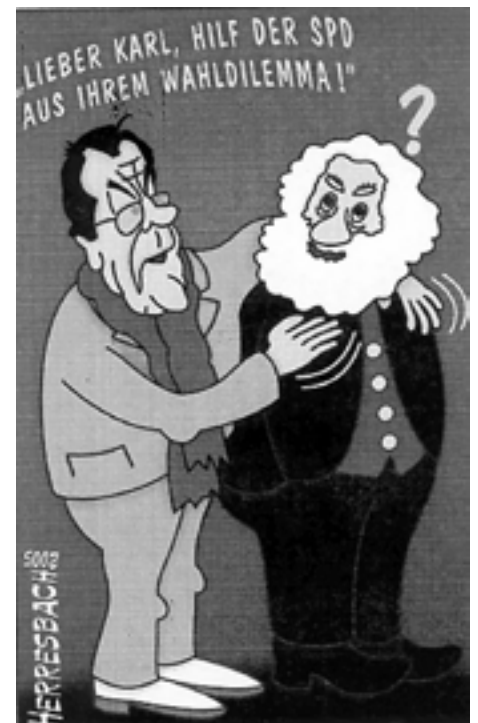
der Verantwortung für die Sicherung von Arbeitsplätzen zu entziehen.

Karl Marx hat in einer umfangreichen Arbeit, vereinfacht gesagt, nachgewiesen, daß der Grund und Boden eigentlich ohne Wert ist. Erst durch die Tätigkeit des Menschen wird er Produktionsmittel, mit dessen Hilfe Mehrwert (Gewinn) erwirtschaftet werden kann. Da seine Fruchtbarkeit und seine Standorte (Klima, Qualität und Entfernung zum Verbraucher) unterschiedlich sind, erbringt der gleiche Arbeitsaufwand differenzierten Ertrag. Ist das nicht ungerecht? In der DDR wurde versucht, dadurch mehr Gerechtigkeit zu erreichen, daß man diese natürlichen Unterschiede durch differenzierte Steuern und Zuschüsse ausglich. Zum Beispiel durch die Bezahlung der Produkte ab Hof.

Das heißt, jeder Landwirt erhielt für den Liter Milch den gleichen Preis, unabhängig von der Entfernung seines Hofes zur Molkerei.

Zum Erhalt seiner Arbeitskraft muß der Mensch Aufwendungen tätigen (Ernährung, Kleidung, Wohnung und vieles andere mehr), die je nach Standort (z. B. Klima) unterschiedlich hoch sind. Durch sein Einkommen muß er mindestens diese Aufwendungen abdecken können. Das Kapital wird dorthin streben, wo der Aufwand zur Erhaltung der Arbeitskraft und damit der Lohn am geringsten ist. Somit ist aus seiner Sicht das Ziel der „Globalisierung“ vorgegeben. Dort, wo der Aufwand für den Lebensunterhalt am höchsten ist, wird es immer schwieriger werden, sein Einkommen durch Arbeit zu sichern.

Dr. Manfred Graichen



Variationen unserer Grafiker Karlheinz Effenberger und Heinz Herresbach zu einem aktuellen Thema

Neuer Orden

Auf einem Festakt der „Arbeitgeberverbände“ wurde der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, zum Großmeister des Ludwig-Schröpf-Ordens ernannt.

Der Namenspatron war der Erfinder des Blutegels zur Wertschöpfung für das deutsche Kapital. Der einfache Volksträger befestigt ihn an der Gurgel. Der Großmeister trägt ihn als Klöppel einer silbernen Schelle am Oberschenkelhals. Mit dieser Auszeichnung ist eine Erweiterung des Familiennamens verbunden. Er nennt sich ab sofort Gerhard Schröder/Schröpf. Darum wurde er von dem Moderator der Veranstaltung mit einem herzlichen „Willkommen – Familie Schröder-Schröpf-Kopf“ begrüßt.

Fred Lewalder

Leserdebatte:

Was ist Terrorismus?

Da die Herrschenden den „Terrorismus“-Vorwurf als universelles Totschlagargument (im doppelten Wortsinn!) einsetzen, ist der Versuch Dr. Frank Triklins (RF 85/86) verdienstvoll, den Begriff präzise zu fassen, ohne zu moralisieren. Wirklich gelungen ist dieser Versuch m. E. aber nicht. Seine Definition „... Gewalt gegen nicht unmittelbar Konfliktbeteiligte ...“ ist unter mehreren Aspekten unzureichend. Gewalt ist nach Engels nicht nur Vollbringerin des Bösen, sondern auch Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Dabei könnte Gewalt gegen Unbeteiligte nur dann verurteilt werden, wenn deren Schädigung das eigentliche Ziel der Aktion ist, oder wenn auf Unbeteiligte nicht genug Rücksicht genommen wird. Aber was bedeutet „genug“? Wenn irakische Widerstandskämpfer Ziele unter den Besatzern oder Kollaborateuren angreifen, sind Opfer aus der Zivilbevölkerung nicht sicher zu vermeiden. Ebenso kann die Bombardierung deutscher Rüstungszentren im Zweiten Weltkrieg nicht als verbrecherisch gelten, wie es alte und neue Nazis darzustellen suchen. Bei Hiroshima lag das Problem anders. Truman war deshalb zu verurteilen, weil es ihm im August 45, als Japan praktisch schon geschlagen war, in Wahrheit darum ging, durch eine „Demonstration der Stärke“ die Sowjetunion einzuschüchtern. Was sind „nicht unmittelbar Konfliktbeteiligte“? Das hängt wohl vor allem von der Natur des jeweiligen Konflikts ab. Die Partisanen im Zweiten Weltkrieg haben überall Kollaborateure bestraft, auch jene, die „nur“ für die Faschisten produzierten, oder andere, die „nur“ gegen Ju-

den und Kommunisten hetzten und Hitler verherrlichten. Das wird Triklin sicher nicht verdammen, obwohl es unter seine Definition von Terrorismus fällt. Nachdem im Bürgerkrieg gegen Sowjetrußland der gegnerische Terror dahingehend verschärft worden war, daß die Weißen Arbeiter ohne jeden konkreten Verdacht, einfach wegen ihrer Klassenzugehörigkeit, ermordeten, reagierten die Roten entsprechend. Ähnlich ging auch das revolutionäre Frankreich unter den Jakobinern gegen den Terror seiner Feinde vor und konnte so die innere und äußere Konterrevolution niederhalten. Eine angemessenere Definition könnte vielleicht so lauten: Terror ist die systematische Anwendung von direkter oder indirekter Gewalt gegen an dem Konflikt nicht aktiv Beteiligte mit dem Ziel, die gegnerische Seite durch die Verbreitung von Angst und Schrecken einzuschüchtern oder zu desorganisieren. Jedenfalls sollten wir nicht versuchen, die revolutionäre Gewalt als Notwehr gegen den Terror der Reaktion aus dem Begriff herauszunehmen. Triklin kommt dagegen zum Schluß bei Formulierungen an, die ich als abstrakt und unzutreffend empfinde. Wer wollte nicht „Achtung vor dem Leben“ fordern? Aber was heißt das in den konkreten Situationen, wie Marx und die Marxisten sie vorfanden? Ich fürchte, auch mit einer umfassenderen und präziseren Definition des Terrorismus kommen wir nicht aus dem eigentlichen Dilemma heraus: „Radikalen Humanismus“ im Sinne von Marx habe ich so verstanden, daß alle Verhältnisse umgewälzt werden müssen, in denen der Mensch ein verlassenes, verächtliches,

zertretenes Wesen ist. Der Begriff bezieht sich auf die Zwecke der Kommunisten und nicht primär auf die Mittel. Daß dabei die humanstmöglichen Mittel auch die zweckmäßigsten sind, und umgekehrt, ist eine Frage der Dialektik.

Dazu ein Beispiel, passend zum Jahrestag der Befreiung: Die faschistische Wehrmacht hat in wahrhaft bestialischer Weise in der Sowjetunion gewütet. Jeder Sowjetbürger, jeder einzelne Rotarmist hatte eine lange blutige Rechnung bei den Deutschen offen. Rachebedürfnis war eine menschlich völlig verständliche Reaktion. Der Widerstand der meisten deutschen Soldaten bis zum Schluß wurde auch aus dem Wissen gespeist: „Wenn die Rote Armee uns mit gleicher Münze heimzahlt, kommt die Hölle über uns!“ Statt dessen kam die Zerschlagung des Faschismus, die Bestrafung der Hauptschuldigen, aber Hilfe und die Chance zu einem Neuanfang für das Volk, auch für solche, die im Faschismus Schuld auf sich geladen hatten. Dieses Verhalten der Sieger war human in einem historisch beispiellosen Ausmaß. Es bezeugte die hohe moralische Reife der Sowjetbürger, daß die große Mehrzahl von ihnen verstand, auf Rache verzichten zu müssen.

Dieser humane Umgang mit den Besiegten war gleichzeitig der zweckmäßigste: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleiben.“ Das Bündnis der UdSSR mit der DDR wurde so ermöglicht. Es war die Grundlage, auf der die deutsche Arbeiterklasse ihre bisher größte Errungenschaft errichten konnte. Solange das Bündnis gehalten hat, blieb auch der Frieden in Europa gesichert. So viel zur Dialektik von Zweckmäßigkeit und Menschlichkeit der revolutionären Mittel. Was uns überhaupt nicht hilft, sind dogmatische Formulierungen von der Art „Man kann das Paradies nicht mit den Mitteln der Hölle errichten“. „Daß ein terrorfreier ... Kampf möglich ist, ... (beweist) die soziale Bewegung Venezuelas“ keineswegs! Die kluge Politik von Chávez und eine gute Portion Glück haben es bisher vermieden, daß dort der Klassenkampf noch schärfere Formen annahm. Allerspätestens aber, wenn Venezuela von seinem nationalen Reichtum in der Weise Besitz ergreift, daß es für sein Erdöl faire Preise von den USA fordert, kommt es unweigerlich auf die Liste von Bushs „Schurkenstaaten“. Was dann für Mittel des Abwehrkampfes notwendig werden, kann niemand vorhersagen, und auch Triklin sollte sich da nicht festlegen. **Fritz Dittmar**



Lindy England oder Rumsfeld – wer ist hier der Terrorist? Grafik: Arno Fleischer



Organisierte den Widerstand in der Rüstungsindustrie: Arthur Ladwig

Die Ohmstraße im Berliner Stadtbezirk Mitte, unweit der S-Bahn-Station Jannowitzbrücke, ist auch heute noch eine sehr kurze und sehr schmale Straße; eigentlich ähnelt sie mehr einer Gasse. Gut betuchte Leute hielten sich vor 1933 von dieser Gegend fern. Der Antifaschist Kurt Stillmann, der auf der Fischerinsel wohnte, berichtete, daß damals linke Organisationen, vor allem die Kommunisten, das politische Leben in diesem Kietz bestimmten. Die stadtbekannteste Solidaritätsküche der Roten Hilfe an der Ecke Ohm-/Köpenicker Straße sei ein Zentrum und Sammelpunkt vieler Nazigegner gewesen. Im Haus Nummer 10 eben dieser Ohmstraße hatte der aus Ostfriesland zugezogene Dreher Hans Schwenke eine Wohnung gemietet, die 1942/43 zu einem der wichtigsten Treffpunkte für Antifaschisten des „Kampfbundes“ wurde.

Diese Organisation, die 1939/40 von Erich Prenzlau, Wilhelm Jacob, Gustav Dziobaka, Ernst Kühne und etlichen Gesinnungsgenossen gegründet worden war, bildete eine von mehreren, vor allem kommunistischen, Widerstandsgruppen in der Reichshauptstadt. Ihr gehörten schließlich mehr als 100 ehemalige Mitglieder der KPD und der SPD sowie Parteilose an, in der Mehrzahl Facharbeiter, die für qualifizierte Aufgaben in der Rüstungsindustrie, für die Anleitung von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen benötigt wurden. Deshalb blieben sie vom Kriegsdienst verschont. Man hatte sie u. k. gestellt, also für unabkömmlich erklärt. Fast alle waren bei der Fahrzeug- und Panzermotorenproduktion der Daimler-Benz AG in Berlin-Marienfelde und Genshagen-Ludwigsfelde sowie in der Maschinenbau AG in Wildau bei Berlin beschäftigt. Erich Häumann, Angehöriger des „Kampfbundes“, gab nach dem Krieg zu Protokoll, daß die Organisation regelmäßig Mitgliedsbeiträge erhob, Spenden sammelte, die Zeitungen „Rote Fahne“ und „Arbeiter- und Soldatenräte“ herausgab und sogar einmal im Jahr eine Lotterie veranstaltete, um die illegale Tätigkeit zu finanzieren. Die Mitglieder wurden verpflichtet, sich in ihren Betrieben öfter krank zu melden, langsam zu arbeiten

und der Rüstungsproduktion Schaden zuzufügen.

Zu den Aktivsten gehörte der Dreher und Einrichter Arthur Ladwig. Der Berliner Metallarbeiter war am 9. März 1902 geboren worden. In der Fruchtstraße, im Arbeiterviertel Friedrichshain, besuchte er die Volksschule. Unmittelbar nach der Gründung des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) 1925 wurde er dessen Mitglied und übernahm auch bald Funktionen. In mehreren Lehrgängen eignete er sich politisches Wissen an. Wegen seiner lustigen und schlagfertigen Art war er bei seinen Jugendgenossen sehr beliebt. Sie nannten ihn „Atze“. Schon bevor er sich organisierte, beteiligte er sich an politischen und Streikaktionen, so bei der Abwehr des Kapp-Putsches 1920. 1928 nahm ihn die Kommunistische Partei in ihre Reihen auf. So landete er bei den Unternehmern auf der „schwarzen Liste“, und wurde unmittelbar nach der Errichtung der Nazidiktatur „wegen kommunistischer Umtriebe“ aus seinem Betrieb entlassen. Inzwischen verheiratet, mußte Arthur Ladwig seine Familie nun von Gelegenheitsarbeiten ernähren. SA und SS verhafteten und verhörten ihn mehrere Male, aber da er den konspirativen Regeln gemäß vorsichtig zu Werke ging, vermochten sie ihm nichts nachzuweisen.

1941 erhielt Arthur Ladwig einen Arbeitsplatz im Daimler-Benz-Motorenwerk Genshagen-Ludwigsfelde, wohin er auch seinen Wohnsitz verlegte. 15 000 Arbeiter – Deutsche, ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus mehreren europäischen Ländern – stellten in diesem von der Regierung zum „Nationalsozialistischen Musterbetrieb“ deklarierten Werk kriegswichtige Erzeugnisse vor allem für die Wehrmacht her. Kaum hatte er seine Tätigkeit als Dreher und Einrichter aufgenommen, suchte und fand Arthur Ladwig Gleichgesinnte, mit denen er eine Gruppe des „Kampfbundes“ bildete. Regelmäßig fuhr er in seiner Freizeit nach Berlin und traf sich mit seinen Berliner Genossen in

Lokalen und Wohnungen, wahrscheinlich auch in der Ohmstraße 10.

Für die Naziführung war es ein Alarmsignal, als im Genshager Betrieb immer wieder antifaschistische Zeitungen und Flugschriften kursierten, die die Lügenpropaganda der Nazis entlarvten. Gerade zu der Zeit, in der die Sowjetarmee den faschistischen Truppen vor Moskau eine Niederlage bereitete und dem Mythos ihrer Unbesiegbarkeit einen ersten schweren Schlag versetzte, bildete diese Literatur ein besonderes Ärgernis für die Machthaber. Deshalb setzten Betriebsführung und Gestapo alle Hebel in Bewegung, um der Leute habhaft zu werden, die das Material herausgaben und verbreiteten. In allen Werksabteilungen schnüffelten Spitzel, aber viele Wochen lang konnten sie keinen Erfolg melden. Schließlich gelang es einem von ihnen, in die Widerstandsgruppe einzudringen und das Vertrauen der antifaschistischen Kämpfer zu gewinnen. Gestapobeamte verhafteten Arthur Ladwig am 21. März 1943 während seiner Arbeit in der Halle 2 gemeinsam mit mehreren seiner Genossen. Da eine Gruppe des „Kampfbundes“ auch im Motorenwerk von Daimler-Benz in Marienfelde aktiv war, gelang es den Nazis bald darauf, dort ebenfalls die Antifaschisten festzunehmen.

Fast ein Jahr folterten und quälten die Häscher die Verhafteten. Aber sie konnten die Namen aller Angehörigen der Organisation nicht in Erfahrung bringen. Die Männer blieben standhaft und schwiegen. Das höchste Tribunal des Naziregimes, der Volksgerichtshof unter Vorsitz des Henkers Freisler, verurteilte 1944 über 40 Mitglieder des „Kampfbundes“. 21 von ihnen erhielten die Todesstrafe, darunter Arthur Ladwig, Erich Prenzlau und Hans Schwenke. Wilhelm Jacob und zwei weitere Antifaschisten waren bereits in der Untersuchungshaft umgebracht worden. Arthur Ladwig starb am 10. Juli 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden unter dem Fallbeil.

Günter Freyer



Am 20. Juni wird die langjährige und verdienstvolle Mitarbeiterin des „Rotfuchs“-Vertriebsnetzes, die frühere leitende Ingenieurin der Deutschen Reichsbahn und bewährte Kommunistin

Marianne Ahrens

80 Jahre alt. Das RF-Kollektiv versichert ihr seine Freundschaft und Verbundenheit.

Marianne hat sich große Verdienste um den „Rotfuchs“ erworben. Gratulation!

„Individualisierung“ gehört zu den in der Soziologie verbreiteten und anerkannten Begriffen und wird auch von Politikern und Journalisten bei der Diskussion über gesellschaftliche Veränderungen häufig als Schlagwort verwendet. Was mit diesem Begriff gemeint wird und inwieweit er gesellschaftliche Realität angemessen widerspiegelt oder ob er sie lediglich ideologisch verklärt, soll Anliegen der folgenden Darlegungen sein.

Laut Wörterbuch bedeutet Individualisierung eine stärkere Beachtung des Individuums in der Gesellschaft und damit verbunden erhöhte Chancen für die Selbstverwirklichung des Menschen (Bertelsmann 1990, 292). Aus der Sicht marxistischer Theorie verbindet sich mit diesem Wort eher der Hinweis auf die Vereinzelung des Menschen in einer durch Konkurrenzbeziehungen geprägten Gesellschaft. „Die Konkurrenz isoliert die In-

vergleichenden Studie unterzogen haben, um zu dieser Aussage zu gelangen? Oder werden hier lediglich ideologische Vorgaben bedient?) Viertens erfolge gegenläufig zur Freisetzung der Individuen in den modernen Gesellschaften eine verstärkte Einbindung in neue Abhängigkeiten (z. B. von Konsum, Werbung, Medien, Bürokratie) sowie eine Unterwerfung unter neue Zwänge (Notwendigkeit der Durchsetzung auf dem „Arbeitsmarkt“, Zwang zu ständiger Weiterbildung, Zwang zur Erhaltung von Gesundheit, Fitneß und Attraktivität, um am „Arbeitsmarkt“ zu bestehen usw.). Beck spricht diesbezüglich von der „Reintegrationsdimension“. Fünftens schließlich konstatiert er, daß moderne Gesellschaften nicht nur eigene Entscheidungen ermöglichen, sondern diese nachdrücklich verlangen und daß die heutigen Lebensbedingungen „Individualisierung“ geradezu erzwingen

zuerst gefeuert, Leiharbeiter in Konkurrenz zu Festangestellten gebracht, individuelle Gehaltsabsprachen mit Geheimhaltungsgebot belegt, Auslagerungen von Betriebsteilen auch mit der Absicht vorgenommen, den Einfluß der Gewerkschaften zu schwächen. Hinzu komme die Drohung mit Verlagerungen ins Ausland und mit Entlassungen. Es handle sich um ein ganzes Arsenal von Methoden der Einschüchterung und der Entsolidarisierung. Das Ergebnis einer solchen „Reformierung der Gesellschaft“ ist nach Bourdieu eine Darwinsche Welt, in der jeder gegen jeden und jeder für sich steht. Das ist aus Sicht des Autors die wahre Physiognomie der gesellschaftlichen Veränderung, die als „Individualisierung“ bezeichnet wird. Auf sie reagieren die Individuen zunehmend mit einer Partikularisierung ihrer Interessen und Verhaltensweisen. Dieser Begriff drückt aus, daß die Eigeninteressen gegenüber den öffentlichen Interessen den Vorrang erhalten. Einfach gesagt: Ein jeder sieht zu, wie er selbst zurecht kommt, „weil man ja sowieso nichts ändern kann“.

Nachlassendes öffentliches Interesse wird zum Beispiel in der geringen Wahlbeteiligung deutlich, in der zurückgehenden Bereitschaft zum Ehrenamt und auch in der relativ mageren Beteiligung an Protesten gegen Sozialraub. Entsolidarisierung und Partikularisierung signalisieren, was den Individuen im Zuge der derzeitigen Umgestaltung der Gesellschaft wirklich widerfährt. Dagegen verklärt der Begriff „Individualisierung“ diese Realität, so wie auch andere Termini („Reform“) irreführend eingesetzt werden. Die kritische Position des Autors gegenüber der Individualisierungstheorie soll in drei Punkten zusammengefaßt werden.

Erstens: Die Behauptungen der Individualisierungstheorie werden nicht durch ausreichende sozialwissenschaftliche Analysen unteretzt, was für eine soziologische Theorie selbstverständlich sein sollte, sie finden auch bis heute keine ausreichende praktische Bestätigung.

Zweitens: Der Begriff „Individualisierung“ enthält ein gewisses Versprechen, eine Verheißung auf größere Chancen für eigene Entscheidungen und selbstbestimmte Lebenswege. Solche Verheißungen auf größere Freiheiten haben stets etwas Anziehendes und werden daher bereitwillig aufgenommen. Die Individualisierungstheorie konnte nicht zuletzt deswegen eine solche Akzeptanz in der Öffentlichkeit finden.

Drittens: Indem diese Theorie einen Zuzugewinn an individuellen Freiheiten behauptet und zugleich als deren notwendige Folge auf die erhöhte Eigenverantwortung des Individuums verweist, dient sie der „wissenschaftlichen“ Begründung der Forderungen der „Modernisierer“ nach mehr Eigenverantwortung und weniger staatlicher Fürsorge und wird zur Ideologie. Eine Wissenschaft wird dann zur Ideologie, wenn sie mit ihren Aussagen die Interessen bestimmter politischer und wirtschaftlicher Gruppen bedient.

Was hat es mit der „Individualisierungstheorie“ auf sich?

dividuen, nicht nur die Bourgeois, sondern noch mehr die Proletarier gegeneinander, trotzdem, daß sie sie zusammenbringt.“ (Marx/Engels) Individualisierung stellt nach Beck als profiliertem Vertreter dieser Theorie ein Merkmal „moderner Gesellschaften“ und einen widersprüchlichen Prozeß der Vergesellschaftung der Individuen in diesen dar. Danach bedeutet Individualisierung erstens die zunehmende Herauslösung des Einzelnen aus einstmal prägenden institutionellen und sozialen Bindungen und Herrschaftsformen, wie Kirche und Religion, Klasse, Schicht, Sippe und Familie. Beck bezeichnet das als die „Freisetzungsdimension“, in deren Folge den Menschen in modernen Gesellschaften größere Chancen für selbstbestimmte Entscheidungen und selbstgewählte Biographien eingeräumt würden. Mit der Herauslösung aus traditionellen Bindungen würden zweitens auch bisherige institutionelle und soziale Vorgaben für individuelle Entscheidungen und Lebensläufe wegfallen, verbunden mit dem Verlust bisheriger Gewißheiten und Sicherheiten. Beck spricht diesbezüglich von „Stabilitätsverlusten“. Drittens hätten allerdings die erhöhten Chancen für selbstbestimmte Entscheidungen und Lebensläufe auch erhöhte Gefahren des individuellen Versagens und des Scheiterns zur Folge. Aus einstmal vorgegebenen Biographien würden so „Drahtseilbiographien“. (In diesem Zusammenhang verweisen Beck und Gernsheim auf angeblich „staatlich verordnete Normalbiographien in der DDR“. Wieviel tausend Lebensläufe aus West und Ost mögen wohl die beiden Soziologen einer

würden. Er bezeichnet das als „Individualisierungsdruck“ und „institutionalisierte Individualisierung“. Die Ursachen für „Individualisierung“ sieht Beck vor allem in der Existenz eines „Arbeitsmarktes“, den er bemerkenswerterweise als „Motor der Individualisierung“ bezeichnet, sowie in höherer Bildung, Mobilität und Konkurrenz, welche einen „Individualisierungsschub“ ausgelöst hätten.

So weit zu den Grundaussagen der Individualisierungstheorie. Ihr gegenüber entwickelt der Autor folgende Gegenthese: Was heute geschieht und systematisch vorangetrieben wird, ist eine Entsolidarisierung der Menschen und eine Partikularisierung ihrer Interessen im Zuge der sogenannten Reformierung der Gesellschaft. Der französische Soziologe P. Bourdieu kritisierte die in den Betrieben bewußt forcierte „Individualisierung“ der Beschäftigungsverhältnisse als ein Programm der Verunsicherung, der Anpassung und Unterwerfung der Arbeiter. Die Angst um den Arbeitsplatz mache den Kollegen zum Konkurrenten, die Alten als „die Hüter der Gruppentradition“ würden

Wir weisen unsere bisherigen und künftigen Autoren, deren Mitarbeit sehr erwünscht ist, auf die Artikellänge hin:

Maximal **7000** Anschläge einschließlich Leerzeichen.
Wir bitten um E-Mail-Botschaften oder Word-Disketten.

Prof. Dr. Klaus Rohrberg

Auf dem Staatsakt im Bundestag für die Opfer des Seebebens vor Sumatra mit vermutlich mehr als 300 000 Toten war seinerzeit von Bundespräsident Horst Köhler zu hören, daß die Erde „kein Garten Eden“ sei, und der Mensch „nur Teil einer empfindlichen Schöpfung“. Die ungeheuren Kräfte der Natur sollten die Menschen „Demut lehren“: „Wir gehören alle zusammen. ... Wann – wenn nicht jetzt – werden wir die Kraft finden, unser Handeln als Weltinnenpolitik (!) zu verstehen?“ Der Erfolg solcher Reden scheint in der „Unschärfe“ ihrer Begriffe zu liegen. Wenn Sprachlosigkeit angebracht ist, dann vor allem angesichts der Chuzpe, mit der in einer Welt entgrenzter wirtschaftlicher Barbarei vom „globalen Wir“ gesprochen wird. Unter der Überschrift „Operation Südostasien“ jubelten damals die Agenten der Hegemonialpolitik Washingtons, daß sich die USA zur „Führungsmacht der Helferländer“ aufgeschwungen haben: „Mehr als 12 600 Soldaten leisten mit 20 Schiffen, darunter dem Flugzeugträger ‚Abraham Lincoln‘, sowie 80 Flugzeugen und Hubschraubern in der größten amerikanischen Militäraktion in der Region seit dem Vietnamkrieg erste Hilfe mit Versorgungsflügen und Evakuierungen in abgeschnittenen Gebieten an der Küste Westsumatras. Mehr als 1500 Marineinfantristen aus Okinawa werden mit schwerem Gerät und Entsalzungsanlagen erwartet; das Lazarettsschiff ‚Mercy‘ mit 1000 Betten soll aus San Diego auf dem Weg sein“ („Die Welt“, 5. 1. 05). Colin Powell, zu jener Zeit noch USA-Außenminister, richtete folgende Worte an Thailand, Indien, Indonesien und China, die einen militärischen Aufmarsch des Pentagons entschieden ablehnten: „Wir tun das alles nicht um politischer Vorteile willen oder nur, um vor den Muslimen besser dazustehen, sondern weil diese Menschen in verzweifelter Not sind und weil die Vereinigten Staaten immer ein großzügiges, mitfühlendes Land mit einem großzügigen, mitfühlenden Volk waren“ (ebenda). Tatsächlich versuchen die USA den für sie gefährlich wachsenden ökonomischen und politischen Einfluß Chinas in den ASEAN-Staaten einzudämmen. Die frankreichfeindliche Fraktion des „transatlantischen“ Meinungskartells witterte aber auch folgende Gefahr: „Paris nutzte seine hervorgehobene Rolle im Katastrophenmanagement dazu, um eine neue transatlantische Front zu eröffnen und für eine Stärkung der UNO gegen einen US-Alleingang bei der Fluthilfe zu plädieren“ („Die Welt“, 6. 1. 05). Zu den Zielen der USA hieß es: „Tatsächlich verfolgen auch die USA – deren Einsatz ... nun die Dimension einer gigantischen Militäroperation erreicht hat – ihre eigenen politischen Interessen. So versuchen sie, das nach den Invasionen in Afghanistan und Irak schwer angeschlagene Image in Asien wieder aufzupolieren; ferner liegt es im langfristigen geostrategischen Interesse Washingtons, festere Bindungen in der Region zu knüpfen ...“

Zur Erinnerung: Die Bombardierung Serbiens war aus USA-Sicht eine Maß-

nahme zur „Gesichtswahrung“, was so ähnlich klingt wie „Image aufpolieren“. Colin Powell zog eine direkte Verbindung zwischen der Hilfe für die Flutopfer, dem sogenannten Anti-Terrorkampf und dem Werben um Sympathie in der islamischen Welt: „Ich hoffe, daß als ein Ergebnis unserer Bemühungen ... unser Wertesystem gestärkt wird. ... Wir handeln ohne Ansehen der Religion, aber ich denke, dies gibt der islamischen Welt und dem Rest der Welt eine Gelegenheit, die amerikanische Großzügigkeit und die amerikanischen Werte in Aktion zu sehen.“ „Als die Sintflut kam, hörte die Politik nicht auf. Dafür sind die Seeräume der ozeanischen Weiten zwischen den Küsten Ostafrikas und dem indonesischen Archipelago zu wichtig, zu reich, zu begehrenswert. Ihr Glück kommt aus dem Wasser: Fische und Handel, aber auch Öl, Gas und strategische Mineralien. ... Auch die Geopolitik der Mildtätigkeit

Katastrophe sei: „Die hohe Beweglichkeit imperialer Machtinstrumente ist auch bei globalen Hilfseinsätzen effektiv. Natürlich war das alles nicht selbstlos.“ („Die Welt“, 24. 1. 05)

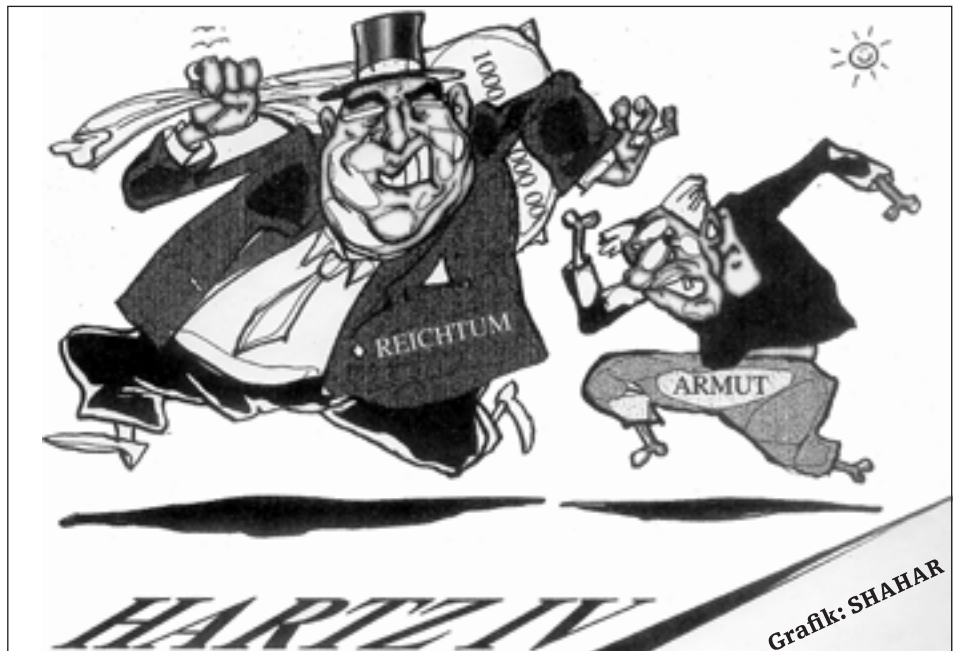
Globale „Krisen“-Interventionsstreitkräfte auf humanitärem Schmusekurs! Angesichts der Milliardeninvestitionen in Mittel zur Kriegführung ist es nicht verwunderlich, daß es quasi keine nicht-militärischen US-Humanitärmissionen gibt, die diesen Namen auch verdienen. Bei dieser Gelegenheit wurden „die Deutschen“ gleich über die Achillesferse bei der Wahrnehmung ihrer globalen Rolle belehrt: „die begrenzte Lufttransportkapazität der Bundeswehr“. Dennoch wird der deutsche „Gewinn der Spendenweltmeisterschaft“ als eine „politische Investition in den Raum“ anerkannt, die sich selbstverständlich „amortisieren“ müsse: „Wenn Deutschland den Sitz im UN-Si-

„Geopolitik der Mildtätigkeit“

bleibt immer Politik.“ (Die Welt, 7. 1. 05) Und: „China will wieder Reich der Mitte sein, wie seit Tausenden von Jahren. Die USA aber sind die Supermacht aller Klassen ... Gestern ging es um Energiezufuhr und Absatzmärkte, aber auch um die Macht, die aus dem Besitz von Atomwaffen und weitreichenden Raketen kommt ... Morgen geht es wieder um dieselben vitalen Interessen ... Gegenwärtig aber ... geht es um Einflußgewinn ... Die Karten von Macht und Einfluß in Südostasien werden neu gezeichnet.“ Tage später frohlockten die Meinungsmacher, daß das US-Militär einer der „moralischen Gewinner“ der

cherheitsrat nicht bekommt, wird dies als ein Zeichen von Undankbarkeit gewertet werden, jedenfalls, wenn aus dem Raum der deutsche Wunsch nicht entsprechend unterstützt wird.“ Der „Wettbewerb der Noblesse“ („Die Welt“, 6. 1. 05) ist ein Element des Kampfes um die Neuaufeilung der Welt in Interessenssphären. Die Spendenshow, die in hiesigen Medien mit reichlich „Promi“-Präsenz und grotesken Auswüchsen inszeniert wurde, ist auch ein moderner „Ablaßhandel“, um das Elend in der Welt er- und verträglicher zu machen, nicht, damit es abgeschafft wird.

Dr. Erhard Kegel



Hilfsflut und Fluthilfe

Das Deutsche Rote Kreuz schickte den Flutopfern des Tsunami Material im Wert von einhunderttausend Euro aus Spendenmitteln. Der Transport per Flugzeug kostete zweihundertfünfzigtausend Euro. Wenn also dreihundertfünfzigtausend Euro für die Flutopfer gespendet wurden, erhielten diese nur zwei Siebentel davon. Wo blieb das andere?

Herr Freigiebig spendete für die Flutopfer zweihundertfünfzigtausend Euro. Dafür wurde er zu Recht gelobt und geehrt. Das Finanzamt schenkte ihm dafür Einhundertfünfzigtausend Euro, weil Spenden steuerfrei sind. Die Hälfte seines gelobten Beitrags wurde also nicht von ihm, sondern vom Steuerzahler gespendet. Das Finanzamt konnte sich das leisten, weil von den vielen kleinen Steuerzahlern viel mehr Steuern kommen als von Vermögenden wie Herrn Freigiebig.

Weil der nun hörte, daß so viele Güter, die alle aus Spendenmitteln gekauft waren, in die weit entfernten Flutopferregionen transportiert werden müssen, ließ er mit einem seiner Flugzeuge die Flutopfer-Hilfsgüter in die betroffenen Regionen transportieren. Nach einer Anzahl von Flügen war das Flugzeug bezahlt, und nach weiteren Flügen hatte er fünfhunderttausend Euro eingenommen. Aus den Spendenmitteln für die Flutopfer.

Herr Freigiebig war nicht darauf bedacht, noch mehr Lob und Ehrung zu empfangen. Er wollte den Flutopfern wirklich helfen und darüber hinaus auch noch etwas für

ihre Zukunft tun. Deshalb war er dafür, den Flugplatz in der Flutopfer-Region neu zu bauen, damit sein Flugzeug dort besser landen und starten könne. Also gewährte er der dortigen Regierung einen Kredit von einer halben Million Euro.

Die Regierung dort nahm den Kredit sehr gern in Empfang, weil sie ja jetzt die Flutopfer-Bevölkerung viel besser versorgen konnte. Auch konnte sie leichter Waffen dorthin schaffen, damit die lästigen Rebellen in der Krisenregion, die immer noch unabhängig werden wollten, endlich beruhigt werden können. Das ist ja auch nötig, weil sonst die Amerikaner es ablehnen würden, weiter Hilfe zu leisten und ihren Stützpunkt dort aufzubauen. Sie können ja nicht ewig ihre Hilfsflugzeuge nur von einem Flugzeugträger, der gleich zu Beginn der Flutkatastrophe zu den Opfern geschickt wurde, starten lassen. Und die Spendenhelfer können jetzt viel besser darauf Einfluß nehmen, wer Hilfsgüter bekommt und wer erst mal nicht.

Nach einiger Zeit, die kürzer war, als vorher versprochen, erhielt Herr Freigiebig seinen Kredit mit hundert Prozent Zinsen aus einem großen internationalen Hilfsfonds wieder zurück. Nein, nein, warum sollte er den Schuldenerlaß für die geplagten Länder unterstützen, der von einigen Leuten verlangt wurde, die sowieso keine

Ahnung haben, wie es in der Welt zugeht. So blühte seine steuerfreie Spende von zweihundertfünfzigtausend Euro auf wie ein gut gewärmter Hefeteig. Für das Eingenommene hat Herr Freigiebig auch keine Steuern bezahlt, weil er seinen Gewinn im Ausland angelegt hat.

Das ist doch aller Ehren wert, nicht wahr?

Herr Freigiebig rieb sich die Hände. Er wurde aber sehr neidisch, als die Kunde kam, daß ein Herr Meikel Formeleins sieben Komma fünf Millionen gespendet hatte für die Flutopfer. Das waren genauso viel, wie der bisher weltbeste Deutsche in Deutschland Steuern bezahlen mußte, wenn er hier wohnte. Das ist doch gut gelöst, nicht wahr?

Dieser Meinung war aber das Finanzamt nicht, deshalb ließ es ein Gesetz zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit beschließen. Darin steht, daß alle, die amtlich mit Geld zu tun haben, jederzeit ohne jemand zu fragen in alle Konten blicken dürfen. Seitdem prüft das Sozialamt bei allen verhartzvierten Leuten, die vielleicht nicht gespendet haben für die Flutopfer, ob die nicht in den letzten elf Jahren heimlich was für das Alter auf die hohe Kante gelegt haben.

Das ist doch sehr sozial gedacht, nicht wahr?

Gerhard Naumann

Barakis scharfe Sicht

Der Krieg gegen den Terror ist nichts anderes als ein Kreuzzug zur Eroberung von Ressourcen und strategischen Brückenköpfen. Das beweist Martin Baraki überzeugend in „Kampffeld Naher und Mittlerer Osten“ (Distel-Verlag Heilbronn, 2004, ISBN 3-929348-36-5). Thema des Büchleins – ganze 94 kleinformatige Textseiten mit bemerkenswert umfangreichem Anhang zur einschlägigen Literatur – ist „die Politik des Westens gegenüber dem Orient von Urban II. bis George W. Bush“. Der Autor hat damit, wie er voranstellt, „den Versuch unternommen, exemplarisch die Grundzüge der Politik der Westmächte gegenüber dieser Region und deren Kontinuität zu untersuchen“.

Baraki verzichtet bewußt auf „die Behandlung des Palästina-Konflikts, obwohl dieser nicht nur für die Region, sondern auch für die internationale Politik von großer Relevanz ist“.

Man kann ihm insofern folgen, als der Palästina-Konflikt – das Kernstück des eigentlichen Nahostkonflikts – wegen seiner „Komplexität ... nicht in knapper Form zu behandeln“ ist.

In einem weit gespannten historischen Rahmen – von den Kreuzzügen über die frühkolonialen Eroberungen der Portugiesen und Holländer und das „goldene

Zeitalter des Kolonialismus“ der Briten und Franzosen bis zum Neokolonialismus und zur aktuellen Weltherrschaftspolitik der USA – weist der Autor nach, welche sozialökonomischen und politischen Interessen, besonders menschenverachtend und brutal umgesetzt durch den Imperialismus von heute, dem Vorgehen des Westens in der Region zugrunde lagen und liegen. Er untersetzt seine Ausführungen mit vielen Fakten, statistischen Angaben und übersichtlichen Tabellen.

Angesichts der unersättlichen Gier des Imperialismus nach den Energie-, Erdöl- und anderen Ressourcen macht Baraki Wesen, Wirkungen und Schwierigkeiten des nationalen und sozialen Befreiungskampfes sichtbar.

Verdienstvoll ist die kundige Analyse der Vorgänge und Entwicklungen in und um sein Heimatland Afghanistan. Parteiisch und wissenschaftlich exakt führt er diese bis in die jüngste Gegenwart. Gleichmaßen überzeugend weist er nach, wie und warum die ehemaligen Sowjetrepubliken Mittelasiens und der Kaukasus-Region jetzt zum vorrangigen Operationsfeld der USA geworden sind und wie sich Vorder- und Mittelasien mit der Rückkehr der imperialistischen Monopole zum kaukasischen Öl in eine erstrangige

geostrategische Interessenzone der USA und in Brückenköpfe für ihre Strategie der Einkreisung Rußlands und Chinas verwandelt haben.

Washingtons Aggression gegen Irak und der Okkupation des Landes gibt Baraki größeren Raum wegen ihrer „Bedeutung für die neue Globalstrategie der USA und ihrer Verbündeten“. Er schildert und charakterisiert sie als langfristig konzipierten Krieg in drei Phasen unter drei Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Der Autor macht auch die Rolle der Bundesrepublik als Verbündeter der USA in der Nah- und Mittelost-Region deutlich. Dazu führt er u. a. an, daß renommierte bundesdeutsche Friedensforschungsinstitute den Krieg gegen Afghanistan „... als Testfall und als Initialzündung für den Krieg gegen Irak und für weitere beabsichtigte Kriege gegen Iran, Syrien, Jemen usw.“ als die „im Prinzip richtige Strategie“ betrachten.

Bernd Fischer

Die RF-Kunstmappe „Politische Grafik“ von Klaus Parche ist beim Vertrieb und den Regionalgruppen gegen eine Spende erhältlich.

Die große Lüge von „Freedom and Democracy“

Die USA-Führung mit ihrer in Droh- und Gewaltpolitik erfahrenen früheren Chef-sicherheitsberaterin und jetzigen Außenministerin Condoleezza Rice benennt unverdrossen immer neue Angriffsziele, die als „Vorpusten der Tyrannei“ markiert werden. Unlängst hat sie in Litauens Hauptstadt Vilnius bekanntgegeben, Belorußland unter seinem patriotischen Präsidenten Lukaschenko benötige dringend eine „orangene Revolution“. Afghanistan und Irak sind abgehakt, etwas Neues muß her. Nun befindet sich Minsk im Visier. Export der Konterrevolution heißt einmal mehr Washingtons Devise.

Mit solchen „Schlägen“ haben die US-Militärs seit langem gründliche Erfahrungen gesammelt. Im Sommer 1945, der zweite Weltkrieg war eigentlich schon vorbei, warfen sie Atombomben auf zwei japanische Städte, und Hunderttausende kamen dabei um. 1950 brachte die CIA Kongos Premierminister Patrice Lumumba um. 1953 wurde in Teheran die Mossadegh-Regierung gestürzt, weil sie es gewagt hatte, das iranische Erdöl zu nationalisieren. 1954 fiel Guatemalas linker Präsident Oberst Jacobo Arbenz. Er wurde, ins Ausland vertrieben, später auf mexikanischem Boden in der Badewanne verbrüht, bei der die CIA das Wasser eingelassen hatte. Der Grund: eine Landreform, von der vor allem der damalige US-Agrarkonzern United Fruit betroffen wurde. Man könnte unzählige weitere Beispiele anführen. In Vietnam entlaubten die freiheitlich-demokratischen Heilsbringer die Wälder mit der hochgiftigen Chemikalie Agent Orange, deren Nachwirkungen an Mensch und Tier auch heute noch festzustellen sind. Den Kubanern — wie an Ort und Stelle zu erfahren war — warfen sie Kübel mit Bakterien in die landwirtschaftlichen Kulturen. Besonders wüteten sie auf dem Balkan. In Jugoslawien attackierte die U. S. Air Force aus großer Höhe Betriebe und Wohnviertel sowie ganz „unbeabsichtigt“ auch eine Fernsehstation und die chinesische Botschaft. In Afghanistan „suchte“ das Pentagon Osama bin Laden sogar vom Flugzeug aus. Nicht verstummen wollen die Gerüchte, daß die US-Besatzer immer wieder abgereicherte Uranmunition eingesetzt haben.

Washington betrachtet Lateinamerika nach wie vor als seinen „Hinterhof“. Die jüngsten Drohungen an die Adresse des bolivarianischen Venezuela beweisen: Man will sich nicht damit abfinden, daß Chávez einen den nationalen Interessen dienenden Kurs verfolgt und erinnert offen an das „chilenische Beispiel“. Anfang der 70er Jahre war Salvador Allendes Umverteilungspolitik zugunsten der einfachen Menschen auf heftigen Widerstand bei den Reichen im Lande und nordamerikanischen Konzernen, bei der CIA und der USA-Regierung gestoßen. Armeechef Pinochet organisierte daraufhin einen „fast perfekten Staatsstreich“. Präsident Allende zog einer ihm angebotenen Kapitulation den Selbstmord vor. „Freedom and Democracy“ konnten in Chile wieder eingeführt werden. Etwa 3000 Menschen

bezahlten das mit ihrem Leben. Seitdem konzentrieren sich die USA darauf, das sozialistische Kuba „fertigzumachen“. Seit 1960 richtet sich gegen die Republik eine brutale Blockade. Nachdem die Landung in der Schweinebucht (April 1961) ein Fiasko erlitten hatte, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Havana auf die Knie zu zwingen. Jegliches Mittel ist recht: ein ständig verschärftes Wirtschaftsembargo, permanente Isolationsversuche, unablässige Sabotageakte. Dutzende Mordanschläge auf Fidel Castro wurden geplant. Das Schuldenkonto der USA bei den Kubanern für vernichtete materielle Werte geht in die Milliarden Dollar, ganz zu schweigen davon, daß Menschenleben unbezahlbar sind. Wenn die USA-Bürger doch wenigstens „Freiheit und Demokratie“ daheim hätten! George W. Bush nutzte die „patriotische Welle“ nach dem 11. September 2001, um eine drastische Notstandsgesetzgebung durchzupeitschen. Sie bedroht elementare Freiheiten, die von der Verfassung garantiert sind. Die Unterdrückungsmaßnahmen sind im „Patriot Act“ zusammengefaßt. Der Begriff „domestic terrorism“ (Terrorismus im Innern) wurde hier eingeführt. Er ist so weit gefaßt, daß man Friedensaktivisten oder Wahlkämpfer zu „Terroristen“ stempeln und verhaften kann, wenn sie privates Gelände betreten, Propagandatafeln entfernen usw. Dem FBI werden laut „Patriot Act“ eingeräumt: Einsicht in die Datenbanken von Büchereien und Buchhandlungen, Überwachung von politischen und religiösen Gruppen, Eindringen in Häuser und Wohnungen ohne genauen Durchsuchungsgrund, Abhören von Gesprächen zwischen Anwälten und Gefangenen ohne Richterbeschluß. Die Einführung der Kategorie des „feindlichen Kämpfers“ ermöglicht es den Behörden, Zivilisten jederzeit vor ein Militärgericht zu stellen. Der Regierung wird gestattet, Streikämpfe im Interesse der „nationalen Sicherheit“ zu beenden.

Im „Patriot Act 2“, der bereits in Arbeit ist, werden alle diese Maßnahmen weiter verschärft. Durch vielfältige Möglichkeiten der Repression (Haft, Deportation, Einreisekontrollen u. a.) nehmen die USA Kurs auf den Überwachungsstaat mit präsidentialen Vollmachten. Diese aber liegen in den Händen eines rechtsradikalen und fanatisch-religiösen Glaubensektierers. Bushs intellektueller Horizont und sein politisches Urteilsvermögen sind bekannt. Beim Lesen soll er Schwierigkeiten haben. Texte aus der Hand seiner Berater liest er nicht, sondern läßt sie sich vorlesen. Unsicherheit, Verschwommenheit, Wiederholungen, Peinlichkeiten aller Art kennzeichnen seinen Redestil: Michael Moore meint: „Eines ist für alle klar – du kannst die englische Sprache nicht in solchen Sätzen sprechen, daß wir es verstehen.“ Offenbar hat eine etwa 20jährige Alkoholsucht die Persönlichkeit des Präsidenten deformiert und sein Gehirn geschädigt, so daß er in seiner Fähigkeit behindert ist, Ideen und Informationen vollständig aufzunehmen. Ein solcher Mann aber entscheidet über den Einsatz des größten Atomwaffenarsenals der Welt!

Als alle Lügen über Irak längst geplatzt waren, erklärte Bush: „Gott hat mir befohlen, Saddam anzugreifen, was ich tat.“ Seine Lieblingsvokabeln entstammen dem Arsenal des christlichen Fundamentalismus: „Kreuzzug“, „Übeltäter“, „Schurkenstaaten“ und „Achse des Bösen“ gehören dazu. Es ginge ja noch an, wenn der Wirkungskreis dieses Mannes auf die USA beschränkt wäre. Doch ca. 755 Stützpunkte dienen dem Pentagon weltweit dazu, die Mission der Vereinigten Staaten als Heilsbringer von „Freedom and Democracy“ zu vollstrecken. Manipulation, Mord und Krieg sind einem Ziel untergeordnet: der Eroberung und Neuverteilung von Rohstoffquellen, Märkten und Einflußsphären, der Erzielung von Maximalprofit.

Heinz Tellbach



Zur Vorgeschichte der ungarischen Konterrevolution von 1956

Der „ungarische Volksaufstand“ von 1956 wird als Paradebeispiel für den angeblich antikommunistischen Widerstandswillen der Bevölkerungsmehrheit in Osteuropa ins Feld geführt. Doch Ungarn wies die ungünstigsten Bedingungen für den sozialistischen Aufbau in Osteuropa auf. Es war als sozialistisches Land weder repräsentativ noch typisch.

Seit der Niederschlagung der ungarischen Revolution von 1849 durch den Zaren galt Rußland als Erbfeind. Antirussische und antisowjetische Stimmungen dominierten. In bezug auf Slawen und Rumänen fühlten sich viele Ungarn „kulturell überlegen“. Sie waren in der Donaumonarchie gegenüber anderen Völkern privilegiert worden. Nach dem Friedensvertrag von Trianon verlor Ungarn dann über die Hälfte seines Territoriums und 59 % seiner Bevölkerung. Drei Millionen Ungarn lebten nun im Ausland. Das akzeptierten die meisten Landesbürger nicht. Ungarn war somit das einzige osteuropäische Land mit einer revanchistischen Außenpolitik, die sich an Mussolinis Rom und später an Hitlers Berlin orientierte.

Einen großen Schock hatten die Herrschenden durch die 133 Tage der Ungarischen Räterepublik des Jahres 1919 erlitten. Die zeitlich längste Diktatur des Proletariats außerhalb des Sowjetlandes konnte innere konterrevolutionäre Umtriebe erfolgreich abwehren und zur militärischen Offensive übergehen. Erst die Intervention der Entente zwang die Sozialistische Föderative Räterepublik Ungarn zum Aufgeben. Die Rache der Reaktion war grausam: 5 000 Rote wurden erschossen, erschlagen, ertränkt, erhängt, von Hunden zerrissen oder anders zu Tode gebracht, 70 000 in die Gefängnisse geworfen und gefoltert, Zehntausende zur Emigration gezwungen. Damals wurde der revolutionären Linken das Rückgrat gebrochen. Es entstand die reaktionär-

ste Diktatur Osteuropas. Ungarn war ein faschistischer Staat mit zeitlich unterschiedlichen Varianten, einschließlich eines verbrämten Parlamentarismus. Die hohe Präsenz jüdischer Kommunisten in der Räteregierung (Bela Kun, Georg Lukacs, Matyas Rakosi usw.) war der Anlaß zu staatsrechtlichem Antisemitismus: Das Gesetz Nr. XXV (1920) machte Juden offiziell zu Menschen zweiter Klasse. Damit kamen die Faschisten extrem nationalistischen Stimmungen der Bevölkerungsmehrheit entgegen und verbreiteten so ihre soziale Basis. Das waren nicht nur die Bourgeoisie, Großgrundbesitzer, Groß- und Mittelbauern und der katholische Klerus, sondern auch ein zahlenmäßig starker sogenannter Herren-Mittelstand (eine ungarische Besonderheit), der Kleinbürgertum und Adelsintelligenz nach seinem Bilde formte. Die zahlenmäßig geringe Arbeiterklasse (27 % der Berufstätigen) befand sich fest im Griff der streng antikommunistischen Sozialdemokratie. Das revolutionäre Potential auf dem Lande bildeten die Landlosen und Landarmen. Zu ihrer Spaltung bekamen einige von ihnen Boden zugeteilt. Zudem wurden demobilisierte Freikorpsleute und andere Reaktionäre mit Land bedacht.

Die Kleinbauern hatten die Räterepublik nicht in bester Erinnerung, da sich diese mehr an der Schaffung von Staatsgütern als an Bodenverteilung interessiert zeigte. Die reformistisch dominierte Arbeiterschaft fürchtete, daß Kommunisten ihren „sozialen Kampf“ gefährden könnten und wies sie oft ab. Im Bunde mit den Nazis konnte Ungarn bis 1941 viele verlorene Gebiete wiedererlangen, was in allen Klassen und Schichten begeistert aufgenommen wurde. Die ungarische Armee beteiligte sich an den Aggressionen gegen die UdSSR und Jugoslawien. Im Herbst 1944 besetzten die Nazis Ungarn und unterstützten die an die Macht gelangten faschistischen Pfeilkreuzler, die ihnen bis zum Schluß die Treue hielten und Zehntausende von Juden und Antifaschisten umbrachten. Erst in der Endphase des Krieges erklärten sich linke und nichtfaschistische bürgerliche Parteien bereit, mit den Kommunisten eine antifaschistische Front zu schaffen, die im Dezember 1944 auf befreitem Gebiet eine Provisorische Regierung schuf. Die ungarischen Streitkräfte konnten wegen ihrer faschistischen Ausrichtung als einzige Satellitenarmee nicht gegen die Nazis eingesetzt werden.

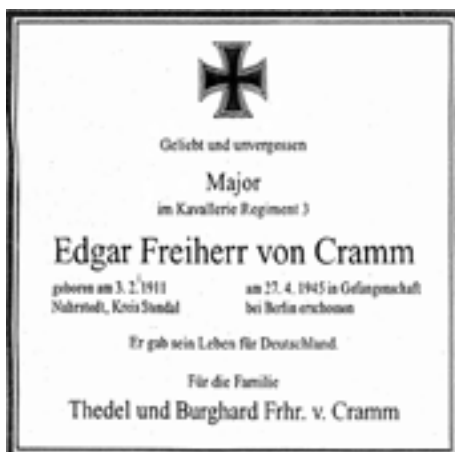
Als ehemaliger Hitler-Verbündeter unterstand Ungarn nun sowjetischem Besatzungsregime. Die Reaktion gruppierte sich vor allem um die Unabhängige Partei der kleinen Landwirte. Bei den ersten Parlamentswahlen 1945 errangen die Rechten 60 %. Während in Osteuropa Linke Regierungschefs wurden, waren es in Ungarn rechte Politiker. Zugleich

verzeichneten die anfangs nur 2500 Kommunisten (Dezember 1944) einen unglaublichen Zustrom. Im Mai 1945 wuchsen sie auf 150 000 Mitglieder an. Im August 1945 waren es 300 000, im Januar 1946 sogar 600 000 und im Juni 1947 schließlich 750 000. Bei den ersten Wahlen errangen Kommunisten wie Sozialdemokraten jeweils 17 %. 1947 erhielt die KPU auf Kosten der Sozialdemokraten dann 22 %, in Budapest 27,5 %. Das war ihr historisch höchstes, doch zu jener Zeit das schlechteste Ergebnis einer osteuropäischen kommunistischen Partei. Die rechten Parteien kamen immer noch auf ein Drittel der Stimmen. Anschließend wurden sie aus dem politischen Leben systematisch ausgeschaltet. Nach der Vereinigung der Arbeiterparteien zählte die nunmehrige Partei der Ungarischen Werktätigen 1948 fast 900 000 Mitglieder. Damit hatte Ungarn nach der CSR auf einmal die meisten Parteimitglieder pro 100 Einwohner. Bei den für die Linke erfolgreichen Maiwahlen 1949 gab es dennoch Wahlkreise mit bis zu 30 % Gegenstimmen.

Fortschritte – auch auf wirtschaftlichem Gebiet – waren kaum strukturell unterlegt. Die wenigen „alten“ Kommunisten konnten politisch-ideologisch den Massenzuwachs in keiner Weise bewältigen. Nicht nur viele ehemalige Sozialdemokraten, sondern auch zahlreiche neue Parteimitglieder aus dem starken Kleinbürgertum verfolgten eigene Ziele. Aus der vergleichsweise kleinen Arbeiterklasse gingen die Bewußtesten in den Staatsapparat, die Armee, die Sicherheits- und Schutzorgane. In die Betriebe kamen jetzt massenhaft ehemalige Unternehmer und Gutsbesitzer, Beamte, Offiziere der alten Gendarmerie, Polizei oder Armee und ihre Familienangehörigen, die voller Haß auf die Volksmacht waren. Sie beeinflussten kleinbürgerlich orientierte Arbeiter wie auch die vom Lande stammenden neuen Beschäftigten. In der bisher reformistisch dominierten Arbeiterklasse konnten so die Rechten schnell Fuß fassen. Auf dem Land hatte sich die Situation eher verschlechtert. Landlose und Landarme waren nun Besitzer geworden. Damit änderte sich ihre Denkweise. 60 000 Großbauern besaßen 20 % der Ackerfläche und enormen politischen Einfluß. Die seit 1948 anlaufende Kollektivierung stieß daher auf heftige Ablehnung. Die Intelligenz hing meist an den „alten Zeiten“, zumal sie jetzt schlechter lebte. Der Zugang junger Arbeiter und Bauern (bis 40 %) an die Hochschulen konnte kaum etwas ändern. Die meisten Studenten kamen ohnehin aus der alten Intelligenz, dem Kleinbürgertum und den ehemals herrschenden Klassen. Es wuchs also in Ungarn ein Potential heran, auf das eine künftige Konterrevolution durchaus zurückgreifen konnte.

(Wird fortgesetzt)

Dr. Bernhard Majorow



Wie die FAZ – das Selbstverständigungsorgan des deutschen Kapitals – den 60. Jahrestag der Befreiung vorbereitete

Diskussionsangebot aus Kiew: Der „Westen“ gegen den Rest der Welt?

Der Marxismus stützt sich auf die Vorstellung einer fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft in sprunghafter Transformation: Entstehung qualitativ neuer gesellschaftlich-ökonomischer Formationen aus den vergangenen als Folge der Ansammlung quantitativer Veränderungen der Produktivkräfte.

Die realen historischen Prozesse verliefen allerdings etwas anders. Einerseits beweisen sie, daß man die Menschheit vom Standpunkt der Geschichtswissenschaft aus nicht als ein geschlossenes Ganzes betrachten kann. Andererseits ist die Entwicklung ihrer Bestandteile nicht kontinuierlich: Wenn wir auf die Geschichte zurückblicken, müssen wir feststellen, daß von Völkern, die vor 2000 Jahren Großes geleistet haben, nicht immer viel übriggeblieben ist. Dabei entwickelte sich eine neue gesellschaftlich-ökonomische Formation selten dort, wo die vorhergehende zu ihrer höchsten Entfaltung gelangte. Obwohl sie in einem bestimmten Sinne aus ihr hervorging, formierte sie sich an einem anderen Ort und aus anderen Menschengruppen. Und nicht immer verkörperte sie gleich eine höhere Entwicklungsstufe. So entstand der Feudalismus in Westeuropa in den Randgebieten des römischen Sklavenhalterreiches. Es dauerte Jahrhunderte, bis hier die Kultur und die Arbeitsproduktivität zumindest das Niveau der vorherigen Formation erreichten. Das gleiche geschah bei Herausbildung des Kapitalismus: England, wo das praktisch begonnen hat, war bei weitem nicht das entwickeltste Feudalland (nicht mal in Westeuropa). Dabei verschlechterte sich der Lebensstandard der Volksmassen wesentlich und für lange Zeit. Auch der Sozialismus entstand im Verhältnis zu der vorherigen Gesellschaftsformation an ihrer Peripherie (Rußland, China).

Um dieses bei der Untersuchung der gesellschaftlichen Prozesse zu berücksichtigen, muß nicht nur die Produktion von Lebensmitteln in Betracht gezogen werden, sondern auch die „Produktion des Lebens als solches“, als soziales Phänomen in seinen historisch bestimmten gesellschaftlichen Formen. Also muß das soziale Gebilde, das als Entwicklungsobjekt ausgewählt wird, nicht nur von der ökonomischen, sondern auch von seiner sozial-kulturellen Seite betrachtet werden. Letzteres drückt sich im historischen Wechsel der sozialen Organismen aus, die man auch als „Zivilisationen“ bezeichnet.

Somit erfolgt der reale Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung als gleichzeitige Formierung neuer Zivilisationen sowie von Formationen. Das sind praktisch zwei Seiten eines Prozesses. Dabei widerspiegelt ein kontinuierlicher Übergang der Formationen die fortschreitende Entwicklung der Menschheit. Die Abfolge der Zivilisationen ist dagegen zyklisch: Jede entsteht, steigt auf, wird altersschwach und stirbt. Und das „Material“, das sie bildete, wird entweder eliminiert oder beim Bau neuer sozialer Organismen verwertet. Dieses Herangehen widerspricht in keiner Weise dem klassischen Marxismus. Aus geopolitischen Gründen hat, beginnend mit dem 16. Jahrhundert, eine Zivilisation (die westliche) eine herrschende Rolle in der Welt besetzt. Begründet durch innere Prozesse, aber auch durch die Kolonisierung der „Neuen Welt“, gab sie einen wesentlichen Anstoß zur Entwicklung des Kapitalismus. Der Westen hat sich aus dem Material der Kolonien aufgebaut. Dadurch hat er in der globalisierten Welt die Position eines „Kerns“ angenommen und alle anderen Zivilisationen in seine „Peripherie“ verwandelt. Im Ergebnis kann er heute nur dank der Ausbeutung der menschlichen und Naturressourcen der ganzen Welt existieren. Dieses bestimmt das Auftreten ausnahmslos aller großen sozialen Gruppen

der westlichen Länder. Der ehemalige Direktor der Europäischen Bank, Jacques Attali, sagte: „Der wertvollste Besitz ist heute der Paß der dominierenden Staaten.“ Jetzt haben wir nicht einen Zusammenprall der Zivilisationen, sondern den der herrschenden Zivilisation mit dem Rest der Welt.

Deswegen verläuft der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aus meiner Sicht nicht wie zu Marxens Zeiten zwischen Kapitalisten aller Länder und Proletariern aller Länder, sondern eher auf der Linie „Westen“ mit seinen transnationalen Konzernen gegen den „Rest der Welt“. Das wird alle sozialen Prozesse im 21. Jahrhundert beherrschen. Diese werden wiederum in absehbarer Zeit von zweierlei Art sein: der immer stärkere Widerstand der „Randzivilisationen“ gegen den „Kern“ und die Formierung neuer, sozialistischer Zivilisationen aus diesem Rand. Bedeutende Erfolge wird das sozialistische China erringen. Die sowjetische (euroasiatische) Zivilisation wird nach meiner Meinung die grausame Krise, von der sie zur Zeit befallen ist, letztlich überwinden und auf den Weg der sozialistischen Entwicklung zurückkehren.

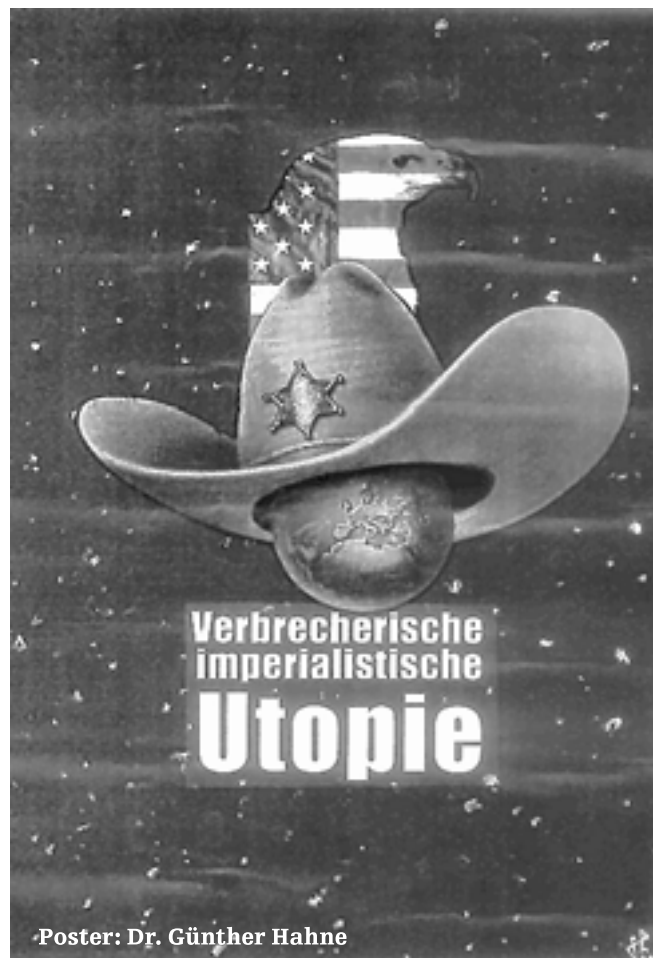
Der „Westen“, der in seiner heutigen Form ohne Weltherrschaft nicht existenzfähig ist, wird diesen Prozessen immer stärkeren Widerstand entgegensetzen, um mit

allen zur Verfügung stehenden Mitteln seinen unausbleiblichen Untergang als „Kern“ der kapitalistischen Gesellschaft zu verhindern. Er wird bemüht sein, den Prozeß der kapitalistischen „Globalisierung“ weiterzuführen. Es gibt also ernste Gründe, die Prognose A. Sinowjews zu beachten: „Der gegenwärtige Prozeß einer Vereinigung der Menschheit zu einem Ganzen ist in Wahrheit die Eroberung der ganzen Menschheit durch die westliche Welt ... Er wird die gesamte Menschheitsgeschichte des 21. Jahrhunderts füllen. Es schaut so aus, daß es eine Geschichte sein wird, die in ihrer Tragik alle Tragödien der Vergangenheit übertreffen wird.“

Somit erwarten die Menschheit auf dem Weg zur recht weit entfernten Zukunft – der klassenlosen Formation und weltumfassenden Zivilisation der freien Menschen (Kommunismus) – wesentlich härtere Prüfungen, als vom Genie der Klassiker des Marxismus vorausgesehen war.

**Prof. Dr. sc. Leonid Griffen,
Kiew**

**(Übersetzung:
Dr.-Ing. Peter Tichauer)**



Zu strategischen Zielsetzungen der EU-Verfassung

Endlich liegt er vor, der auf 232 Seiten angeschwollene euroamtliche Wälzer „Vertrag über eine Verfassung für Europa“. Vieles ist gewunden und teils schwer durchschaubar abgefaßt. Den holprigen Texten ist die Handschrift der militärbürokratischen und juristischen Endformulierer anzumerken, die aggressive strategische Direktiven von Vornachtpolitikern möglichst ansprechend umzusetzen hatten. Dennoch, wer sich in das nun Veröfentlichte vertieft, wird die unlimitierten, langfristigen aggressiv-euroimperialen Zielsetzungen dieses EU-Grundgesetzes durchschauen. Der hohe Preis von 25 Euro je Exemplar des in Unschuldsweiß gebundenen Produkts läßt erkennen, daß der Herausgeber – das „EU-Amt für Veröffentlichungen“ – nicht an Aufklärung eines breiten Publikums über Zusammenhänge und Perspektiven der Verfassung interessiert ist.

Andererseits unterstreicht die Auftaktplazierung des Militärischen die Vorrangstellung, die den entsprechenden Aspekten im Rahmen der Vorhaben eingeräumt wird. (Insbesondere die Seiten 35 bis 39 sowie der Artikel „Besondere Bestimmungen“, die „Solidaritätsklausel“ und der Artikel „Verstärkte Zusammenarbeit“ zeigen das.) Zum Beispiel heißt es in I-41-1: „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der gemeinsamen Außen – und Sicherheitspolitik. Sie sichert der (Europäischen) Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb ... zurückgreifen.“ Oder in I-41-(2): „Sie (die Union) achtet die Verpflichtungen bestimmter Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der NATO verwirklicht sehen.“ Oder in I-41-(3): „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern ... Es wird eine EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNSGAGENTUR ... für Forschung, Beschaffung und Rüstung eingerichtet zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis ...“

All diese und weitere Zielsetzungen stehen im Widerspruch u. a. zu dem die BRD völkerrechtlich bindenden „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, der zugleich mit Beendigung der Teilung Deutschlands am 12. September 1990 zwischen BRD, DDR, Französischer Republik, Vereinigtem Königreich Großbritannien und Nordirland, UdSSR und USA in Moskau geschlossen worden war (siehe BRD-Bulletin Nr. 109/1153 ff.) Dort wird aus jenem Vertrag u. a. zitiert: Die Unterzeichnenden seien laut Artikel 2 „wie folgt übereingekommen ... Die Regierungen der BRD und der DDR bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeig-

net sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere das Führen eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Außerdem wird in Artikel 3 der abschließenden Regelung laut BRD-Bulletin versichert: „Die Bundesregierung sieht in ihrer Verpflichtung zur Reduzierung von Land- und Luftstreitkräften einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa ...“ Während mehrere Mitgliedstaaten, so auch das nachfranquistische Spanien,

den Vertrag über Verfassung und Konstituierung der EU wegen seiner brisanten Bedeutung einer Volksabstimmung unterbreiten, beschränkt sich die deutsche Bundesregierung neben anderen Staaten darauf, die schwerwiegende Entscheidung einem parlamentarischen Gremium zu überlassen. Unter den gegebenen Bedingungen und vorhersehbaren katastrophalen Auswirkungen ist das ein unannehmbares Vorgehen. Gegenhalten in maximaler Breite (über sonstige Meinungsgrenzen hinweg) erweist sich als zwingend notwendig. **Fritz Teppich**



Wie die Brüsseler Zeitung „Solidaire“ den Einzug der EU-Verfassung sieht

Am 4. Juni um 10.00 Uhr

findet im Haus der Kultur und Bildung,
7. Etage, eine Veranstaltung der
RF-Regionalgruppe Neubrandenburg statt.

Prof. Dr. Werner Roß, Zwickau,
spricht über das Thema:

**Zum
Klasseninhalt
der Demokratie**

Helft der Jugendbücherei Gera!



In Gera wurde – ein Leserbrief berichtete bereits darüber – von Schülern und Studenten, Auszubildenden und jungen Arbeitslosen eine sozialistische Jugendbücherei gegründet, die sich die Aufgabe stellt, politische Aufklärungsarbeit zu leisten und gleichzeitig zur Wahrung und Verbreitung fortschrittlicher Literatur beizutragen.

Die Schaffung einer solchen Einrichtung ging aber nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten ab. Es mußte ein einigermaßen bezahlbarer Raum von entsprechender Größe gefunden werden, der auch den Brandschutzanforderungen an eine Bücherei genügt (brandsichere Tür usw.). Aber einen solchen Raum wollte man nur an einen Verein vermieten, also mußte man auch diesen gründen.

Etwas besser stand es um die Entwicklung des Buchbestandes, da viele Spenden von Freunden unseres Vorhabens eingingen. Aber auch in diesem Bereich ist die Bücherei noch über Jahre auf solidarische Hilfe angewiesen, um Lesern aus Gera und Umgebung eine wirklich vielseitige Lektüre für Bildung und Entspannung anbieten zu können. Das nächste Problem besteht in der Ausstattung der Räume mit Regalen, Tischen und Stühlen. Stühle und auch einige Bücherbords sind inzwischen vorhanden, doch die Regale reichen bei weitem noch nicht aus. Acht Tische und ca. 25 Stühle wurden uns von einer Berliner Bildungseinrichtung zugesagt.

Die Betreiber der Bücherei sind fast ausnahmslos Leute, die nicht gerade über Mittel verfügen. Das Aufbringen der Miete für den Raum allein stellt ein Problem dar, so daß keine Gelder für andere Zwecke mehr vorhanden sind. Die Jugendlichen haben sich an alle möglichen Stellen der Stadt Gera gewandt – indes waren gute Ratschläge das einzige, was diese Aktivitäten einbrachten. Doch ein

solches Projekt darf und kann man in einer Stadt wie Gera nicht aufgeben. Hier ist die rechte Szene wie fast überall in Thüringen stark und aggressiv, was einige unserer Freunde schon am eigenen Leib erfahren mußten. Unser Projekt – die Bücherei besitzt eine Größe von 84 qm – ist so angelegt, daß in den Räumen Bibliothek, Lesecafé sowie Versammlungs- und Veranstaltungsort vereint sind. Hier kann also vielfältige linke Arbeit geleistet werden, die über Faschismus, Militarismus und Rechtsentwicklung in der BRD unter Jugendlichen aufklärt. Zugleich bieten wir einen Treffpunkt für linke Organisationen der Region. Die thüringische Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins ist dabei voll integriert.

Wir bitten weiterhin um Eure Unterstützung. Die Betreiber der Bücherei suchen Kontakt zu ähnlichen Einrichtungen, um Erfahrungen austauschen zu können und sich gegenseitig zu helfen. Den Jugendlichen ist es wichtig, ihre Ideen anderen näherzubringen, denn solche Zentren der politischen Linken können heutzutage eine sehr wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllen.

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, die uns durch Buch- und Sachspenden oder auf anderem Wege unter die Arme greifen wollen, sich direkt an die Jugendbücherei Gera zu wenden, die am 4. Juni ab 14.00 Uhr eröffnet wird.

Unsere Adresse:

Jugendbücherei Gera,
Keplerstr. 34–36, 07549 Gera,
E-Mail: Buch-Gera@freenet.de
oder Telefon: 03 65-8 35 20 65

Wir möchten uns bei der Redaktion des „RotFuchs“ sehr herzlich dafür bedanken, daß sie uns monatlich Exemplare der Zeitschrift zum Auslegen in der Bibliothek zur Verfügung stellt.

Eure Jugendbücherei Gera



Lebenslauf

als ich geboren wurde
kam DURRUTI um

als ich drei war
verriet CASADO die
Spanische Republik

FRANCO
zog ein in Madrid

„... Madrid, du Wunderbare ...“

in mein drittes Jahr fiel
GLEIWITZ GLIWICE
mein Vater rückte
ein in LUBLIN
zog über den BALKAN
nach KALAMATA
und über DEUTSCHLAND
– ach Heimat –
nach RUSSLAND bis
dreißig Kilometer vor
MOSKAU und in den Tod
ich war noch nicht sechs
neun war ich als
sein Feind mich nährte
mit bitterem Brot

was fing ich an
mit deiner Schuld:
mein Erbe: ich nahm es
an um meiner Liebe
willen, schwor:

NIE WIEDER KRIEG

doppelt alt als er
geworden ist sah ich
das Rad der Zeit sich
rückwärts drehn

Leipzig, du Wunderbare

ich sah was ich für nicht
mehr möglich hielt:
VERRAT und DUMMHEIT
siegen

Christa Müller (2005)

Jahrtausendlang waren Menschen darauf angewiesen, Wissen und Erfahrungen auf mündlichem Wege weiterzugeben – eine Notwendigkeit, die sich für jede Generation neu als Überlebensfrage stellte. Dieser arterhaltende Zwang hat mit dem Einzug der Schriftsprache eine neue Qualität angenommen. Bücher, Briefe, Dokumente begleiten jeden von uns durchs Leben und stehen Pate bei Charakterbildung und Urteilsfähigkeit. Ob sich mündliche Überlieferung und Schrifttum nun

Adressaten, scheint es. Um so wichtiger, daß immer mehr von uns beginnen, mit Autobiographien ihre Stimme zu erheben. Sind sie einsame Rufer in der Wüste? Mitnichten. Eigene Aufzeichnungen – in der Regel gedacht für die Kinder und Enkel – sind Quellen, deren Kraft vielleicht nicht sofort, aber ganz sicher in kommenden Jahren zu spüren sein wird. Als authentische Zeugnisse ihrer Zeit können sie für die junge Generation Anstoß zum eigenen Nachdenken sein.

ausforderungen anzunehmen und stets seinem Gewissen zu folgen. Niemandem ist es je gelungen, dieses aus ihm herauszuprügeln – weder in der Schule noch im Krieg. Hans Frobin ist einer, der fest zu seiner Meinung steht. Durch seinen Vater, der viele Jahre im KZ zubringen mußte, kam er zum Antifaschismus, den er selbst dort vertrat, wo es – wie in Gefangenschaft bei den Amerikanern und Briten – kaum Bundesgenossen gab.

Für den Berliner Arbeiter brach nach dem Krieg ein neues Zeitalter an. „Daheim in Ostdeutschland“, fand er den Weg zur SED, widmete sich mit ganzer Kraft dem Aufbau der neuen Gesellschaft, ob bei der Transportpolizei, beim Zoll oder im VEB Yachtwerft Berlin. Egal, wo ihn die Partei hinstellte, immer ging es ihm um die Sache, was nicht ausschloß, daß er sich offen mit Unzulänglichkeiten und Fehlern auseinandersetzte. Er war kein Duckmäuser oder Kriecher. Vielleicht hatten wir zu wenig Menschen seines Schlages in unserem Land. Auf den letzten Seiten seines Buches beschäftigt sich Hans Frobin mit den Jahren, die dem Ende der DDR folgten. Er versucht, Antworten zu finden. Er macht es sich nicht leicht, obgleich sein Werk mit leichter Hand geschrieben zu sein scheint – eine Voraussetzung dafür, auch jungen Menschen Zugang zu komplizierten Fragen, wie sie diese Lebenserinnerungen eines gestandenen Kommunisten durchziehen, zu verschaffen. **Bruni Steiniger**

Hans Frobin: Ostprodukt. Baujahr 1924, NORA Verlagsgemeinschaft 2002, 118 Seiten, 15,50 Euro, ISBN 3-935445-71-7

Damit es die Jungen erfahren

die Waage halten oder letzteres vielleicht bedeutsamer ist, soll hier nicht bewertet werden. Viel näher liegt die Frage, wie es um die Praxis heute bestellt ist. Irgendwie drängt sich der Eindruck auf, daß beides – die mündliche und schriftliche Weitergabe von „Generationenwissen“ – im argen liegt. Sicher, die Existenz der Menschheit hängt nicht mehr davon ab, ob der einzelne mit möglichst vielen Lebenskenntnissen ausgestattet wird. Doch der ideelle Verlust für Nachfolgende ist, wenn ihnen – wie in vielen Klassenzimmern üblich – historisches Wissen nur bruchstückhaft vermittelt wird, unermesslich hoch. Und nicht nur das. Bildung in der BRD folgt Gesetzen, die von den Herrschenden diktiert werden. Deren Mission erreicht ihre

Der heute 80jährige Hans Frobin gehört zu denen, die erkannt haben, wie wichtig es ist, zu schreiben. Herausgekommen ist ein bemerkenswertes, von NORA editiertes Büchlein mit dem Titel „Ostprodukt. Baujahr 1924“. In seinen Erinnerungen gerät die „Froschperspektive“, aus der er das Zeitgeschehen kommentiert, zur wahrhaft großen Geschichtslektion des 20. Jahrhunderts. Kaum ein historisch relevanter Vorgang bleibt unerwähnt. Aus der Sicht des Autors erzählt, spürt man seinen Herzschlag, wenn er von der Härte und Unerbittlichkeit der Kämpfe seiner Epoche berichtet. Doch Hans Frobin empfindet sich alles in allem als Glückspilz. Eine von vielen Entbehrungen geprägte Kindheit und Jugend hat ihn gelehrt, Her-

Über Jahrzehnte nahmen „Landser“-Hefte – „Dokumentationen“ über Kriegsgefangenschaft, soweit es sich um Gefangenschaft in der Sowjetunion handelte, und Berichte über „Helden“ wie Mölders und Rudel – einen bevorzugten Platz in der psychologischen Kriegführung gegen die UdSSR ein. Seit 1990 werden auch die „neuen“ Bundesländer von den „Segnungen“ dieser Art „Kultur“ heimgesucht. Der Verlag „Deutsche Stimme“ übersiedelte nach Riesa und mutierte zu einer Art ideologischen Zentrums und dient als Basis für die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag. Ein Blick auf die Liste der angebotenen Literatur (Deutsche Heerführer, Hitlers neue Reichskanzlei, Hitlers Berghof, Hitler als Mann des Jahrhunderts usw.) lassen unsereinen nicht nur erschrecken. Der offen verkündeten Offensive der Neonazis mit dem Ziel, das Geschichtsbild zur Rechtfertigung der faschistischen Politik umzufälschen, müssen Tatsachen entgegengestellt werden. Daran will sich Zapf beteiligen. Er leistet einen Beitrag zum Thema „Antifaschistische Tätigkeit deutscher Kriegsgefangener in sowjetischem Gewahrsam“. In bestimmter Weise setzt er den beeindruckenden Erlebnisbericht über seine Gefangenschaft in 16 Lagern fort, den er 1997 unter dem Titel „Eine Seite eines noch offenen Buches“ im gleichen Verlag veröffentlicht hatte.

Der Wahrheit auf der Spur

Ein Unterschied fällt dem Leser sofort auf: 1997 beschränkte sich Zapf weitgehend auf eigene Erlebnisse. Das brachte ihm auch manche Kritik ein. Das neue Buch ist vor allem eine Dokumentation, die Einordnung des Erlebten in geschichtliche Zusammenhänge und die Auseinan-

dersetzung mit Problemen. Diese erweiterte Sicht wurde dem Autor möglich, weil er Zugang zu russischen Archiven fand. Ihn unterstützten das Zentralmuseum der Streitkräfte in Moskau und das Museum deutscher Antifaschisten in Krasnogorsk. Anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Freier Offiziere fand am 8. Oktober 2003 in Krasnogorsk eine Tagung statt, auf der neben Heinz Keßler und Graf von Einsiedel auch Christian Zapf zum Thema „Zur internationalen Publizistik über die Kriegsgefangenenpolitik“ referierte. Zapfs profunde Kenntnisse zu diesem Thema flossen in seine Arbeit ein. Beendet wird der Streit um die „Erinnerungskultur“ zum Zweiten Weltkrieg mit Sicherheit 2005 nicht. Aber einen verdienstvollen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den Neofaschisten hat Zapf geleistet.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Christian Zapf: Kriegsgefangenschaft. Ein unvollendetes Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkrieges im Urteil ehemaliger deutscher Kriegsgefangener in sowjetischem Gewahrsam, GNN Verlag Schkeuditz, Schkeuditz 2004, 265 Seiten, 16 Euro

Am **18. Juni um 9.30 Uhr** spricht
Generaloberst a. D.

Fritz Streletz

in der Begegnungsstätte der
Volkssolidarität,
Gerhart-Hauptmann-Straße 6,
auf einer Veranstaltung der

RF-Regionalgruppe Strausberg

zum Thema:

**Kuba—
unsere
Solidarität!**

Der Maler und der Arzt

Die Geschichte hat sie zusammengebracht und zu Freunden werden lassen – den Maler Willi Sitte und den Arzt Moritz Mebel. Der schwere, aber doch siegreiche Kampf gegen den Faschismus und seine Mordfeldzüge. Jeder an seiner Front. Erst später kämpften sie in einer Reihe für eine künftig bessere Welt. Vergebens? Das Fluidum des Künstlerhauses, in dem sie sich nach Jahren wieder einmal begegneten, rief auch vor ihrem geistigen Auge Bilder auf, die sie erhalten und verteidigt wissen wollen. Antifaschismus, Frieden, Arbeits- und Lebenssicherheit für alle ... Werte, für die sie bis in ihr hohes Alter wirken und dabei Freunde wurden.

Der Jüngere, Moritz Mebel, steht als nicht einmal Zwanzigjähriger ab 1941 bis Kriegsende in der Uniform der Sowjetarmee im Fronteinsatz gegen die faschistischen Eindringlinge in seine Wahlheimat, in die seine Eltern schon 1933 vor dem Rassenwahn in Nazideutschland flüchten mußten. Der heute mit fast 85 Jahren nur drei Jahre Ältere, Willi Sitte, wird im gleichen Kriegsjahr in Deutschland rekrutiert und als Frontnachschub gegen die Sowjetunion geschickt. Der eine überschreitet 1944 mit der 53. Sowjetarmee in Moldawien die Westgrenze der USSR mit dem Ziel, die Aggressoren bis an ihren Ausgangsort zu verfolgen und zu vernichten, der andere wechselt die Seite und tritt im gleichen Jahr in den antifaschistischen Widerstandskampf italienischer Partisanen ein.

Männer, deren Leben ihre Überzeugungen prägten: Mebel, nach dem Krieg noch als Offizier der SMAD in Merseburg bei Halle, später in Berlin als Arzt und Professor, leitender Urologe der Charité und anderer Kliniken; Sitte, der als Maler und Hochschullehrer die Bildkunst von 40 Jahren DDR mitgestaltete, Mitglied des Weltfriedensrates wurde und für sein Werk zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen und Preise erhielt.

Beide verbindet wohl noch immer die Vision eines besseren Deutschlands. Gleicher Sinn, gleicher Mut hat sie zu Freunden gemacht. Ihr Zusammentreffen in Halle ist deshalb besinnlich und herzlich zugleich. Die Frage der Frau des Hauses, was auf das Wiedersehen zu trinken wäre, beantwortet der eine schlagfertig und russisch traditionsbewußt mit „Wodka!“, der andere lädt schließlich zu einem italienischem Grappa ein. Erinnerungen an die verschiedenen Fronten gegen den gleichen Feind werden gleichermaßen bedacht.

Über seine Front spricht Moritz Mebel schon knapp zwei Stunden später vor gut einhundert Genossinnen und Genossen, „RotFuchs“-Lesern und Mitgliedern des die Zeitschrift herausgebenden Fördervereins. Denen geht es um die historische Wahrheit der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus angesichts ihrer Verfälschung in den Medien der Gegenwart. Und der nun schon längst emeritierte Urologieprofessor und ehemalige Offizier der Roten Armee widerlegt aus der Verflechtung seines Lebens mit der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion den Versuch

selbsternannter „Historiker“, sechs Jahrzehnte nach dem Ende des von den deutschen Faschisten angezettelten Zweiten Weltkrieges, die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verkehren: Da wird nur noch vom Opfergang der Deutschen gesprochen, der der überfallenen Völker wird vergessen. Der entscheidende Beitrag der Sowjetarmee für den Sieg der Alliierten wird bestritten, ihre Kämpfer werden in Bausch und Bogen verleumdet. Die Stunde der Befreiung läßt man (warum so spät?) nicht in Berlin, sondern an den Klippen der Normandie schlagen. Zur historischen Wahrheit tragen auch die Aufzeichnungen Willi Sittes bei, wo zu lesen ist: „Die Geschichte von dem Präventivkrieg der Nazis war und ist eine Lüge. Wir sind bis zum Donezbecken marschiert, vor uns die Panzer und die SS. Die haben gewütet wie die Bestien. Einmal kamen wir um die Mittagszeit in eine Kleinstadt, die Fenster der Katen klapperten und wir schauten im Vorbeimarschieren hinein. Da standen die Teller mit der Suppe noch auf dem Tisch, und die Menschen waren während ihrer Mahlzeit eiskalt erschossen ...“

Es sind freilich die Arbeiten Sittes, die Mebels Schritte durch Atelier und Wohnräume immer wieder Einhalt gebieten

und über die ein Kunsthistoriker einmal schrieb, es seien die großen Themen Krieg, Faschismus und Unterdrückung, die den Meister immer wieder bewegten und bei denen er die Lebensäußerungen und Denkweisen seiner Zeitgenossen in Bildern, Zeichnungen und Grafiken gleichermaßen verfolgte. Eine Willi-Sitte-Stiftung für realistische Kunst wird ab Frühjahr 2006 in der sanierten Domkurie zu Merseburg sein künstlerisches Werk ausstellen und jenen eine Antwort geben, die den Maler ab 1990 nach „Schuldgefühlen“ fragten und denen es nicht genügte, wenn er ehrlich betonte, immer für den untergegangenen Staat gewesen zu sein. Mit der Lithographie „Selbstbefragung“ und zwei Sätzen dazu, antwortete der Künstler auf seine Weise: „... die Geschichte, die Vergangenheit, der Schatten bleiben als Ganzheit übrig und lassen sich nicht wegwischen. Alles andere ist vergänglich.“ Nach langer schwerer Krankheit malt Willi Sitte wieder, das ist das Wichtigste. Kaum einer weiß dies besser zu werten als der Arzt, sein Freund.

Dr. Hans-Dieter Krüger



**Willi Sitte:
Meine Eltern
(1966/67)**

Geschichten, die das Leben schrieb

Die Verhaftung der Frau Zeuner

In der Februar-Ausgabe des RF schilderte Horst Rocktäschel Episoden aus der Zeit der Grenzziehung zwischen DDR und BRD. Schon lange liegt ein Manuskript bei mir, das das DDR-Fernsehen einst – und zwar am 29. August 1974 – von Frau Charlotte Graefe aus Zwönitz erhalten hatte. Damals arbeitete ich in der Redaktion, die die zuschauerfreundliche Sendung „Geschichten, die das Leben schreibt“ gestaltete. Rolf Ludwig moderierte das Programm. Hier der Text der Zusage.

Aufregung ging durchs Dorf. „Habt Ihr schon gehört, gestern Nacht hat man Frau Zeuner verhaftet!“ „Frau Zeuner? Ja, warum denn? Sie ist doch eine nette, ordentliche Frau, versorgt ihren Mann und ihre Kinder, der Haushalt ist tipptopp und eine Klatschbase ist sie auch nicht.“ So fragten die lieben Menschen. Es gab natürlich auch andere, denen Frau Zeuner, eben wegen ihres netten Wesens, ein Dorn im Auge war. Die lächelten hämisch und meinten: „Ja! Stille Wasser sind tief!“ Herr Zeuner war wie vom Schlag getroffen. Seine Frau verhaftet? Als er die Polizei befragte, warum, erhielt er die Antwort: „Ihre Frau hat Handwaffen geschmuggelt.“ Herr Zeuner, ein ruhiger und bedachtsamer Mann, mußte an sich halten: „Ihr seid ja verrückt. Meine Frau und Waffen schmuggeln, woher denn, für wen denn?“ Vater Zeuner und seine Söhne

waren sich einig, daß es sich nur um einen Irrtum handeln könne. Endlich war der Tag des Prozesses herangekommen. Der Gerichtssaal war dicht gefüllt. Frau Zeuner wurde hereingeführt. Durch Kopfnicken grüßte sie ihre Familie.

Was war geschehen? In einem Paket, das an Frau Zeuner gerichtet war, fand man unter anderen Lebensmitteln auch eine Tüte Linsen, in der eine Pistole versteckt war. Frau Zeuner bestritt, jemals ein solches Paket erhalten zu haben. Auch Herr Zeuner sprang erregt auf und wollte etwas sagen, wurde aber zur Ruhe ermahnt. „Nun, Frau Zeuner, wie verhält sich das? Das Paket ist doch an Sie adressiert. Außerdem haben wir bei der Post erfahren, daß Sie laufend Pakete aus Westberlin bekommen. Was sagen Sie nun?“

Frau Zeuner erblaßte. Es fiel ihr plötzlich ein, daß man einmal am Schalter zu ihr gesagt hatte: „Bei Ihnen kann doch keine Not sein. Sie bekommen ja laufend Päckchen von drüben.“ Das hatte sie damals für einen Scherz gehalten. Aber so sehr sie auch beteuerte, nie ein Paket von dort bekommen zu haben: Die Tatsachen sprachen gegen sie. Sie wurde nicht auf freien Fuß gesetzt.

Aber etwas anderes geschah. Eine Familie aus der Nachbarschaft der Zeuners war plötzlich bei Nacht und Nebel nach dem Westen verschwunden. Alle waren darüber verwundert, denn die Leute besaßen ein eigenes Haus, ein Auto und litten auch

sonst niemals Not wie andere, die auf ihre Lebensmittelkarten kaum satt wurden.

Sollte ihr Fortgang etwa der Schlüssel zur Lösung des Rätsels um Frau Zeuner sein? Er war es. Kurz nach dem Verschwinden der Familie erschien nämlich der Postbote bei der Polizei und wollte eine Aussage machen. „Ich wäre schon eher gekommen, lag aber mit einer schweren Operation im Krankenhaus. Meine Angehörigen erzählten mir von der Verhaftung Frau Zeuners. Ich war mir darüber klar, daß ich mit schuld daran trug. Natürlich wollte ich sofort mit der Polizei sprechen, aber mein Zustand verschlimmerte sich. Ich schwebte in Lebensgefahr. Deshalb komme ich erst heute.“

Es trug sich so zu. Die Frau, die geflüchtet ist, hat eines Tages zu mir gesagt: „Ich habe mich mit der Familie Zeuner abgesprochen und sie ist damit einverstanden, daß ich mir auf ihren Namen Päckchen schicken lasse. Sie bekommen etwas dafür und Du auch. Die Päckchen sind alle in ein bestimmtes Papier gewickelt.“ Daraufhin hat mir die Frau das Packpapier gezeigt und gesagt: „Wenn ein solches Päckchen kommt, brauchst Du es nicht erst zu Zeuners zu tragen, bring es gleich zu mir.“ Frau Zeuner wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. Weder sie noch der Briefträger sind mehr am Leben. Herr Zeuner zog zu einem seiner verheirateten Söhne. Außerdem ist der Name nur ein erfundener.

Eingesandt von Hans Horn, Berlin

Die Rückkehr des Klaus Kalinowski

„Halt doch mal die Klappe, Stara“, brummt Stanis und schiebt das Sofakissen in den Nacken, „ich muß mal überlegen.“ Sein Ton ist inniglicher als die Worte, die seiner Elfriede auch nicht rau oder gar roh klingen. Die vielen Ehejahre haben beider Kanten unmerklich gerundet. ‚Wie ein Gebirgsbach es mit seinen Kieselsteinen tut‘, so hatte sich der Stanis es mal ausgedacht. Die Formulierung gefällt ihm heute noch. Jetzt denkt er wieder nach, krächzt und schleimt sein Taschentuch voll. Beim Abhusten denkt er unvermeidlich an seinen alten Pütt, die „Fröhliche Morgensonne“. Auf dem Schacht danach ist



Wie der sechsjährige Viktor Brylla aus Stockholm den Kampfgeist der „Rot-Füchse“ einschätzte

jetzt auch schon eine Ewigkeit der Deckel drauf. Junge, wie die Zeit vergeht. Als der Kohl 1982 drankam, haben sie ihn, den Stanislaus Kalinowski, endlich in Rente geschickt; aber nur, damit er aus der Statistik beim Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit verschwand. Dabei hätte man ihn schon Jahre zuvor zum Berginvaliden machen müssen. Na ja, lange war er nicht im Bergfreien, wie das diese ‚hohen Herren‘, die immer mitreden, ohne einen blasen Schimmer zu haben, ausdrücken.

Dem Stanis fallen die Augen zu, aber seine Gedanken kreisen noch eine Weile, bevor er einschlummert. Sein Sohn, der Klaus, winkt ihm wieder zu. Der sollte es auch einmal – wie den Kindern aller Generationen immer wieder versprochen – besser haben. Hatte er eigentlich auch, denn der war nicht dumm, sein Klaus. Studiert hat er sogar. In Bochum. Germanistik und Ur- und Frühgeschichte. Uralter polnischer Adel lernt Germanistik, hatte sein Vater Stanislaus lachend gelästert und „Laß doch der Jugend ihren Lauf“ geträllert. Aber mächtig stolz war er doch. Und manches andere nahm auch seinen Lauf. Oder wurde auch gestoppt, denn 1989 hatte der

ehrgeizige Klaus schon seinen Magister gebacken. Nur eine hochdotierte Stelle, wie erträumt, bekam er nicht, obwohl er an keinem Ostermarsch, an keiner Demo gegen den Nato-Doppelbeschluß oder gegen Berufsverbote teilgenommen hatte. Aber zu dieser Zeit bezogen Tausende „Ostarbeiter“ für ihr Gejubel am Brandenburger Tor ein Begrüßungsgeld. Und der brave Klaus Kalinowski erhielt Mahnungen, seine Bafög-Schulden abzustottern. Was blieb dem Jungen anderes übrig. Er unterschrieb bei der Firma mit dem Slogan: „Wir produzieren Sicherheit!“ Offizier ist auch nicht der schlechteste Beruf, zumal wir in Europa keinen Krieg mehr erleben, frohlockte Klaus. Als Zeitsoldat würde er ein erkleckliches Sümmchen einheimsen und könnte bald über die Schulden fürs Studium nur noch lächeln. Stanislaus erschlägt eine Fliege auf seiner Backe. Er sieht den Genscher vor sich und die beiden, die dessen Intrigen verteidigten, den Schröder und Fischer, den grünen Turnschuh. Als die dann regierten, kam der Zinksarg aus Jugoslawien. Stanis Kalinowski zuckt noch im Schlaf.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen



Brutalkapital contra „Humankapital“

Grafik: Klaus Parche

Am 7. Juni um 17.30 Uhr spricht der Philosoph **Prof. Dr. Hans Heinz Holz** aus San Abbondio, Schweiz, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Halle** im Klub der Volkssolidarität, Hettstedter Straße 1, über das Thema

Marxismus heute

Gäste sind sehr willkommen.

Herzlich lädt die **Regionalgruppe Berlin** für den **10. Juni** um **16.30 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, ein.

Prominente Vertreter

von CDU,
LDPD, DBD, NDPD
und SED
diskutieren über
das Thema

Blockpolitik in der DDR

Erste Zusammenkunft von RF-Lesern aus der Oberlausitz am 13. Juni um 18.30 Uhr im Europaklub KSCM/PDS Bautzen, Große Brüdergasse 1
Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** stellt sein Buch

Bei Winston und Cunhal

vor und beantwortet Fragen zum „RotFuchs“.

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Ralph Dobra
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internet

Aktuelle RF-Ausgabe:
Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

**Unser „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Konto:** Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.